

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat, 1.10 Mark pro Vierteljahr, 4.40 Mark pro Jahr. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postzuschlag 20 Pf. für das Ausland. Inland: 1.10 Mark pro Monat, 3.30 Mark pro Vierteljahr, 11.00 Mark pro Jahr. Ausland: 1.20 Mark pro Monat, 3.60 Mark pro Vierteljahr, 12.00 Mark pro Jahr. Postzuschlag 20 Pf. für das Ausland. Inland: 1.10 Mark pro Monat, 3.30 Mark pro Vierteljahr, 11.00 Mark pro Jahr. Ausland: 1.20 Mark pro Monat, 3.60 Mark pro Vierteljahr, 12.00 Mark pro Jahr. Postzuschlag 20 Pf. für das Ausland.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die hochgehaltene Solonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Bestimmungsbefehle 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Einzelexemplare des ersten Wortes 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 15. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Friedensbotschaft der Sozialdemokratie.

Die Millionen, die hinter uns stehen, die Millionen, in deren Namen und Auftrag ich hier spreche, sind doch die ultima ratio jeder auswärtigen Politik. Kögen die herrschenden Klassen mit dem Säbel zasseln, die deutsche Arbeiterklasse ruft lauter denn je ihren Willen zum Frieden nach Frankreich hinüber, und wenn ein Wort im 18. Jahrhundert einmal sagt: „Es gibt keine Grenzen mehr“, so wird man im 20. Jahrhundert vielleicht sagen: Es gibt keine Grenzen mehr, als trennende Barrikaden zwischen Deutschland und Frankreich. Denn in beiden Ländern sind die Massen unerschütterlich von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das, was uns trennt, nichts ist, als ein paar buntbemalte Grenzpfähle, die sich in wenigen Augenblicken herunterreißen lassen, daß aber das, was uns eint und bindet, keine Macht der Welt aus unserem Herzen herauszureißen vermag, nämlich das Gefühl der internationalen Solidarität der beiden großen Kulturvölker. In diesem Sinne, im Sinne der heiligen Allianz der Völker, von der schon Heinrich Heine schwärmte, gilt es, dem Frankreich der arbeitenden Massen, dem Frankreich des Friedenswillens, dem Frankreich der Versöhnungseifersucht, aus dem es zu uns herüberhallt: „Es lebe Deutschland“, wenn ich schlicke mit dem Rufe:

„Vive la France“.

Die unermüdete Aufklärungsarbeit, die die Sozialdemokratie mit zäher Ausdauer verrichtet, war lange Zeit hauptsächlich auf das Gebiet der inneren Politik beschränkt. Zwar hatte schon Marx in der berühmten Inaugural-Adresse der Internationale die Arbeiterklasse auf die Wichtigkeit der auswärtigen Politik hingewiesen und die ständige Ueberwachung der Geheimdiplomatie für eine wichtige Aufgabe der proletarischen Parteien erklärt:

Wenn die Emanzipation der arbeitenden Klassen deren gegenseitigen brüderlichen Weisand erfordert, wie können sie diese große Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolgt, nationale Vorurteile in Bewegung setzt und in Raubzügen das Blut und den Schweiß des Volkes vergießt? Die arbeitenden Klassen haben die Pflicht, selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu beleuchten, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außerstande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebenso die Beziehungen einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten.

Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Die Vorkämpfer des Proletariats hatten zwar diese Mahnung stets befolgt, aber den Massen selbst lagen natürlich die Fragen der inneren Politik viel näher, und diese abjorbierten vor allen Dingen ihr Interesse, erregten ihre Leidenschaft und lösten ihre Aktionen aus.

Die Entwicklung des Imperialismus hat dies völlig geändert. Das Interesse für die auswärtige Politik hat die Massen erfasst und mit noch größerer Leidenschaft fast als innere Fragen bewegt heute das Proletariat der Drang, Einspruch auf die Gestaltung der auswärtigen Politik zu gewinnen, sein Klasseninteresse gegen die imperialistische Gefahr durchzusetzen und sein Werk der Befreiung nicht durch die Entfesselung des Nordens und Verwüstens gestört oder vernichtet zu sehen. Unser Kampf gegen die Kolonialpolitik und den Militarismus hat durch die Rückwirkung auf die äußere Politik neue Stärkung und neuen Antrieb erhalten, und nichts erweckt leidenschaftlichere Anteilnahme der Massen als unser Kampf gegen den Krieg und unser Eintreten für den Völkerfrieden.

Dieselbe Entwicklung hat auf der anderen Seite dazu geführt, daß die bürgerliche Opposition, ja fast jede bürgerliche Kontrolle der auswärtigen Politik der Regierungen immer mehr aufhört. Nirgends ist heute der Absolutismus stärker als auf diesem Gebiet und wieder nirgends stärker als in Deutschland. Als ein Chor von Jagadern oder als bereitwillige Beherrschter und offiziöse Antreiber der jeweiligen Regierungspolitik erscheinen die bürgerlichen Parteien, und wagen sie einmal ein Wort der Kritik, so weil ihnen die Regierung zu zaghaft, zu wenig energisch und abenteuerlustig erscheint. Unter diesen Umständen ist es natürlich von doppelter und dreifacher Bedeutung, daß den Bestrebungen der Herrschenden in der Politik der Massen ein immer stärkerer und bedeutungsvoller Widerstand erwächst.

Dieser Widerspruch zwischen der proletarischen und bürgerlichen Haltung der auswärtigen Politik trat in der letzten Reichstagsdebatte schlagend zutage. Als Herr v. Jagow die Rede, die er in Vertretung des Reichskanzlers hielt, beendet hatte — da hatte wohl jedermann im Hause das Gefühl, daß der Staatssekretär aber auch gar nichts gesagt hatte, was nicht vorher bekannt war. Und doch zeigte der Beifall der bürgerlichen Parteien, daß sie ganz zufrieden waren, so abgespeist zu werden. Und wieder als Genosse Wendel geendet hatte, war es jedem im Hause klar, daß die Politik, die er vertrat, nichts gemein hat mit jener, für die der Staatssekretär gesprochen hat. So unklar und verächtlich waren die Ziele des deutschen Imperialismus, so sehr er auf der einen Seite zu gewaltsamen Lösungen bereit wäre, hielt ihn nicht auf der anderen die Furcht vor den Folgen zurück, so klar und entschieden war die Vertretung des sozialdemokratischen Standpunktes und so fest und unerschütterlich ist das Ziel unserer auswärtigen Politik: die Aufrechterhaltung des Friedens auf dem festen Grund der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse.

Wendel begann mit einer Kritik der deutschen Balkanpolitik und ihrer Unselbständigkeit gegenüber den österreichischen Wünschen. Er zeigte, wie das diplomatische Dogma vom Statusquo den Zusammenstoß auf dem Balkan noch beschleunigt und wie die Lösung der Balkanfrage durch die Großmächte nur statt des alten Brandherdes in dem Fürstentum Albanien einen neuen geschaffen hat. Aber er zog aus dem Zusammenbruch der alten deutschen Balkanpolitik auch den Schluß, daß dadurch ein wesentliches Hindernis der Verständigung mit England beseitigt sei. Die dringende Aufgabe der deutschen Politik sei es daher, nunmehr mit England zu dauernden und festen Vereinbarungen zu gelangen, die auch eine Einschränkung der Flottenrüstungen ermöglichen.

Dann wandte sich Wendel den Treibereien der Chauvinisten und Kriegsbeher zu. Herr v. Jagow hatte über die Sekereien der russischen Presse scharfe und sicher berechtigte Klagen geführt. Er hat es nur leider unterlassen, dem nicht minder gefährlichen Treiben der deutschen Blätter gleichen Kalibers entgegenzutreten. Das sollte jetzt Wendel gründlich nach und sein Wort über diese Generale a. D., die in unserer Chauvinistenpresse, in den Wehr- und Kriegervereinen das Wort führen, an ihnen sei nichts felddienlich, außer das Mundwerk, wird Flügel bekommen. Indem Wendel die Hebe, die neuerdings von diesen Kreisen gegen Frankreich getrieben wird, mit aller Schärfe brandmarkte, indem er die guten Dienste kennzeichnete, die die deutschen Chauvinistenreden bis hinauf zu den unvorsichtigen Aeußerungen des Kronprinzen den französischen Chauvinisten im letzten Wahlkampf geleistet haben, zeigte er die Bedeutung der Friedenskundgebung des französischen Volkes, die der Wahlausfall in Frankreich bedeutet. In stolzen Worten wies er die Annahme zurück, die Volksmassen hätten auf die auswärtige Politik keinen Einfluß. Und unter dem stürmischen Beifall unserer Genossen beantwortete er mit den Worten, die wir an den Eingang dieses Artikels gestellt haben, die Friedensbotschaft des französischen Volkes an das deutsche.

Es war das Geföbnis, im selben Geist und demselben Elan wie unsere französischen Genossen fortzuwirken an dem Werke der Verständigung, den Krieg zu führen gegen den Militarismus und Chauvinismus hüben und drüben und sich bereit zu halten, in tathereiter Entschlossenheit entgegenzutreten allen Versuchungen der Herrschenden, gegen den Dreißund der deutschen, englischen und französischen Arbeiterklasse, gegen den Weltbund der Internationale das furchtbare Verbrechen eines Bruderkrieges heraufzubeschwören.

Der weitere Verlauf der Sitzung bot geringes Interesse. Das Zentrum zeigte auch in dieser Erörterung, wie richtig die Behauptung ist, daß neuerdings der Militarismus in allen Ländern auch zugleich die Partei des Chauvinismus ist. Herr Dr. Spahn lebte in aller Deutlichkeit die Verständigung ab, die Genosse Wendel als das nächste Ziel sozialistischer Auslandspolitik bezeichnet hatte. Der nationalliberale Prinz Schönau-Carolath hat vielleicht noch immer einige Neigungen zur Versöhnung unter den Völkern, aber bedauerlicherweise scheint er die Zeitereignisse nur aus größerem Abstand zu verfolgen. So allein kann man es verstehen, daß er in offener Unkenntnis der französischen Wahlen wieder und wieder von der großen Bedeutung des Chauvinismus jenseits der Vogesen sprach. Daß eine verständige Politik

eine Politik der Verständigen ist, war der leitende Gedanke in der Rede des Fortschrittlers Gothein, während Herr Dr. Dertel und sein Nachbar Schulz die ersten durch keine Sachkenntnis belasteten Bemerkungen über die ewige Notwendigkeit der Rüstungen machten, die das Vertrauen verstärkten, das in Deutschland gegen die Westmächte vorhanden ist. Herr Dr. Dertel passierte dabei ein unangenehmes Mißgeschick: ein „Legionär“, der 14 Tage lang von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt worden sei, entpuppte sich in einer kurzen und in ihrer Sachlichkeit recht erfreulichen Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann als ein wegen Diebstahls verfolgter deutscher Untertan, der im üblichen Auslieferungungsverfahren nach Deutschland gebracht werde.

Nach einigen gleichgültigen Bemerkungen des Herrn Mumm wurde die weitere Beratung auf Freitag vertagt.

## Entmündigung der Arbeiterschaft.

So unwahrscheinlich es auch klingt; selbst diejenigen, denen die Bildung ohne weitere Bemühungen, dank des Geldfads ihrer Väter, in den Schoß fällt, haben nach und nach gemerkt, daß Bildung Macht ist. Was sie bis jetzt in mühelosen Gymnasialjahren und teuren Studentensesseln widerwärtig und in möglichst geringen Dosen zu sich genommen haben, weil ein ekelhaft demokratisches Zeitalter Kassenstrahl oder Adelswappen nur noch als wesentliche Erleichterung, aber nicht mehr für das ganze Examen gelten läßt, das bekommt für die, welche in der Sonne leben, auf einmal ein ganz anderes Gesicht. Bildung ist Macht! Und sofort erschweren sie den „Machtlosen“ den Zugang zur Bildung, wie sie ihnen die große Kunst (die den Herren bis jetzt schnappte war) verbieten wollen. Für die proletarische Jugend werden belehrende Vorträge als politisch verboten und für das mannhafte Proletariat werden die Kompositionen von Bach gesperrt, wenn sie ein Hoforganist spielen soll, werden Hofopernsängerinnen von der Bühne weggeschafft, wenn sie dem arbeitenden Volk eine Stunde des Genusses verschaffen sollen, wird — das ist der neueste Streich — das Drama eines sozialdemokratischen Dichters verboten, das die Freie Volksbühne vor Mädeln und Beladenen spielen will und das deren eigenes Schicksal in wichtigen Winkeln vorführt.

Das Oberverwaltungsgericht hat mit dem Verbot von Rosenows „Die im Schatten leben“ wieder einmal gezeigt, daß es seiner Aufgabe wohl bewußt ist, der Volkserdummung zur höheren Ehre einer Kassenregierung die Stange zu halten. Die Urteilsbegründung wird in Zukunft der beste Beweis dafür sein, daß es in Preußen-Deutschland zweierlei Recht gibt. Das Stück ist nämlich deshalb verboten worden, weil, wie die Begründung sagt, die Darstellung auf Zuschauer aus den Arbeiterkreisen einen tiefgehenden Eindruck machen muß, und zwar in dem Sinne, daß diese dadurch in ihrem Rechts- und in ihrem sittlichen Empfinden verlehrt und mit tiefer Erbitterung erfüllt werden gegen die Unternehmerklasse, aber auch gegen den Staat und die Gesellschaft, die Zustände, wie sie dargestellt sind, zulassen.“ Er gibt also in Preußen ein besonderes Gericht, dessen Aufgabe es ist, die Unternehmerklasse gegen Erbitterung zu schützen! Das ist ein wertvolles Eingeständnis, das wahrscheinlich mehr Arbeiter mit Erbitterung erfüllen wird, als es die Rosenowsche Dichtung vermocht hätte.

Noch wertvoller fast ist das Jugeständnis, daß ein Staat und eine Gesellschaft Erbitterung wecken müssen, die Zustände, wie sie dargestellt sind, zulassen. Die Zustände sind nämlich folgende: in einer Arbeiterfamilie wird der Schwiegersohn bei einem Schandbruch getötet und der Sohn arbeitsunfähig gemacht. Die jüngste Tochter wird von dem Sohn des Juchendbesizers verführt und der Direktor des Werks bestimmt die Familie unter materiellem Druck, die Sache so darzustellen, als sei die Tochter die Verführerin gewesen. Dagegen wird die zweite Tochter von einem Farmer, einem Arbeitersohn, verlassen, weil sich ihm eine gute Partikulation bietet. All das erlebt die Arbeiterfamilie in demütiger Ergebung in Gott und serviler Geduld vor dem Herrn Juchendbesizer. Sind diese Zustände übertrieben? Bestehen sie nicht in tausend und abertausend deutschen Arbeiterfamilien! Und haben die Arbeiter, die sich zum leitenden Gedanken der proletarischen Organisation durchgedrungen haben, nicht recht, wenn in ihnen tiefste Erbitterung gegen den Staat loht? Jehmal recht haben sie und die Urteilsbegründung des Oberverwaltungsgerichts hat es ihnen wider seinen Willen bestätigt.

Dennoch ist das Stück verboten, zum ersten, es ist kaum zu glauben, weil die Gestalten der Arbeiter objektiv mit Fehlern gezeichnet sind; aber „es sind Fehler, die sich zumist auf ihrer untergeordneten und unterdrückten Stellung ergeben!“ Wegen der Fehler also, die, wie zugegeben wird, die kapitalistische Sklavereiordnung auf dem Gewissen hat, wird ein Stück verboten, damit den Arbeitern die Sünden des herrschenden Systems nicht zum Bewußtsein kommen! Man sieht, ein preussisches Verwaltungsgericht findet immer Gründe, um dem Proletariat seine Kunst und seine Bildung vorzunehmen. Wären die Arbeiter fehlerlos gezeichnet, so hätte man das Stück wegen Kassenzendenzloser Zeichnung verboten. Nun haben sie Fehler, zeigen manchmal „geradezu würdelose Unterwürfigkeit“ und jetzt wird das Verbot mit eben diesen Fehlern begründet!

Das Verbot ist weiter erlassen, weil „die dramatischen Effekte durchweg zugunsten des Unternehmertums und der besser gestellten Personen vermerkt“ sind. Also auch die besser gestellten Personen hat ein Oberverwaltungsgericht zu schützen. Auch ihren

guten Ruf muß es rufen, obwohl bei uns keine Klassenjustiz herrscht. Und schließlich ist das Stück verboten worden, weil der Dichter die Ergebnisse der sozialpolitischen Gesetze (Unfallrenten, Krankenunterstützung, Sterbegelder usw.) in seinem Stück nicht verwertet hat! Das ist nun doch das Tollste, was ein Gericht bis jetzt über ein Kunstwerk verbrochen hat. Nach diesen Vorschriften hat Goethe verfahren, im „Rust“, im Anblich an das giftige Schlafpulver, das Gretchen ihrer Mutter gibt, auf die Gesetze bezüglich der Abgabe giftiger Arzneien hinzuweisen und Bedenklich muß seinen „Ergeist“ unarbeiten, weil er gegen die Vorschriften wegen verbotenen Waffentragens verstößt. Das Stück spielt zwar vor 1880, also vor der sozialen Gesetzgebung, aber das Urteil bemerkt weise: „Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß der Dichter unstreitig im Jahre 1904 im Alter von 33 Jahren gestorben ist, daß das Stück also frühestens in den 1860er Jahren geschrieben sein kann.“ Ebenso „unstreitig“ steht fest, daß Schiller im Jahre 1750 erst geboren wurde, also die „Geschichte des dreißigjährigen Krieges“ gar nicht geschrieben haben kann! Das ist die Logik einer obersten preussischen Instanz!

Was aber am unglaublichen ist, findet sich in folgendem Satz: „Es ist nun unbestritten, daß das für die Vorstellungen des Vereins „Freie Volksbühne“ in Betracht kommende Publikum sich zum mindesten zu einem wesentlichen Teile aus Arbeiterkreisen zusammensetzt. Nach den gemachten Darlegungen muß festgestellt werden, daß die Aufführung des Stücks vor einem solchen Publikum in hohem Maße geeignet ist, dieses mit Haß gegen Unternehmertum, Staat und Gesellschaft zu erfüllen und es auf diese Weise aufzuheben und zu verheben.“ Darum Verbot! Mit diesem unerhörten Hauptpunkt des Verbots ist zweierlei bewiesen: erstens, wie schon hervorgehoben, ein doppeltes Recht, eines für die „bessergestellten Personen“ und eines für die Arbeiter. Zweitens aber bedeutet diese Stellungnahme, wonach ein bürgerliches Publikum das wohl vertragen kann, was man einem proletarischen vorenthält, eine beleidigende, unerträgliche Entmündigung der Arbeiterschaft! Die Abfassung dieses Urteils geschah in keiner guten Stunde für die Schöpfer der Unternehmertum und der bessergestellten Personen. Das Rosenows Stück nicht verbot, das wird dies Verbot, diese Entmündigung vollbringen. Sie wird vielen die Augen öffnen, viele mündig machen, und wird den Kämpfern neue Kräfte und Wagnisse zuführen, die sich mit Gut und Blut dafür einsehen, daß nicht zu viele, nicht mehr zu lange und nicht als erbärmliche Sklaven im Schatten leben!

## Die Lage in Spanien.

Von Pablo Iglesias - Madrid.

Spanien ist in ernster, krisenhafter Lage. Die konservative Partei, die jetzt am Ruder ist, ist von Spaltungen zerrissen, die das Leben der Partei durchdringen und die Monarchie selbst bedrohen.

Der frühere Führer dieser Partei, Maura, hat sich von der Politik zurückgezogen. Zwischen ihm und seinem Adjutanten, dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dato, und allen seinen Anhängern herrscht ein tiefer Zwiespalt. Doch nimmt man diesen Abschied vom politischen Leben nirgends ernst, da Mauras Sohn, Gabriel, sowie einige anderen von Mauras Anhängern eifrig am Werke sind, die öffentliche Meinung gegen die Regierung aufzuheben. Der Zweck dieses Angriffs ist, den Mann wieder emporzuheben, gegen den, als er Ferrer erschossen ließ, in allen zivilisierten Ländern Haß und Empörung aufflammten.

Die Agitation dieser Anhänger Mauras ist sowohl gegen die Regierung Dato gerichtet als gegen den König selbst. Und trotz ihrer Versicherung monarchistischer Treue versäumen diese Monarchisten keine Gelegenheit, um Alfonso XIII. anzugreifen. Kürzlich erst erklärte in einer Versammlung Gabriel Maura, daß sein Vater nicht für den Marokkrokrieg gewesen sei. Wenn auch in 1900 einige Scharmützel zwischen spanischen Truppen und Arabern vorgefallen seien, so habe es sich dabei um Ruhestörungen gehandelt, deren man durch polizeiliche Maßnahmen hätte Herr werden können. Dies und nicht mehr habe der Minister gebilligt. Die anderen militärischen Unternehmungen seien nicht das Werk Mauras gewesen. Damit hat Maura Sohn die Schuld an dem unglückseligen Krieg natürlich dem König zugeschoben wollen.

Der verdeckte Haß, den die Mauristen gegen den König hegen, wird von diesem erwidert. Alfonso hat die öffentliche Meinung, die gegen eine Rückkehr von Maura an das Regierungsruder ist, zu Hilfe gerufen, um den konservativen Führer aus dem politischen Leben zu drängen. Um dies zu erreichen, hat er ein Einvernehmen zwischen dem Führer der größten liberalen Gruppen und Dato herbeigeführt. Doch der König auf diese Weise Maura endgültig fallstellen wird können, ist möglich, aber nicht ohne Gefahr für das monarchistische Regime.

Wenig der konservativen Partei sind auch die spanischen Liberalen gespalten. Ihre Mehrheit schart sich um den Grafen Romanones, dem Vorgänger Datos. Die kleinere Gruppe der Liberalen hat Garcia Prieto zum Führer. Er war es, der den Vertrag zwischen Spanien und Frankreich unterschrieben hat, als er Staatsminister im Kabinett Romanones war. Diese Gruppe, die gegen das gegenwärtige Ministerium und verstoßt gegen die liberale Partei kämpft, nennt sich jetzt „demokratische Partei“.

Dies sind die Parteien, welche die Alfonso'sche Monarchie unterstützen.

Es gibt noch andere monarchistische Elemente, aber sie sind von geringerer Wichtigkeit. Zum Beispiel die Regionalisten oder spanischen Separatisten, eine Gruppe von katalonischen Politikern, die katalonische Autonomie anstreben. Sie pflegen mit Konservativen, Karlisten und anderen winzigen Gruppen der äußersten Rechten zusammenzugehen.

Diesen monarchistischen politischen Kräften gegenüber stehen die republikanische Partei und die Sozialisten. Die Republikaner verfügen über große Volksmassen, die Sozialisten über die klassenbewußten Arbeiter und über eine vortreffliche Organisation. Die Republikaner und die Sozialisten bilden eine Koalition, die 1900 entstanden ist, mit dem Zweck, Maura zu stürzen, seine Wiederkehr zu verhindern und die Monarchie zu beseitigen. Von persönlichem Ehrgeiz geleitet, haben sich einige republikanische Führer von ihrer Partei losgemacht und versprochen, Anhänger der Monarchie zu werden, wenn sie nur liberaler und demokratischer wird. Ueberflüssig zu sagen, daß diese politischen Deserteur, an deren Spitze Melquiades Alvarez und Azcarate stehen, von allen fortschrittlichen politischen Elementen sehr scharf verurteilt werden.

Wenn Spanien sich jetzt in einem solchen traurigen Zustand befindet, so liegt die Hauptsache in unserer „internationalen Poli-

tit“. Die spanischen Machthaber, die stumpfsinnig und knochig sind, haben für das Land Verträge geschlossen, die nur den eigennütigen Interessen des französischen und englischen Bürgertums dienen, und nur der lächerlichen, imperialistischen Sehnsucht des spanischen Königs und der militärischen, ihm aus Eigennutz sehr ergebenen Gruppe schmeicheln.

Eine Folge dieser Politik ist der Krieg in Marokko, der schon fünf Jahre dauert, und das Land nicht nur Menschenopfer, sondern auch viele Millionen Befestigt gelostet und nicht eingetragen als einen schlechten Ruf. Augenblicklich löst das Meer, das dort weilt (ungefähr 90 000 Mann), eine Million Vegetas täglich!

Eine andere Folge dieser Politik ist der Bau einer neuen Flotte, der bis jetzt 200 Millionen verschlungen hat — man hätte diese Summen ebenso gut ins Wasser werfen können — und die Vorbereitungen zu neuen, kostspieligeren Marinestützungen.

Eine Folge dieser Politik ist endlich der Bau einer elektrischen Bahn von Madrid zur französischen Grenze. Auch sie wird einige Millionen kosten, ihr Zweck ist: Truppen von Frankreich nach Afrika und, wenn die internationale Lage es fordert, von Afrika nach Frankreich zu transportieren.

Diese ungeheuren Ausgaben müssen das Land allmählich erdrücken, da Spanien eine sehr geringe Steuerkraft besitzt. Die Schuldenlast wächst immer mehr, die Steuern auch und die Folge ist, daß die Teuerung sich immer fühlbarer macht. Die Unzufriedenheit im Lande ist grenzenlos. Die Auswanderung infolge des Elends und des Krieges ist erschreckend. Der Marokkrokrieg findet im ganzen Lande keine Verteidiger mehr. Die Anhänger des Krieges selbst, der König, einige Lieferanten und die militärische Gruppe, die durch ihn gedeiht, wagen es nicht, diese Abenteuer zu verteidigen. Das ganze Volk ist gegen den Krieg, und die republikanische, besonders aber die sozialistische Partei hört nicht auf, gegen ihn in ihren Zeitungen und Versammlungen zu protestieren.

Möglich ist es, daß die ungeheuren Kosten, die der Krieg verursacht, die Torheit der Kriegsführenden und die Haltung des Königs — es wird behauptet, daß er den Krieg hinter dem Rücken der Regierung führt — zu einem Aufstand führen werden. Es ist vom Parlament wenig oder nichts zu erwarten, das diesen vermeiden könnte.

Wie bei früheren Wahlen verdanken die Abgeordneten, die den spanischen Cortes angehören, ihre Mandate der Vergewaltigung des allgemeinen Wahlrechtes durch die Regierung oder durch die plutokratischen Elemente, so daß auch das gegenwärtige Parlament fast völlig dem früheren gleicht. Fast alle Politiker, die das Unglück Spaniens verschuldet haben, sind wieder da. Unter den 408 Abgeordneten sind 228 Konservative, 120 Liberale und Demokraten und 60 der republikanisch-sozialistischen Koalition (darunter nur ein Sozialdemokrat). Den Rest bilden eine Anzahl kleinerer Gruppen.

Es ist fast sicher, daß die Regierung keine konservative Majorität finden wird. Um ihr Leben weiter zu fristen, wird sie die Hilfe der Liberalen, unter Romanones Führung, in Anspruch nehmen müssen. Jeder glaubt, daß das Leben dieses Parlaments sehr kurz und unruhig sein wird. Die jetzige Regierung oder ihre Nachfolgerin, die der gleichen politischen Färbung sein wird, wird ohne Parlament zu regieren versuchen, was ja in Spanien Gewohnheit ist.

Während seines kurzen Lebens wird jedoch das Parlament sehr bewegt sein. Vor ihm wird der ungeheure Irrtum des Marokkrokrieges dargelegt werden und Alfonso XIII. wird als der größte Schuldige an diesem unglückseligen Abenteuer gebrandmarkt werden. Und diese Kritik wird vielleicht das Volk zu der entscheidenden Tat drängen: sich von denjenigen zu befreien, die das Land ins Verderben stürzen.

## Politische Uebersicht.

### Beamtenfragen.

Im Abgeordnetenhaus bemüht man sich, die Reste des Etats nach Möglichkeit aufzuarbeiten, und die Mehrheitsparteien scheuen, um ihr Ziel zu erreichen, auch vor Gewaltstreichen nicht zurück. Man glaubt man sich in die Zeiten zurückversetzt, wo der selbe Kröcher in mißbräuchlicher Auffassung seines Amtes sich zum Mittel der Mehrheit erniedrigte. Das trat besonders augenfällig in Erscheinung, als die Majorität unseren Genossen Hofler hinderte, sich bei der Beratung der Denkschrift über die Verwendung des Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation über — die innere Kolonisation zu verbreiten. Ueber Thema darf nicht gesprochen werden. Sonst könnten ja die Namen Herbebrandts, die telegraphisch nach Berlin beordert sind, um Schlußanträge durchzubrüden, gezwungen werden, noch einige Tage länger ihren heimischen Penaten fern zu bleiben. Noch klarer aber trat die Absicht, mit Gewalt die Debatten abzulösen, zutage, als sich bei einem späteren Schlußantrag — es handelte sich um die Erörterung der Frage der Altpensionäre — nur eine kleine Minderheit der Rechten für Schluß erhob und der amtierende Vizepräsident v. Krause wartete, bis sich diese Minderheit durch Zutritt ihrer aus der Kneipe oder sonst woher herbeieilenden Freunde in eine Mehrheit verwandelt hatte.

In materieller Beziehung bot die Sitzung vom Donnerstag auch manches Bemerkenswerte. Trotz energischen Widerstands des Finanzministers richtete das Haus fast einstimmig — nur Herr v. Herbebrandt mit vier seiner Getreuen war dagegen — an die Regierung das Ersuchen, eine gesetzliche Regelung der Bezüge der Altpensionäre und deren Hinterbliebenen in der Weise vorzunehmen, daß den Altpensionären ohne besonderen Auftrag eine Pensionszulage gewährt wird, die nach Prozentfug des Unterschieds zwischen der alten und der nach den neuen Pensionsgesetzen zu berechnenden Pension festgesetzt wird. Besonders warm nahm sich Genosse Stroebel der Altpensionäre an; mit Recht wandte er sich dagegen, daß sie auf das Wohlwollen der Regierung angewiesen sein sollen und ebenso recht hatte er mit seinem an die Adresse des Hauses gerichteten Vorwurf der mangelnden Energie bei Durchsetzung seiner Forderungen der Regierung gegenüber.

Von der Beratung der Anträge auf Besoldungsverbesserungen wurde Abstand genommen, nachdem der Finanzminister erklärt hatte, daß die Regierung auf die Verabschiedung der Besoldungsvorlage noch vor der Vertagung oder dem Schluß des Landtags Gewicht legt. Seine Bemerkung, das Haus dürfe nicht über die Vorschläge der Regierung hinausgehen, war, gelinde gesagt, unangebracht und überflüssig. Oder sollte es vielleicht Brauch werden, daß den Parlamenten verboten wird, auch ihrerseits Vorschläge zu machen?

Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungsrentenkassen gab sich Genosse Braun

wiederum große Mühe, dem Gesetz, dessen Zustandekommen wir nicht hindern können, wenigstens die schärfsten Sitzsäue auszureißen. Aber vergebens. Die reaktionäre Mehrheit des Landtags läßt sich von ihrem Streben, die Klassenbeamten zu knebeln, durch noch so triftige Gründe nicht abbringen. Einzig der sozialdemokratische Antrag, die Arreststrafe für die unteren Klassenbeamten auszufällen, wurde gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte rief die einem großen Teil des Hauses unverständliche Abstimmungsweise des Präsidenten Schwein-Löwiy hervor, der in die Beratung der 3. Lesung eintrat, ohne daß es die Mehrheit des Hauses trotz gespannter Aufmerksamkeit wegen des schwachen Organs des Präsidenten merkte. So kamen der freisinnige und sozialdemokratische Redner um die Möglichkeit, ihre beabsichtigte Wortmeldung anzubringen. Da selbst die Freikonservativen v. Jedlich und Graf Nolffe befristigten, daß auch sie, die sich in der vordersten Reihe unmittelbar bis-a-bis dem Präsidentenstuhl befanden, vom Eintritt in die dritte Lesung nichts gemerkt hatten, erklärte der Präsident bereits seine Bereitwilligkeit, die ohne Kenntnis der Mehrheit des Hauses vorgenommene dritte Lesung als ungelächlich zu betrachten und noch einmal zu wiederholen. Aber die Konservativen, denen es natürlich nur angenehm war, daß der Opposition das ihr in der zweiten Lesung abgeschnittene Wort auch für die dritte Lesung abgeschnitten blieb, machten dem Präsidenten die Ausführung des eigentlich ganz selbstverständlichen Royalitätsaktes durch ihren Widerstand unmöglich. Lediglich die Vertagung der Gesamtabstimmungen der dritten Lesung auf den Freitag wurde erreicht.

Allegorisch über die parlamentarische Situation schien die Anfrage des Reichern v. Jedlich bringen zu sollen, ob der Finanzminister in Aussicht stellen wolle, daß ungeachtet des Schicksals der Beamtenbesoldungsnovelle im Reichstage die preussische Regierung auf eine positive Erledigung der Besoldungsfrage noch vor der kommenden Vertagung oder Schließung der Session Gewicht lege. Der Finanzminister bejahte diese Frage, allerdings unter dem Vorbehalt, daß an der Regierungsvorlage keinerlei Änderungen vorgenommen würden; eine Bedingung, auf die die Parteien sich nicht so ohne weiteres festlegen zu können erklärten.

Danach bleibt noch alles in der Schwebe. Niemand weiß bestimmt, ob die Besoldungsnovelle verabschiedet oder zurückgezogen wird, ob der Landtag vor Pfingsten oder nach Pfingsten in Ferien geht oder nicht, ebensowenig, ob er geschlossen oder bis zum Herbst vertagt wird. Also Geduld: in 14 Tagen wird man ja Genaueres wissen.

### Ein wertvoller Prozeß.

Ein Prozeß, der in nächster Zeit in Nürnberg stattfinden soll, hat bei der führenden konservativen Presse schon im voraus merkwürdige Wirkungen erzielt. Der Tatbestand, um den es sich handelt, ist der: Ein Führer der bayerischen Konservativen, der Justizrat Freiherr Ebner von Eschenbach, ist in verschiedenen Veranlassungen der Ehre der leitenden Männer des bayerischen Liberalismus sehr stark nahe getreten. Er hat ihr Abkommen mit den Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen des Jahres 1912 kritisiert und wörtlich ausgeführt:

Mit den Leuten, die 1912 an der Führung waren, kann man persönlich überhaupt nicht gut verkehren, weil sie meines Erachtens ihre persönliche Ehre gar nicht gewahrt haben, die sie hätten wahren müssen. Der Parteihoch hat die Leute so blind gemacht, daß sie der Umsturzpartei nicht nur selbst ihre Stimme gaben, sondern sie auch ihren Wählern empfahlen. Ich halte das heute noch für eine Schande, für eine Schmach. Man sollte fast glauben, die Leute wissen nicht mehr, was persönliche Ehre ist...

Der liberale Abgeordnete Caspellmann hat daraufhin gegen den Herrn Eschenbach die Beleidigungsklage erhoben, und eine Verurteilung des Beflogenen dürfte wohl kaum zweifelhaft sein.

Das sieht auch die „Deutsche Tageszeitung“ ein, und daher wird das Blatt, das sonst stets einen stärkeren Schutz vor Beleidigungen verlangt, diesmal von einer starken Abneigung gegen den Gerichtsfall befallen. Es zweifelt, ob das Gericht der geeignete Ort sei, „derartige politische Streitigkeiten zu entscheiden“, ohne daß es allerdings angibt, ob es eine andere Methode des Austrages solcher Konflikte, etwa die des Duells, für vordensprechender halten würde.

Noch interessanter aber als die Stellungnahme der „Deutschen Tageszeitung“ ist die ihres Bruderorgans, die „Kreuzzeitung“, bemerkt nämlich zu der Klageerhebung des Dr. Caspellmann lakonisch und mit der größten Seelenruhe: „Welchen Erfolg er damit erzielt, dürfte wohl wesentlich von den politischen Anschauungen der Richter abhängen.“

Also die politischen Anschauungen der Richter sind maßgebend für die Urteile, die in Prozessen mit einem politischen Hintergrund gefällt werden. Wenn wir Sozialdemokraten das sagen, wenn wir darauf hinweisen, wie beispielsweise die Richter in Streitprozessen in den mit ihrer Klassenzugehörigkeit zusammenhängenden politischen Vorurteilen befangen sind, dann erhebt man ein großes Geschrei, zeigt uns der Beleidigung der Rechtspflege und der Ehrenkränkung eines Standes, dessen Objektivität über jeden Zweifel erhaben sei. Jetzt, nachdem die „Kreuzzeitung“, die in dem Chor der Richterinnen verlesener Richterreihe stets eine erste Rolle spielte, die parteipolitischen Bedingtheiten der Justiz als die selbstverständliche Sache von der Welt hingestellt hat, müßte man es eigentlich auch uns gütigst gestatten, von Klassenjustiz zu sprechen.

### Das bayerische Zentrum gegen die Sozialdemokratie.

Im Ausschuh der bayerischen Abgeordnetenkammer nahm das Zentrum gegen Sozialdemokraten, Liberale und Bauernbündler den Artikel 12 des Gemeindebeamtengesetzes an, der ein brutales, verfassungswidriges Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie darstellt. Der Artikel 12, der vom bayerischen Städtetag in seiner letzten Sitzung abgelehnt worden ist, lautet:

Der Gemeindebeamte hat alle Obliegenheiten seines Amtes, den Gesetzen, Verordnungen und Dienstvorschriften entsprechend, gewissenhaft wahrzunehmen und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die dieses erfordert, würdig zu erweisen.

Was mit dieser Bestimmung gemeint ist, gab die Begründung der Regierungsvorlage: Für die Frage, ob sich ein Gemeindebeamter als Sozialdemokrat betätigen dürfe, ergibt sich, daß sich der Staatsbeamte durch eine solche Betätigung der Achtung unwürdig machen würde, die sein Verantw. erfordert, und daß er deshalb disziplinarisch zu ahnden wäre. Das nämliche muß für die berufsmäßigen Gemeindebeamten gelten.

Das Zentrum gab dazu in Ausschuh eine Erklärung ab, in der die Staatsbeamten den Gemeindebeamten gleichgestellt werden. Aus dieser Gleichstellung folge, daß die Fassung des Artikels 12

Gewerkschaftliches.

Die Generalkommission im Jahre 1913.

Mit der für die Arbeiter und für die Gewerkschaften wichtigsten Frage, der Arbeitslosenunterstützung, beschäftigt sich einleitend der sechsten von der Generalkommission der Gewerkschaften erstattete Bericht. Dabei wird darauf verwiesen, daß die Opfer der modernen kapitalistischen Gesellschaftsordnung lediglich auf die Selbsthilfe angewiesen sind. Auf eine reichsrechtliche Unterstützung ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen und erst 14 Gemeinden haben die kommunale Unterstützung, meist in unzureichender Weise, vorgeschoben. Und während die Gewerkschaften in der Krisenzeit namhafte Summen zur Verringerung der größten Not an viele tausende Arbeiterfamilien zahlen, werden sie mit besonderer Schärfe von den Staatsbehörden behandelt. Auch die Scharfmacher betreiben die Hege gegen das schon unzulängliche Koalitionsrecht unermüdet weiter. Im Bericht wird hierbei erinnert an die Auslegung des „liberalen“ Vereinsgesetzes, der Politisch-Erklärung der Gewerkschaften, an die Petitionen der Scharfmacher um verstärkten Schutz für die Arbeitswilligen und um ein Verbot des Streikpostens, und an die im Reichstage und in den Landtagen darüber erfolgten Auseinandersetzungen. Um dieser Hege entgegenzutreten und den Kampf für ein freies Koalitionsrecht wirksam zu führen, gab die Generalkommission die umfangreiche, wichtigste Tatsachenmaterial enthaltene Broschüre: „Das Koalitionsrecht in Deutschland“ heraus.

Die Leistungen der sozialpolitischen Gesetzgebung stehen in Übereinstimmung mit diesem gewerkschaftsfeindlichen Verhalten der Staatsorgane. Der Gesetzentwurf über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe, ebenso der über die Einschränkung oder das Verbot der Konkurrenzklauel werden nicht fertiggestellt. Auch die Reichsversicherungsordnung zeigt jetzt, besonders in der Krankenfürsorge, erst noch manches für die Arbeiter Nachteilige. Die Beteiligung an den Krankenkassenwahlen wird für viele Orte als nicht befriedigend bezeichnet; eine statistische Zusammenstellung der Ergebnisse wird noch erfolgen.

An Lohnbewegungen wird das Jahr 1913 als immerhin nicht arm bezeichnet, wurden doch außer den großen Bewegungen im Kalergewerbe, im Baugewerbe und in der Holzindustrie zahlreiche kleinere Kämpfe in anderen Industrien geführt.

Nach Erwähnung der Schaffung der „Volkspflege“, die bis Jahreschluss 74746 Versicherungsbeiträge mit einer Versicherungssumme von 13 1/2 Millionen Mark abgeschlossen hat, wird der proletarischen Jugendbewegung, die weitere gute Fortschritte machte, ein größeres Kapitel gewidmet.

Erhöhte Anforderungen an die Kasse der Generalkommission wurden durch Anträge zur Errichtung von Bezirks-Arbeiterssekretariaten gestellt. Die Generalkommission hat mit Rücksicht auf die durch die Reichsversicherungsordnung geschaffene Rechtslage die Bildung solcher Sekretariate empfohlen, zu deren Erhaltung die Gewerkschaftsstarke durch eine mögliche Beitragsleistung beitragen sollen, im besonderen Falle leistet die Generalkommission Zuschüsse.

Die internationalen Verbindungen konnten weiter gut gepflegt werden, nicht zuletzt dadurch, daß durch eine Erhöhung des Beitrags für das internationale Sekretariat dieses eine Gewerkschaftskorrespondenz in drei Sprachen herausgegeben konnte.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse wurden zwei abgehalten mit zusammen 140 Teilnehmern; ein Kursus für Arbeiterssekretäre hatte 26 Besucher.

Die sozialpolitische Abteilung wendet den Vorkängen auf sozialpolitischem Gebiete besondere Aufmerksamkeit und

strebt die Förderung des Arbeiterschutzes an. Die Sammlung umfangreichen Materials über die wichtigsten Vorgänge auf diesem Gebiete und ein Literaturverzeichnis gehalten das im Sekretariat angelegte Archiv besonders ausbringend.

Einnahmen und Ausgaben der Kasse der Generalkommission sind nicht unerheblich gestiegen. Die Mehrausgaben entstanden durch erhöhte Ausgaben der Agitationskommissionen und durch größere Zuschüsse an die Gewerkschaftsstarke zur Durchführung der Wahlen zu den Krankenkassen und Versicherungsämtern. 632 632 M. Einnahmen stehen 573 047 M. Ausgaben gegenüber.

Berlin und Umgegend. Zwei Opfer Keilings.

Als die Schwerfuhrtwerkskutscher bei dem Fuhrunternehmer Schmiedigen in Berlin im vorigen Herbst streikten, trieb der Verdrängte, inzwischen zum Rörder geworden Streikführeragent und Polizeigewalt Keiling auch bei diesem Streik sein Unwesen. Am 10. November, während des Streiks, begegnete dem Keiling, als er über den Längener Platz ging, einige Frauen, die ihn erkannten und sich gegenseitig die Worte zuriefen: „Da geht ja Keiling!“ Auf die Bemerkung der Frauen blieben andere Passanten stehen, um sich Keiling genauer anzusehen. Keiling drehte sich darauf um, ging auf die Leute zu und drohte: „Es solle niemand wagen, an ihn heranzukommen; er besitze Polizeigewalt.“ Bei diesen Worten griff er in seine Rocktasche und zog ein langes Dolchmesser hervor (einen sogenannten Hirschfänger), den er in drohender Weise gegen das angesammelte Publikum hielt. Einige von den freitenden Kutschern, die sich unter dem angesammelten Publikum befanden, packten auf diese Drohung hin den Keiling und entwandten ihm den Dolch. Das Subjekt denunzierte nun die freitenden Kutscher bei dem Staatsanwalt wegen Heberfalls auf öffentlicher Straße und gemeinschaftlichen Straßenraubes! Er hatte die wissenschaftliche Anschuldigung erhoben, daß ihm sein Portemonnaie mit 200 M. Inhalt, sein Revolver nebst Waffenschein, sowie die Taschenuhr bei dem geschilderten Vorgang entwendet worden seien. Die Polizei verhaftete daraufhin auf Geratemahl einige von den freitenden Kutschern. Der Kutscher, der dem Keiling den Dolch entwendet hatte, stellte sich der Behörde selbst, in dem Bewußtsein, daß ihm aus diesem Vorgang nichts geschehen könne; auch glaubte er, daß dann seine inhaftierten Kollegen aus der Untersuchungshaft entlassen würden. Der Staatsanwalt dachte aber anders. Der Kutscher, der sich im vollen Bewußtsein seiner Unschuld der Behörde selbst gestellt hatte, wurde in Untersuchungshaft gesteckt, und außer ihm blieb noch ein anderer von den bereits Inhaftierten in Haft. Der Staatsanwalt mochte dem gemeingefährlichen, vielfach vorbestraften Verbrecher Keiling sowie Glauben zu, daß auf dessen Anschuldigung hin ein hochmoralisches Untersuchungsverfahren mit vielen Zeugenvernehmungen und sogar Lokalterminen gegen die Inhaftierten durchgeführt wurde. Die Untersuchungshaft wurde bis zu vier Wochen ausgedehnt. Am 27. Februar wurde die Voruntersuchung „wegen gemeinschaftlichen Straßenraubes u. s. w.“ (wie es in einer Mitteilung an die Angeeschuldigten heißt) geschlossen und die Akten wurden dem Staatsanwalt übersandt. Nachdem nun Keiling seine zuckelnde Zai in Zeitschriften begangen hatte und durch die Gerichtsverhandlung vor der Welt geradezu als ein gemeingefährlicher Verbrecher getrandmarkt wurde, dessen Aussage nicht eine Spur von Glauben beimessen ist, scheinen auch dem Staatsanwalt Bedenken zur Erhebung der Anklage gegen die Kutscher gekommen zu sein. Den Angeeschuldigten ging in diesen Tagen folgendes Schreiben zu:

Beschluß:

Die Angeeschuldigten Sch., D., F. und G. werden wegen der Beschuldigung, zu Berlin-Mitte am 10. November 1913 den Agenten Keiling öffentlich beleidigt und gemeinschaftlich mißhandelt zu haben,

So, wegen der Beschuldigung, am 10. November 1913 den Keiling beleidigt und ihm fremde bewegliche Sachen in Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben, und zwar auf

einem öffentlichen Plage, aus dem tatsächlichen Grunde mangelnden Beweises außer Verfolgung gesetzt.

Den Angeeschuldigten Sch. und G. steht ein Anspruch auf Entschädigung wegen der erlittenen Untersuchungshaft gegen den Fiskus nicht zu.

Berlin, den 4. April, ausgefertigt 7. April 1914.

Königliches Landgericht I. (Unterschriften der Richter.)

Zwei Unschuldige sind durch die erlittene Untersuchungshaft wirtschaftlich geschädigt worden. Trotzdem soll ihnen, die ein Opfer des Schurkenstreiks eines Keiling wurden, ein Entschädigungsanspruch an den Fiskus nicht zustehen. Darüber wird noch zu reden sein.

Der Streik in den beiden Berliner Großbäckereien Goldacker, Brunnenstr. 129/130, sowie bei Weidner, Inhaber der Firma Hanke u. Co., geht mit ungeschwächten Kräften weiter.

Goldacker versucht durch allerlei Versprechungen, die er durch seine Badmeister den Streikenden machen läßt, Verwirrung zu schaffen. So sucht man einzelnen den Glauben beizubringen, daß Goldacker beabsichtige, die Streikenden nach und nach wieder einzustellen. Zweifellos will man sie damit ködern. Man will sie veranlassen, den Kampf abzubrechen oder wenigstens in der Entscheidung der Führung desselben nachzulassen. Viel Glück dürfte die Firma dabei allerdings nicht haben. Die Streikenden sind sofort bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn Goldacker einen ehrlichen Frieden schließt; andernfalls wird der Kampf mit aller Entschiedenheit weiter geführt.

Herr Weidner (Firma Hanke u. Co.) glaubt, sich hinter der Firma Hanke u. Co. verbergen zu können. Tatsächlich wird, wie uns mitgeteilt wird, auch häufig kein Unterschied gemacht zwischen dem Inhaber der Firma Hanke u. Co. und den Geschäften mit ähnlichem Namen. Es sei deshalb ausdrücklich noch einmal festgesetzt: Herr Weidner, Inhaber der Firma Hanke u. Co., ist nicht identisch mit Paul Hanke, Oskar Hanke oder Fritz Hanke.

Bedinglich Weidner, der die Firma Hanke u. Co. führt, versucht mit Hilfe der Bäckereimeister seinen Willen den wöchentlichen Ruhe- tag zu rauben, und die Gesellen seiner Bäckereien stehen im Streik, während mit den Firmen Oskar Hanke, Paul Hanke und Fritz Hanke keinerlei Differenzen bestehen.

Aus dem Fleischergerwebe. Wie der unterzeichneten Kommission mitgeteilt wurde, sucht sich Herr Holz hütter, Fleischermeister, Putzener Straße 46, über dessen Betrieb wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages die Sperre verhängt ist, bei der Kundschafft reinzuwaschen und stellt dabei die Behauptung auf, die Organisation hätte in dem Tarifvertrag Kost und Logis außer dem Hause gefordert. Dies trifft nicht zu. Die Organisation fordert in dem Tarifvertrag 12stündige Arbeitszeit, 13 M. Minimallohn, Überstundenbezahlung mit 50 Pf. und Anerkennung des kostenlosen Arbeitsnachweises vom Zentralverband der Fleischer.

Die Fleischervereine Koch, Rogarstr. 10, Fensler, Sonntagstr. 1 und Reimann, Pöhlener Ufer 19, Lichtenberg, Kummelsburg, Löffel, Reichenberger Straße, Spetlich, Brunnenstr. 76, Bachmann, Gerichtstr. 11, Paulus, Scheriner Straße 45, Koch, Liebenwolder Straße 16a, Horn, Danziger Straße 9 und Holz hütter, Putzener Straße 46, sind wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages für organisierte Fleischergehilfen gesperrt. Ferner ist über die Fleischer Kramer, Weiser-Straße 218, Kaufhölz, wegen Tarifbruch die Sperre verhängt.

Die Fleischermeister Otto, Schornweberstr. 6/7, Ruffert, Gürtelstr. 15, Herrmann, Oberstr. 4, Stuk und Misgaiski, Konstanzer Ufer, Hartmann, Goethestr. 17, Lichtenberg-Kummelsburg, haben den Tarifvertrag der Organisation anerkannt.

Wachtung, Musiker! Im „Kokonienswäldchen“ (Zmh.: K. Ballschneider) sind die Kollegen ohne Grund entlassen. Eine Verständigung durch die Kommission war nicht herbeizuführen. Die Kollegen werden erucht, dort nicht in Arbeit zu treten.

Zentralverband der Zivildienstausrufer Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Wachtung, Konfektions Schneider! Ein Herr Berger, Vertreter der Firma Burger-Rehl u. Co.-Zürich reist über Prag nach Berlin.

Kleines Feuilleton.

Die neun Stellen. Die Bereitwilligkeit, mit der wir den vom „Berliner Tageblatt“ offenbar unterdrückten Reisebriefen Bernerle Sombarts Unterkunft gewährt haben, schien das „Berliner Tageblatt“ wieder zu den ersten Grundböden der Toleranz zurückgeführt zu haben, und so las man endlich nach langer Unterbrechung am letzten Sonntag die Fortsetzung von Sombarts empfindsamer Reise nach Ruhland. Aber siehe da, schon und da erschienen diese Briefe dem enttäuschten Leser, der sich sagen mußte, daß seine Frage an Sombart: „Wie zu geistreicheln?“, diesmal überraschenderweise eine betneinende Antwort gefunden hat. Mit um so größerer Genugtuung erfahren wir jetzt, daß diese Demotität nur der Redaktion des „Berliner Tageblatts“ und keineswegs unserem Bernerle zur Last fällt. An einer verdorbenen Stelle im Feuilleton lesen wir: „Professor Sombart wünscht festgesetzt zu sehen, daß in seinem Aufsätze „Gedanken in Ruhland II.“ neun Stellen gestrichen oder geändert worden sind.“

Welche Heimtücke! Aus einem vom Verfasser gezeichneten Artikel die schönsten Stellen zu streichen! Welche Intoleranz, welche feige Rücksichtnahme, welche Einschränkung der Redefreiheit, welche Respektlosigkeit vor der Wissenschaft! Das ist unerträglich! Die sind gern bereit, den von der „Tageblatt“-Zensur unterdrückten Stellen bei uns Aufnahme zu gewähren. Und wenn es Herr Sombart nicht tun will, Bernerle wird sich sicher wieder zu uns flüchten.

Die humoristische Kunst. In London findet zurzeit eine internationale Ausstellung für humoristische Kunst statt, die bei den Besuchern, wie die Unternehmer versichern, einen Lachkampf erzeugen muß. Die Besucher scheinen sich ihrer Pflicht jedoch nicht demüht zu sein, denn man sieht sie meist mit sehr ernsten Gesichtern die Karikaturen mustern, die englische, französische und deutsche Zeichner aufgestellt haben. Vielleicht liegt dies daran, daß ein Uebermaß von Witz wie ein Uebermaß von Süßigkeiten die Verdauung beeinträchtigt und einem den Genuß verleidet. Es ist ferner auch zweifelhaft, ob die meisten der Besucher die ausländischen Karikaturen verstehen. Karikaturen, die in allen Ländern gewürdigt werden können, gibt es nur in beschränkter Zahl; die meisten sind jedoch tragen einen nationalen oder örtlichen Charakter und es gehört schon eine kosmopolitische Bildung dazu, um sie zu verstehen. So kommt es denn, daß englische Kritiker den deutschen Humor und die deutsche Satire, wie sie in den ausgestellten Zeichnungen der Mitarbeiter der Münchener „Jugend“ und des „Simplicissimus“ zum Ausdruck kommen, schwerfällig finden. Sie merken nicht, daß es gerade die Beschäftigung und Schwerefälligkeit des deutschen Spielbürgers ist — um einen Gegenstand herauszugreifen —, über die sich der Künstler durch seine Uebertreibungen lustig macht. Der Engländer erkennt den Typus nicht; sein Spielbürger ist die einseitigste aggressive, choleriche Stupidität.

Auch der große französische Teil der Ausstellung wird sicher zu Mißverständnissen Anlaß geben. Hier herrscht der nackte Frauenkörper vor. Das in endloser und langweiliger Verschiedenheit wiederkehrende Thema ist das nackte Frauendein, das sich nach allen Richtungen der Weibese freud. Ist dieser Humor wirklich

französisch? Hat er seine Daseinsberechtigung nicht vielmehr in den zahlreichen amerikanischen, deutschen und englischen Besuchern der Stadt Paris, die dort hingehen, um sich zu amüsieren? und nachher über den „Sündenpfuhl“ an der Seine zu zeltern? Wirklich gallische Witz und gallische Satire wecken die meisten der Zeichnungen nicht auf.

Die englische Ausstellung ist sehr bescheiden. Der hausdadene englische Humor ist zwar nicht übel. Folgendes sind Beispiele des englischen Witzes: Der Pfarrer übertrifft die Köchin, wie sie beim Eierlocken ein Kirchenlied singt, und lobt ihren frommen Sinn. Daraus erklärt die Köchin, daß sie es immer so halte: zwei Verse für weichegottene und drei Verse für hartgegottene Eier. Ober: Eine Frau bringt ihren Antryp von einem Mädchen zum ersten Male zur Schule. Von der Lehrerin befragt, ob sie wünsche, daß man der Kleinen Religionsunterricht erteile, erwidert sie: „Det is mir gleich; solange Sie se nich auf'm Kopp hauen.“ Doch in der satirischen Darstellung sozialer und politischer Zustände ist die englische Zeichnungskunst schwach, was von den Engländern selbst zugegeben wird. Für diese Satire ist in England wenig Raum vorhanden. Die beiden großen bürgerlichen Parteien haben einander kein Auge aus. Wo sie sich satirisch befassen, hat der Kampf im günstigsten Falle den Anschein einer Schlacht mit Reißfäden oder Bettfischen. Der echten politischen Satire am nächsten kommt noch der Zeichner der Insektentiden „Evening News“, dessen Ministergestalten den Gegner wirklich ärgern können.

Es gibt jedoch in England einen genialen Karikaturenzeichner, dessen Arbeit in der Ausstellung leider nicht vertreten ist. Es ist dies der Antitruer Bill Dyson, der jeden Tag für das Arbeiterblatt „The Daily Herald“ eine Zeichnung liefert. Dysons Handwerkszeug ist kein Gänsekiel, mit dem man den Gegner netzlich liqell, sondern ein langes, breites eisernes Schwert, das er, wie ein alter germanischer Krieger, nachdem er Arme und Köpfe abgehauen hat, am Abend nach der Schlacht mit dem Fuße wieder gerade biegt. Doch Dysons Satire ist keine Salonsatire und deshalb auch wohl kaum ausstellungsfähig. Dyson steht auf dem Boden der revolutionären Arbeiterbewegung und die Kunstgelehrten würden wohl gleich in seinen Zeichnungen die „einseitige Tendenz“ erkennen.

Ein glänzender Vorkämpfer. Während auf der Werkbund-Ausstellung in Köln in den nächsten Tagen das erste Glashaus in unsererin beschriebenen Größenverhältnissen die Aufmerksamkeit der Besucher fesseln wird, planen die Bauherren als neuestes Wunder ihrer kühnen Architektur einen Wolkenträger aus Glas. Das Gebäude von zwölf Stock Höhe wird ganz aus Glaswänden in einem Stahlrahmen errichtet; nach seiner Fertigstellung werden etwa 75 Proz. der Baustoffe Glas sein. Eine weitere Besonderheit dieses Glasgebäudes wird es sein, daß es keine Fenster erhält, die sich öffnen lassen; die Ventilation wird nach einem neuen System geregelt, das den Besuchern frische und gute Luft in reichem Maße zuführen soll. Die Luft wird durch eine besondere Leitung in der Höhe des zweiten Stockes eingesaugt, weil man gefunden hat, daß sie in dieser Höhe reiner ist als weiter oben. Nach ihrem Eintritt wird die Luft durch „Regenkammern“ geleitet, in denen alle Unreinheiten wie bei einem Regenschauer ausgewaschen werden. Erst dann strömt die Luft durch Leitungen, die das ganze Haus durchziehen, in die verschiedenen Stockwerke und in die einzelnen Räume, während die verbrauchte Luft durch unter der

Decke liegende Öffnungen wieder herausgezogen wird. Bei kaltem Wetter wird die frische Luft nach ihrem Eintritt in das Haus zunächst auch erwärmt, bei harter Hitze dagegen gefühlt. So glaubt man das ganze Jahr hindurch eine von allen Krankheitskeimen gereinigte Luft den Bewohnern dieses Glashauses zuführen zu können, ohne daß sie unter dem Värm der Straße, der durch die geöffneten Fenster hereinströmen würde, zu leiden habe. Unabhängig von der Luftleitung erhält das Haus eine Warmwasserheizung, die an den kältesten Wintertagen eine gleichmäßige warme Temperatur sichert. Das luftige Luxusgebäude soll 6 Millionen Mark kosten.

Delia Larlins Kriegskunst. Die Genossin Delia Larlin, die Schwester Larlins, der bei dem Dubliner Streik eine hervorragende Rolle als Führer der Streikenden spielte, hat einen eigenartigen Weg eingeschlagen, um Mittel für die gewerkschaftliche Frauenorganisation Irlands und zur Unterstützung der noch ausgeperrten Arbeiter aufzubringen. Aus Arbeiterinnen, die am Streik beteiligt waren, hat sie eine Künstlertruppe gebildet, die zurzeit in „Kings Hall“ in London auftritt. Sie erzählt darüber in dem Londoner Blatt „Daily Sketch“: Für die Opfer des Streiks in Dublin sind Geldmittel erforderlich. Um sie zu beschaffen, bediene ich mich meiner früheren Leidenschaft für das Theater. Ich habe die Dekorationen gemalt und die Kostüme Schneider. Meine Künstlerinnen sind durchweg Arbeiterinnen von Dublin, einige davon haben eine bedeutende Befähigung für die dramatische Kunst. Auch einige Arbeiter sind darunter. Ein junger Maurer spielt die Geige wie ein Vagant. Amotheus Wehlen, ein Fischhändler, und Francis Cooper, ein Schiffsausläder, sind die Kopfputzen meines Balletkorps, die Arbeiterinnen sind durchweg ausgezeichnete Tänzerinnen. Katia Moore, eine Arbeiterin der Holzfabrikation, ist die Sopranängerin der Truppe. Was mich betrifft, so bin ich Impresaria, Direktrice, Kassenkassiererin usw. und vor allem Kapellmeisterin.

Notizen.

Briefe Dostojewskis konnte man bisher nur in ganz kurzen Auszügen, die in ein paar Büchern über ihn standen. Soeben erscheinen sie zum erstenmal gesammelt im Verlag H. Piper u. Co. in München. Sie sprechen eindringlich von dem ungeheuren Schicksal des Dichters als es die beste Biographie vermöchte, ja sie sind eine Art Autobiographie. Der Verlag hat den Band mit bisher unbekanntem Dostojewski-Porträt aus allen Lebensaltern geschnitten, die im Moskauer historischen Museum für diesen Zweck aufgenommen worden sind.

Paul Jig hat von der Schweizerischen Schiller-Stiftung für den Roman „Das Weisheit Rothas“, der zuerst im Unterhaltungsblatt des Vorwärts erschien, einen Preis von 1000 Frank erhalten.

Professor Karl Brunner erklärt in einer Zuschrift an uns, es sei unwahr, daß er „Obergenfer in Fragen des Films“ sei, und ebenso, daß er den Film „Hirschjagd in Frankreich“ kenne, zensiert und für die Jugend zugelassen habe.

Herr Brunner hält sich im ersten Teil seiner Erklärung an das Wort, nicht an den Sinn. Er ist wirklich nicht Obergenfer, aber Genferarbeit für die Films für Jugendliche, also doch eine Art Unterzensor. Die Vertichtigung bedeutet mithin etwa, Herr Brunner habe zwar ein wichtiges Amt, aber im Grunde eigentlich nicht viel zu sagen.

am 1000 Anzüge Streifarbeit unter die Zwischenschleifer unterzubringen. Die Berliner Schneider seien gerannt. Es wird notwendig sein, daß sie Obacht geben, wo Streifarbeit berichtet wird.  
R a f f e d., Sekretär des Österreichischen Schneiderverbandes.

### Deutsches Reich.

#### Eine ganze Streikleitung verhaftet.

Seit dem 25. April stehen in Nonheim im Kreise Solingen 81 freigestellte und 24 christlich-organisierte Bauarbeiter im Kampf. Nonheim ist ein kleines Bauerdörfchen mit stark katholischer Bevölkerung, in dem bisher noch keine Industrie vorhanden war. Eine holländische Kapitalistengruppe hat ein großes Werk, die Rhemania-Werke, das erste industrielle Unternehmen, dort errichtet. Einige Kaufmannsfirmen führen einige zum Werke gehörige Bauten auf. Da die Firmen den Tarif nicht zahlten und sich auch auf keinerlei Verhandlungen mit den Vertretern der Organisationen einließen, kam es zum Streik, der erste, der in Nonheim geführt wurde. Die Streikenden verteilten sich, den Wohnungen ihrer Führer folgend, ruhig. Es war den bestreikten Firmen nicht möglich, Arbeitswillige herbeizuschaffen. Außer einigen Italienern hatten alle die Arbeit niedergelegt. Das scheint den Herren nicht in den Aram gepaßt zu haben. In der Nacht zum Sonntag wurden in der Antenne, in der einige arbeitswillige Italiener kampierten, die Fenstersteine eingeworfen. Von wem konnte nicht festgestellt werden. Am Sonntag wurden plötzlich sieben Streikende von der Gendarmerie verhaftet unter der Beschuldigung, Landfriedensbruch begangen zu haben. Weitere Verhaftungen erfolgten am Montag. Und am Dienstag wurde die ganze Streikleitung verhaftet; und die Aktenmappe der Streikleitung beschlagnahmt. Außerdem wurden fast alle Streikenden, die in Nonheim wohnen, verhaftet und in einem Wagen nach dem Untersuchungsgefängnis in Dladen gebracht. Bisher war es den Streikenden noch immer gelungen, arbeitsuchende Leute, die nicht wußten, daß auf den Rhemania-Werken gestreikt wurde, zur Umkehr zu bewegen. Das ist ihnen nun unmöglich gemacht. Die Verkleidung und Gendarmerie leben übrigens im besten Einvernehmen, was schon daraus hervorgeht, daß man den Fußgänger einen Auto zur Verfügung gestellt hat. Auf eine telefonische Beschwerde beim Landrat wurde der Streikleitung mitgeteilt, der Nonheimer Bürgermeister müsse erst Bericht erstatten, bevor der Landrat eine bestimmte Antwort geben könne. Unter den Verhafteten befinden sich auch Italiener.

#### Zechenkapital und Grubensteiger.

Keiner Organisation ist den letzten Jahren vom Unternehmertum schärfer mitgespielt worden als dem Deutschen Steigerverband. Der Wipfel aller gegen ihn unternommenen Schandakten, der Einbruch in das Verbandsbureau zur Erlangung der Mitgliederlisten, ist ja noch in aller Erinnerung. Die beiden erschienenen Nummer 9 des „Technischen Grubenbeamten“ ist nun zu einer Anklageschrift gegen das Zechenkapital angestaltet worden. Dokumentarisch wird der Terror der Grubenkapitalisten gegen die Steiger niedergelegt.

„Über kann einer“ so schreibt der lundige Verfasser des Artikels. „Monate und Jahre Gefängnis oder gar Zuchthaus verhängt haben, aber freiere Ansichten werden nicht gebildet.“ Die Folge davon ist, daß die jungen Leute, die sich zur Vergeltung melden, meist aus jenen Kreisen der Arbeiterklasse stammen, die den modernen Strömungen fernstehen. Bei diesen Leuten ist eine gewisse Veranlagung, sich recht viel gefallen zu lassen, von vornherein da. Ein treffendes Arbeiterwort hat für diese Elemente der Steiger die Bezeichnung „Kadefahrer“ geprägt: nach oben krümmen sie den Nacken, nach unten treten sie. Von der Behandlung der Steiger durch die Vorgesetzten heißt es: Es werden ihm Namen gegeben, die aus irgendeinem der gemeinsten Schimpfwörterlexikons entlehnt sind. Widertworte wagt er nicht, da das Autoritätsprinzip viel zu fest in seiner Erziehung begründet ist. Wer sich aber erst einmal Schafstopp, Eiel, Edeltau, Schwein und sonstige noch viel gemeinere Wörter hat gefallen lassen, bei dem ist das energische Wehren fast für immer vorbei. Das Klüger bekommt der Mensch nur einmal gebrochen.

Auf diese Weise wird das Gefühl für Verleumdungen völlig abgestumpft. So schreibt in einem der Fragebogen, die der Steigerverband herausgegeben hat, ein Steiger von Zeche Holland:

„Behandlung sehr unanständig, Betriebsführer und Bohrsteiger schimpfen. Jedoch wir Steiger sind dagegen abgebräht.“

Von Zeche Keumühl schreibt ein anderer:

„Behandlung schlecht. Worte wie A... löcher und so ähnlich werden im Weisen der Leute vom Betriebsführer M... gebraucht. Wenn ich Schläge bekäme, würde ich meinen, es muß wohl so sein. Der Mensch ist ein Gemühtier.“

Welch erbarmungswürdiges Gesolentum!

Sinnlos kommt die unglaublich rücksichtslose Art, wie man die Steiger in ihren Feierstunden zwingt, trotz vorhergegangener zwölfbis fünfzehnstündiger Arbeitszeit wieder einzufahren. Ein Fall von vielen: Auf Zeche Bruchstraße wurden die Steiger auf den ersten Oftertag zum Knotenbinden bestellt. Da standen nun am ersten Oftertag morgens 9 Uhr über dreißig gereitete Männer an einem auf dem Zechenplatz gespannten Drahtseil und lernten — Knotenbinden. Trotz aller Hemmnisse will jetzt der deutsche Steigerverband einen neuen Vorstoß versuchen. Mit Recht weist seine Anklageschrift darauf hin, daß die Entwicklung im Bergbau die jegliche unwürdige Stellung der Steiger noch verschlimmern wird, wenn die Organisation den schamlosen Übergriffen des Zechenkapitals nicht rechtzeitig wehren kann.

#### Die Fortbildungsschule im Dienste des Unternehmers.

Zu Eisenburg streiten seit einigen Wochen die Formstocher, um der geradezu zu einer Gefahr für den wenig ausbreitungsfähigen Beruf gewordenen Lehrlingszuchterei Einhalt zu tun, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer einigermaßen erträglichen Lehrlingsstala an dem „Herr-im-Haus“-Standpunkt einiger Unternehmer gescheitert waren. Ergab doch eine kurz vor Ausbruch des Konflikts gemachte Umfrage, daß bei 40 am Orte beschäftigten Geheissen 32 Lehrlinge „ausgebildet“ wurden, eine Zahl, die im Verhältnis zum Bedarf unethisch genannt werden muß, da es den Ausgelernten kaum möglich ist, im Beruf Arbeit zu bekommen. Da einige Lehrlingszuchtler sich absolut zu keinem Vergleich bequemen wollten, wurde der Streik erklärt. Jetzt kommt die Leitung der gewerblichen Fortbildungsschule den bedrängten Lehrlingsausbeutern zu Hilfe, indem sie die Mehrzahl der fortbildungsschulpflichtigen Formstocherlehrlinge vom Schulbesuch dispensiert. Das empörendste an dem Eingreifen der Schulleitung in einen Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer ist, daß dieser Kampf gerade im Interesse einer gefunden Lehrlingsausbildung geführt wird, und die „dispensierten“ Lehrlinge also gezwungen sind, ihre eigenen Interessen mit Füßen zu treten. Diese Maßnahme der Schulleitung — selbst in Zeiten der Hochkonjunktur wurden bisher die Schüler nicht vom Unterricht dispensiert — zeigt aus neue, daß die von den Unternehmern als notwendiges Übel betrachtete Fortbildungsschule im Zeichen der Jugendpflege nichts anderes ist als ein neues Instrument zur Bekämpfung der Arbeiter.

### Ausland.

#### Ganz Dänemark für Buchbinder gesperrt!

Die dänischen Buchbinder haben den am 1. Juli ablaufenden Landestatist gefündigt und den Unternehmern einen Tarifentwurf

unterbreitet, der von den Unternehmern mit einem Gegenentwurf beantwortet ist. Die Unternehmer schienen sich nun auf einen Kampf vorzubereiten und verziehen, Arbeitskräfte in Deutschland zu werden, wie aus verschiedenen Anfragen deutscher Buchbinder beim Vorstand des dänischen Buchbinderverbandes hervorgeht. Besonders soll es die Kopenhagener Firma Peteren u. Petersen sein, die in deutschen oder Berliner Blättern Buchbinder sucht. Da jetzt das Geschäft im allgemeinen in Kopenhagen daniederliegt, so ist zu erwarten, daß die so geachteten Buchbinder nur gegebenenfalls als Kauschreiber gegen ihre dänischen Kollegen vermandt werden sollen, um diesen von vornherein ein Durchsehen ihrer Forderungen unmöglich zu machen oder doch zu erschweren. Der Vorstand des dänischen Verbandes hat deswegen beim Internationalen Buchbindersekretariat beantragt, die Sperre über ganz Dänemark zu verhängen. Also, Buchbinder, keine Stellung nach Dänemark annehmen!

#### Verbandstag der Lederarbeiter.

In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung wurde die Diskussion über Lohnbewegungen und Tarifverträge fortgesetzt. Zunächst kamen von jeder der drei Branchen (Weißgerber, Handschuhmacher, Loh- und Chromgerber) zwei Redner zum Wort, die unter Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse ihrer Branche die tatsächlichen Fragen der Lohnbewegung im allgemeinen beleuchteten. Drei Fragen waren es, die im Vordergrund der Debatte standen: Die Affordarbeit, der paritätische Arbeitsnachweis und der Reichstaxtarif. Die Meinungen waren hinsichtlich aller drei Fragen geteilt. Während einige Redner für grundsätzliche Bekämpfung der Affordarbeit eintreten, meinten andere, dies Lohnsystem sei so weit verbreitet, daß an eine Abschaffung desselben wohl nicht zu denken sei. In mancher Hinsicht hätten die Affordarbeiter auch mehr Freiheiten bei der Arbeit als die Lohnarbeiter. — Hinsichtlich des paritätischen Arbeitsnachweises ging die Ansicht im allgemeinen dahin, daß sich in der Handhabung dieses Systems neuerdings manches zungunsten der Arbeiter bemerkbar gemacht habe. Immerhin könne die Einführung von paritätischen Arbeitsnachweisen versucht werden, wo es die Verhältnisse gestatten, jedoch solle diese Angelegenheit nicht forciert werden. — Die große Zahl der Tarife in der Weißgerberei und der Handschuhindustrie hat die Frage nahegelegt, ob eine Entwidlung zum Reichstaxtarif oder zu Bezirkstarifen zu erwarten und ob sie eventuell zu begünstigen sei. In dieser Hinsicht traten in der Debatte verschiedene Ansichten hervor. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, daß bei Lohnbewegungen mehr Nachdruck auf die Verfügung der Arbeitszeit gelegt werde.

Nachdem die Erörterung der allgemeinen Gesichtspunkte beendet war, beschäftigte sich der Verbandstag mit einigen Einzelfällen, die der Beschwerdekommision vorgelegen haben. Es handelt sich in diesen Fällen um Meinungsverschiedenheiten, die wegen einzelner Lohnbewegungen zwischen dem Zentralvorstand und den beteiligten Ortsverwaltungen beziehungsweise Mitgliedern ausgebrochen waren. Die Erörterung der Einzelfälle füllte die ganze Sitzung aus und soll am Freitag fortgesetzt werden.

#### Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

##### Zweiter Tag.

Als Vertreter der Generalkommision ist der Genosse Adolf Cohen erschienen, als Gast nimmt Frau Kahler vom Verband der Hausangestellten an den Verhandlungen teil. In der Sonntagsitzung wird die Diskussion über den Bericht der Hauptverwaltung fortgesetzt. Einige Redner bemängelten, daß das Hauptpersonal in den gastwirtschaftlichen Betrieben vielfach unzureichend bei den Hausangestellten organisiert sei. Das sei falsch, dieses Personal gehöre unbedingt in den Verband der Gastwirtsgehilfen. Frau Kahler referiert an, daß die Mädchen- und Hausmädchen, die in Gastwirtschaften beschäftigt sind, dem Verband der Gastwirtsgehilfen zugehören. Bisthaft sei der Verband aber auch mit schuld, denn in vielen Orten bestimmen er sich um dieses Personal nicht. Jedenfalls dürfe keine Zerstückelung eintreten, sondern ein einheitl. Uebertritt müsse einmütig erfolgen.

Löffler-Berlin meint, man hätte in Berlin vorgehen sollen, als von einigen größeren Betrieben der Tarif gekündigt wurde. Koch-Essen bedauert die Berliner Konflikte, die auch in der Provinz schädigend gewirkt haben. Die Hohensteinschen Flugblätter seien z. B. in Essen und anderwärts massenhaft verbreitet worden.

Der Vorsitzende Zeiske bespricht in seinem Schlusswort die eingeleiteten Anregungen und Wünsche, die aus dem Kreise der Delegierten gekommen sind und erklärt unter anderem, daß die Hauptverwaltung bereits beschlossen habe, im Laufe dieses Jahres eine Reichskonferenz für die Hoteldiener einzuberufen, wo die für die Hoteldiener besonders in Betracht kommenden Fragen behandelt werden sollen. Ein Antrag der Berliner Opposition, eine besondere Prekominmission einzusetzen, die über die Fragen der Redaktionsleitung zu befinden hat, wird abgelehnt.

Zur Verhandlung gelangen nunmehr alle diejenigen Anträge, die sich mit der Einführung des Bezirksleiterstystems beschäftigen, ferner diejenigen, welche eine Vermehrung der einzelnen Gruppen am Orte verlangen. Ströhlinger (Hauptverwaltung) führt hierzu aus: Seit dem Kürnberger Verbandstage haben viele Anstellungen Platz gegriffen, die Zahl der Beamten sei um vieles vermehrt. Allen Wünschen könne natürlich nicht Rechnung getragen werden. Schon jetzt marschieren der Verband der Gastwirtsgehilfen in bezug auf die Ausgaben für persönliche Ankosten mit an der Spitze aller Gewerkschaften. Das habe natürlich seine guten Gründe. Die Arbeitsverhältnisse in gastwirtschaftlichen Betrieben liegen eben denjenigen Kollegen, die sich in fester Stellung befinden, kaum genug Zeit übrig, sich dem Verbande zu widmen. So entstehe die Notwendigkeit, fast überall besoldete Beamten anzustellen. Der Verband gibt jetzt für die Angestellten (Hauptverwaltung, Souleiter, Lokalbeamte) insgesamt rund 117 000 M. aus.

In der Diskussion zu diesen Anträgen, die sich auch auf die Bezahlung der Beamten durch die Hauptverwaltung beziehen, spricht sich Saar-Berlin dahin aus, er sei nicht für die Bezahlung der Beamten durch die Hauptverwaltung. Das Interesse an den Verbandsarbeiten würde sinken, der Wille der Mitglieder läme nicht genügend zum Ausdruck. Die Beamten kämen in eine vollkommene Abhängigkeit zur Hauptverwaltung. — Schindelmeier-Berlin führt aus: Wir wollen keine Führer, die sich leicht hinhin lassen. Eine Anzahl anderer Redner schließen sich diesen Ausführungen an, während andere im Gegenteil dafür eintreten, weil die Beamten dann unabhängig von der großen Masse werden und unbekümmert um die gerade herrschende Strömung ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen können. Für die Vermehrung der einzelnen Gruppen am Orte sprechen sich fast alle Redner aus. Bis zum nächsten Verbandstag soll dieses in allen Städten herbeigeführt sein.

Rehrere Delegierte fordern die sofortige Einführung der Bezirksleitung. Ströhlinger erklärt für die Hauptverwaltung, daß diese die Einteilung des Verbandes nach Bezirken und die Anstellung von Bezirksleitern wohl anstrebe, daß der Verband sich tatsächlich schon mitten in dieser Entwicklung befinde; er empfehle aber, von einem Beschluß abzusehen, der die Hauptverwaltung zwingt, dies sofort systematisch durchzuführen. Das Resultat der Diskussion ist die Annahme folgender von Ströhlinger vorgeschlagenen Erklärung:

Der achte Verbandstag erklärt: Die Hauptverwaltung ist berechtigt, Anstellungen von halb- bzw. ganzbesoldeten Kollegen weiter zu fördern, soweit dies notwendig ist.

Das soll namentlich in solchen Orten geschehen, wo Aussicht vorhanden ist, daß in nicht allzu langer Zeit die Vermehrung der Mitglieder durch Zunahme der Mitglieder gedeckt werden. Nach Möglichkeit ist das System der „Halbesoldeten“ zu beschränken.

Auf alle Fälle sollen die betreffenden Verwaltungen selbst, bis zur anderweitigen Regelung zur Aufbringung der Kosten durch Erhebung von Ertragsbeiträgen herangezogen werden. Voraussetzung ist ferner, wenn Zuschüsse aus der Hauptkasse bewilligt werden sollen, daß die Ortsverwaltungen den Beamten in seiner Tätigkeit tatkräftig unterstützen.

Die theoretische und praktische Ausbildung der vom Verband angestellten oder angestellten Kollegen ist von der Hauptverwaltung möglichst zu fördern.

Zu der Nachmittagsitzung sollen die bekannten Berliner Konflikte verhandelt werden; die Sitzung wird eine geschlossene sein.

#### Laßt uns diese Kulturarbeit fördern!

Das war die Stimmung in zwei zugunsten des Kinderschutzes vom 4. Kreis einberufenen Versammlungen. Der Besuch war den gegebenen Verhältnissen entsprechend ein guter.

In den

##### Andreas-Bezirk

festellte Gehoffin Martha Demning die Zuhörer durch ihr faktenreiches Referat. Sie schilderte die Entwicklungsjänge des modernen Kapitalismus und die damit verbundene mißliche Ausbeutung der erwachsenen Arbeiter und ganz besonders der Kinder. Von England, dem klassischen Lande des modernen Kapitalismus, lernte Deutschland gar bald das Wahlen von Kinderzöhen. Furchtbar waren und sind diese Wirkungen noch heute. Denn all das knospende Menschenmaterial, das Kolos Kapital gefräßig verschlingt, noch verschlingt, geht der Gesellschaftskultur verloren. Durch den nimmermüden Appell der Sozialdemokratie fühlte sich das bürgerliche Gewissen dann im Jahre 1904 gemühtigt, die Kinderschutzarbeit gesetzlich zu regeln. Und heute, nach zehnjährigem Bestehen dieses durchsichtigen Gesetzes findet man noch ähnliche Ausbeutung der Kleinsten, wie vor 70 und 80 Jahren. Dennoch hatte der frühere Minister Herr v. Dallwitz die Stimm zu behaupten, es sei ungeheure Uebertreibung, von Kinderausbeutung zu reden. Derselbe Herr fand aber kein Wort des Tadelns über das statistische Amt, das schon seit zehn Jahren teilweise Erhebungen über die Kinderarbeit in Angriff genommen und bis dato kein Resultat veröffentlicht hat. Dann unterzog die Referentin die verschiedensten Teile des Kinderschutzes einer kritischen Würdigung.

Der ungeteilte Beifall und der Wille, tatkräftigen Kinderschutz zu betreiben, bewies, daß der Referentin Worte auf fruchtbaren Boden gefallen.

##### Bezirk Süd-Ost.

Emma Döhl gab hier ein großzügiges Bild des Wesens und Wirkens des seit 1904 bestehenden „Kinderschutzes“. Ein unterbrach die Rednerin großartige Bewegung, die sich zum Teil auch durch Entrüstungsrufe über unsere „Kultur“ auslöste.

Besonders im vierten Kreis hat die Kinderschutzkommission wahrhaftig Eigenes geleistet. Der gräßliche Fall, daß ein vier Monate altes Kindchen buchhändig angefaßt, von Nadeln angegriffen und von Ingezieher bedeckt aufgefunden wurde, steht leider nicht vereinzelt da. Groß-Berlin zeitig mehr solcher Kulturdelikte. Der hier erwähnte Fall ist durch die Kinderschutzkommission entdeckt und erledigt worden. Die preussische Polizei findet zum Teil mehr Geschehen am Kinderschutz, noch fühlt sie Anlaß auf Einholung des Gesetzes zu bringen. Beweis: Ein zu schündernde Nabe trug ganz getroß Zeilungen zum Polizeirevier. Einmal wurden zur Winterzeit in Charlottenburg 120 Kinder vor 4 Uhr morgens arbeitend angetroffen. Im vierten Kreis traf man binnen zweier Stunden 270 arbeitende Kinder. Davon haben die Gespeshüter natürlich nichts bemerkt. Der Polizei genügen auch die Regimantionen gefälliger Kinder, die in den Aufzimmereien arbeiten. Trotzdem steht notorisch fest, daß diese Ausbeute mit dem wirklichen Alter der Kinder selten übereinstimmen. Diese Spinnerinnen sollten einmal das Objekt polizeilicher Untersuchung werden. Zeit genug wäre dafür vorhanden, wenn die proletarische Jugendbewegung und die Gewerkschaften etwas weniger transigiert wurden. In warmen Worten forderte zum Schluß Emma Döhl die Anwesenden auf, eifrig Kinderschutz zu betreiben, um so ein Stück Sozialismus zu verwirklichen. Reichen Beifall sollten die Anwesenden der Referentin. Dem Referat folgte eine interessante Diskussion.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Kreiswahlverein Straßund-Franzburg-Rügen hielt am Sonntag, den 10. Mai, in Straßund seine Kreisgeneralsversammlung ab, die von 35 Delegierten besucht war. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß auch hier die Bewegung sicher vorwärts schreitet. Die Mitgliederzahl ist um 264 seit dem 1. April v. J. gestiegen und beträgt zurzeit 1562. Erfreulich ist, daß sich die Zahl der weiblichen Mitglieder auf 331 gesteigert hat. Die Partei wurde auch im Kreise bedeutend mehr Mitglieder aufweisen können, wenn nicht durch Polizeischikane die Abhaltung von Versammlungen auf freien Plätzen usw. gehindert würde, um das Eindringen der Sozialdemokratie zu verhindern. Im ganzen Kreise haben der Partei nur 4 Lokale zur Verfügung, jedoch ist seitens der Kreisleitung jetzt der Versuch unternommen, in einzelnen Orten Wohnungen zu Verfügung zu stellen, um die Mitgliederzahl günstig zu entwickeln; die Partei verfügt zurzeit über einen Bestand von über 2400 M. Nach einem Referat des Kandidaten Wenossen Aagenstein wurde beschlossen, den deutschen Parteitag in Würzburg durch einen Delegierten zu beschicken, wozu der Kreisvorsitzende Genosse Göbel gewählt wurde. Der bisherige Kreisvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Keinen günstigen Abschluß erzielte der Wahlverein für Greifswald-Grizmenen mit seinem letzten Geschäftsjahr. Er mußte in ihm einen Verlust von 115 Mitgliedern und auch an Abkommen auf die Parteipresse zählen. 687 Genossen sind in seinem Bezirk politisch organisiert, aber nur 277 Abonnenten der Parteipresse sind vorhanden. Kein Wunder, wenn es da zurückgeht! Wo die dauernde Aufführung durch die Parteipresse fehlt, können auch 60 000 Broschüren, Volkstaschen und Flugdriften nebst Agitationszeitungen nicht viel ausrichten, wie sie im Kreise verteilt wurden. Wie wenig auch die Parteiarbeit klappt, wenn die ständige Aufmunterung der Parteipresse fehlt, geht daraus hervor, daß der Hauptfaktierer noch nicht berichten kann, weil aus den sechs Mitgliedschaften noch nicht die Anrechnungen zu erlangen waren.

Der zweite mecklenburgische Wahlkreis Schwerin-Wismar hielt seine Kreisversammlung in Wismar ab. Es wurden im Berichtsjahre 60 000 Flugblätter, 17 000 „Mecklenburgische Volkstaschen“ und 5000 Probenummern der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ verbreitet. Essentielle Versammlungen fanden 16 statt, dazu kommen 36 Mitgliederberausammlungen und außerdem zwölf öffentliche Versammlungen auf den Dörfern. Die Jahreseinnahme beträgt 8226,59 M., die Ausgabe 6086,98 M., so daß ein Kasienbestand von 2139,61 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl stieg von 1090 auf 2375, also um 385. Die Lesergahl der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ beträgt 1800.

Die Kreisorganisation für Nordhausen und die Grafschaft Hohenstein hat sich gut entwickelt. Die Mitgliederzahl stieg von 1982 auf 1884. Das ist um so höher zu bewerten, als die Krise in der Halindustrie die Arbeiterschaft schwer betroffen hat. In 17 Orten bestehen Ortsgruppen und in 8 Orten verfügt unsere Partei über 26 Sitze in den Gemeindevertretungen.

Dem Geschäftsbericht für den Sozialdemokratischen Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis — Leipzig-Land — ist zu entnehmen:

Mit 40017 Mitgliedern steht der 18. Kreis an zweiter Stelle in Deutschland, 6076 Mitglieder Zunahme gegenüber dem Vorjahre. Der Reichstagswahlkreis wurde 12038,50 M. zugeführt. In den Parteivorstand sind 40300 M., an den Bezirksvorstand 23023 M., für Agitation 15690 M., für das Sekretariat 7390 M. verausgabt und als Kassenbestand 17881,16 M. vorgezogen.

Die Generalversammlung stimmte im Prinzip der Gründung eines Parteiblattes zu, hauptsächlich, um die neu gewonnenen Mitglieder zur Vereinstätigkeit heranzuziehen.

Der Antrag Blagowitj, die Zahl der Delegierten zur Generalversammlung zu beschränken, wurde nach lebhafter Diskussion mit großer Mehrheit angenommen und damit die Zahl der Delegierten von 1600 auf ca. 800 herabgesetzt.

Ein Korrespondenzbureau für badiische Politik beschäftigt der badiische Landesvorstand eingerichtet. Er hat für diesen Posten den Genossen Grünbaum ausermählt. Das Bureau soll seinen Sitz in Karlsruhe haben und von hier aus die badiische Parteipresse mit badiischer Politik speisen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Die abgebildete Privatkrankenpflege.

Von der Mannheimer „Vollstimme“ wurde vor einiger Zeit das unläuterere Gebahren der Krankenpflege für Handwerker, Kaufleute und Beamte (Sitz Darmstadt) bloßgestellt, und es wurden die Leser aufgefordert, dieser Sache nicht zu vertrauen. Der Vorstand der Kasse fühlte sich beleidigt, weil die Kasse auf gleicher Stufe mit den Schwundelassen stehend bezeichnet wurde. Die Verhandlung vor dem Mannheimer Schöffengericht endete mit einem Freispruch der „Vollstimme“, nachdem recht erbauliche Dinge festgestellt worden waren. Ein angesehenes Arzt führte den Rat, daß den Kranken Krankengeldern das ihnen zustehende Krankengeld widerrechtlich entzogen worden sei. Festgestellt wurde dann, daß die Kasse bei einer Einnahme von 60000 M. im letzten Jahre an Krankengeld 19000 M., für Arznei 5505 M. und an die Ärzte 1691 M. ausgabte; als Verwaltungskosten aber die Hälfte der Einnahmen verbrauchte. Für 90 in Mannheim wohnende Mitglieder der Kasse wirkt der Sohn des fliegenden Vorstehers Koller als „Subdirektor“ und Kontrollleur. Beamte hat der „Direktor“ jedoch nicht. Weiter wurde festgestellt, daß für 200 Mitglieder der Kasse 22 Verwaltungsposten unterhalten wurden und die Gründung nur den Zweck hatte, die Familie Koller zu versorgen. Das Gericht hielt eine Belämpfung dieser Kasse für gerechtfertigt.

#### Veranstaltungsverbot wegen des „Rote-Kreuz“-Kummels.

In wieweit ungläublicher Weise unter der Herrschaft des „liberalen“ Vereinsgesetzes die Sozialdemokratie satanismiert wird, läßt ein Vorgang vom vergangenen Sonntag in Breitenbach im Kreise Schleusingen (Regierungsbezirk Erfurt). Dort war es nach vieler Mühe gelungen, eine Versammlung unter freiem Himmel zu ermöglichen, in der Parteisekretär Genosse Appel (Erfurt) über das Thema „Was will die Sozialdemokratie?“ sprechen sollte. Das sollte wohl die Arbeiter nicht erfahren, denn die Versammlung wurde verboten mit der Begründung, daß am gleichen Tage ein Blumensonntag für das „Rote Kreuz“ stattfindet, daher könne wegen der gegenwärtigen Verhältnisse Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung befürchtet werden. Mit derselben Begründung verbot man ferner in Sulzrieden den Arbeiterradsfahrern zu ihrem Stützpunkt den Festzug und die Feste. Es ist überflüssig zu sagen, daß in diesen weltentlegenen Orten der „Rote-Kreuz“-Spuk vollkommen spurlos verfiel. Aber er bot ein bequemes Mittel, der Sozialdemokratie ein Bein zu stellen.

In Breitenbach gelang freilich der Streich dank der Frömmigkeit unserer Genossen vorbei. Man hatte rechtzeitig von dem Verbot Kenntnis erhalten und meldete die Versammlung noch schnell in einem Lokale an. Und nicht nur die Arbeiter von Breitenbach, sondern auch sogar von Schmiedefeld, Schützenbach und Sulz waren dann so zahlreich erschienen, daß mindestens 300 Personen an der Versammlung teilnahmen. Da es der Zufall wollte, daß sich alle diese Leute vor dem Orte trafen, so kam ungewollt eine ganz ansehnliche Demonstration für das, was die Sozialdemokratie will und die Arbeiter nicht erfahren sollten, zustande.

## Genossenschaftliches.

### Der Fortschritt des organisierten Großeinkaufs.

Das rasche Wachstum der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung hat sich unter dem Druck der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur im Jahre 1913 etwas verlangsamt. Auch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine wurde davon betroffen. Der soeben erschienene Bericht der Großeinkaufsgesellschaft, der eine Reihe wertvoller und interessanter Tatsachen über die Entwicklung dieses Millioneninstituts enthält, läßt mit, daß der Warenumsatz im Jahre 1913 die Höhe von rund 154 Millionen Mark erreicht habe. Die Umsatzsteigerung gegenüber dem Jahre 1912 beträgt rund 18 Millionen, das sind 13,4 Proz., gegenüber einer Steigerung von 24 Proz. im Jahre 1912. Die erzielte Steigerung, so erklärt der Bericht zu diesen Zahlen, kann jedoch als befriedigend bezeichnet werden, weil sie die Zunahme des Gesamtumsatzes der Konsumvereine noch übertrifft. Auch der Warenbezug von genossenschaftlichen Organisationen hat sich im vorjährigen Jahre erhöht. Er belief sich auf 8679325 M. gegen 7551460 M. im Jahre 1912. Leider ist hierbei der Bezug von landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht besonders ausgefallen, was für die Beurteilung der Beziehungen zwischen der Konsumgenossenschaftsbewegung und den landwirtschaftlichen Genossenschaften von großem Interesse wäre.

Das wichtigste Kapitel des Berichts dürften die Mitteilungen über den Fortschritt der Eigenproduktion darstellen. Augenblicklich betreibt die Großeinkaufsgesellschaft eine Seifenfabrik, drei Zigarrenfabriken, ein Kautabakfabrik und eine Zündholzfabrik. Im Bau befinden sich und kommen im Laufe des Jahres 1914 in Betrieb eine zweite Seifenfabrik, eine Teigwarenfabrik und eine Ristenfabrik. Der Wert der im Jahre 1913 aus der Eigenproduktion abgesetzten Fabrikate belief sich auf rund 10 Millionen Mark und weist eine Zunahme von rund 1,8 Millionen Mark auf. An diesem Werte sind beteiligt: die Seifenfabrik Gröda mit 719428 M., die Zigarrenfabriken mit 330812 M., ferner ist erstmals darin enthalten der Umsatz der Kautabakfabrik Nordhausen mit 350563 M. und der Umsatz der Zündholzfabrik Ravensburg mit 460717 M. Der Geschäftsbericht bezeichnet diese Steigerung der Eigenproduktion als erfreulich. Wir können uns mit einer derartigen Bescheidenheit nicht befremden und sind der Meinung, daß dieser Fortschritt ziemlich gering ist. Mit dieser Anschauung befinden wir uns in guter Gesellschaft, denn auch weite Kreise der Genossenschaftler sind mit den geringen Fortschritten der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion sehr unzufrieden.

Die Verkaufsabteilung der Großeinkaufsgesellschaft, die den Geldverkehr der Konsumvereine und vieler Gewerkschaften vermittelt, hat bei dem Giroverkehr — der Vermittlung des täglichen Geldverkehrs durch Übertragungen — einen beträchtlichen Auf-

schwung zu verzeichnen. Die Umsätze liegen um rund 50 Millionen Mark und erreichen im Debitverkehr die Höhe von 198 Millionen, im Kreditverkehr von 200 Millionen Mark. Die bei der Postabteilung hinterlegten Gelder zeigen jedoch eine erhebliche Verminderung, wofür der Bericht leider keine Gründe anführt. Am 1. Januar 1913 betrug der Bestand an Einlagen rund 25 Millionen Mark, am 31. Dezember 1913 nur 5 Millionen Mark.

Ende 1913 beschäftigte die Großeinkaufsgesellschaft insgesamt 2019 Angestellte und Arbeiter gegenüber 1782 Ende 1912. Davon sind rund 1000 Tabakarbeiter, 300 Fabrikarbeiter, 450 kaufmännische Angestellte, ferner 200 Transportarbeiter. Das Arbeitsverhältnis sämtlicher Gruppen ist durch Tarifverträge geregelt. Für die Transportarbeiter ist der Reichstaxi anerkannt, den der Transportarbeiterverband mit dem Zentralvorstand deutscher Konsumvereine abgeschlossen hat; für die übrigen Gruppen sind Sonderartef vereinbart. Die Arbeitszeit ist für die einzelnen Gruppen verschieden festgesetzt: für die kaufmännischen Angestellten auf acht Stunden, für die Tabakarbeiter in Nordhausen ebenfalls auf acht Stunden, für die Arbeiter der Seifen- und Zündholzfabrik auf neun Stunden, ebenfalls auf neun Stunden, an Sonnabenden jedoch nur sieben Stunden in der Zigarrenfabrik in Hamburg. Hier besteht aber für die Sortierer und Belieber eine wesentlich kürzere Arbeitszeit. Die Löhne sind für die gewöhnlichen Arbeiter teils Akkord, teils Wochenlöhne, für die kaufmännischen Angestellten Monatslöhne. Ihre Höhe ist sehr verschieden, doch dürften die Löhne bei allen Gruppen höher sein als in den gleichartigen Privatbetrieben. Der Bericht teilt dafür einige Beispiele mit. Es beträgt der Jahresdurchschnittslohn der Tabakarbeiter nach den Angaben der Tabakarbeitergenossenschaft in Norddeutschland 922 M., im Königreich Sachsen 679 M. und in Süddeutschland 605 M., dagegen in den Fabriken der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg 1200 M., in Frankenberg (Sachsen) 1002 M. und in Hohenheim (Baden) 1006 M. Wenn auch bei diesen Zahlen zu berücksichtigen ist, daß die Großeinkaufsgesellschaft nur Fabrikarbeiter beschäftigt, während in der Tabakindustrie überhaupt sehr viele elend entlohnte Heimarbeiter arbeiten, so geht doch aus ihnen hervor, daß das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis den Arbeitern bessere Existenzbedingungen bietet.

Aus diesem Grunde, wie überhaupt der großen sozialen Bedeutung der Konsumvereine wegen, sollten alle Arbeiter ihnen beitreten, wozu bekanntlich die Beschlüsse des Magdeburger Parteitags und einige Gewerkschaftskongresse auffordern. Sie müssen aber auch dafür sorgen, daß der organisierte Großeinkauf und die genossenschaftliche Eigenproduktion mit allen Kräften gefördert werden.

## Soziales.

### Die Wahlen der Versicherungsbeamten.

Auf Grund des § 1352 der Reichsversicherungsordnung ist durch Erlass des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe an die Oberpräsidenten unterm 1. Mai eine Wahlordnung für den Ausschuss der Versicherungsbeamten aufgestellt worden. Im einzelnen wird darin u. a. bestimmt:

Mit den Vorarbeiten für die Wahl ist so zu beginnen, daß die Aufforderung an die Wahlberechtigten Anfang Juli 1914 ergehen kann, damit die Gewählten am 1. Oktober 1914 ihr Amt antreten können. Mit dem gleichen Tage scheiden die bisherigen Mitglieder des Ausschusses der Versicherungsbeamten, deren Amtszeit durch die Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 12. Juli 1913 bis längstens zum 31. Dezember 1914 verlängert worden ist, aus dem Amte aus. Die Wahlzeit läuft danach am 1. Oktober 1914 ab, so daß in späteren Jahren die Vorarbeiten für die Wahlen nach Abschluß der Wahlen für die Versicherungsbeamten bei den Versicherungsämtern im Juli des Kalenderjahres zu beginnen haben, in dem die Wahlzeit abläuft. Die Wahlordnungen sind unzugänglich unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, soweit erforderlich, nach Benehmen mit der Landesversicherungsanstalt zu erlassen. Die Kosten der Wahlleitung und die jährlichen Kosten der Wahl trägt der Staat. Die Wähler haben keinen Anspruch auf Entschädigung für bare Auslagen, Zeitverlust usw. gegen den Staat. Durch die Stimmabgabe bei den Versicherungsämtern innerhalb einer Wahlfrist werden ihnen auch besondere Kosten in der Regel nicht erwachsen. Außerdem wären die Wohlgeleiteten nach Benehmen mit den Regierungspräsidenten möglichst so festzusetzen, daß die Personen, die zu beiden Wahlen wahlberechtigt sind, ihre Stimme gleichzeitig abgeben können. Den Vorsitzern im Wahlort steht ein Anspruch auf Entschädigung aus Staatsmitteln ebenfalls nicht zu. Soweit daher nicht die Landesversicherungsanstalten bereit sind, diesen Besitzern eine Entschädigung zu gewähren, sind solche Besitzer zu berufen, die zur Übernahme des Amtes auch ohne Entschädigung bereit sind.

### Schmitterswohnungen.

So auf den großen Gütern Getreidebau und Viehwirtschaft dem Hackfruchtbau weicht, giebt an Stelle einzelner Landarbeiter die Saisonarbeiter. Die Unterküsteräume dieser Wanderarbeiter sind auf sehr vielen Gütern schlecht eingerichtet wie die primitiven Viehhäuser. Schmitterswohnungen werden die „Polster“ der polnischen und russischen Wanderarbeiter genannt. Aber auch die deutschen, die Landberger, Schmittler werden in den Schmitterswohnungen untergebracht. Die Schlafräume eines solchen Schmittershauses sprechen oftmals jeder gesundheitlichen Anforderung Hohn, von den allerersten Einrichtungen für Bequemlichkeit usw. ganz zu schweigen.

Auf der Uniglichen Domäne Jegowo bei Lubischin, Kreis Schubin, arbeiten gegenwärtig Schmittersfamilien und unterbezahlte junge Deutschen und Mädchen aus der Gegend von Landsberg an der Warthe. Sie sind im Schmittershaus untergebracht. In dem ihnen zugewiesenen Schlafräum sieht es so aus: Anstatt Betten sind drei aus Brettern zusammengeklappte Pritschen aufgestellt, eine von 6 1/2 Meter Länge und 1 1/2 Meter Breite, die beiden anderen je einen Meter kürzer und von gleicher Breite. In diesen Schlafräum und die drei Pritschen teilen sich 29 (neunundzwanzig) Personen beiderlei Geschlechts. Die drei Pritschen haben sie in folgender Weise als Nachfolger unter sich geteilt: Auf der größeren Pritsche schläft ein Ehepaar mit einer Tochter von 11 Jahren und zwei Söhnen von 18 und 20 Jahren, ein Ehepaar mit einem Knaben von 4 Jahren, eine jugendliche Arbeiterin von 16 Jahren, ein Ehepaar mit einem dreijährigen Mädchen. Auf der zweiten Pritsche liegt ein Ehepaar mit einer Tochter von 8 Jahren und zwei Söhnen von 14 und 18 Jahren, neben ihnen drei unterbezahlte Arbeiter im Alter von 19 Jahren, 21 Jahren und 26 Jahren. Und die dritte Pritsche endlich wird nachts eingenommen von einem Ehepaar mit zwei Töchtern von 17 und 2 Jahren und zwei Söhnen von 9 und 6 Jahren, einer unterbezahlten Arbeiterin von 18 Jahren und zwei unterbezahlten Arbeitern von 23 und 21 Jahren. Die Leute liegen in der vorgeannten Reihenfolge auf den Pritschen.

Die Pritschen stehen aber nicht etwa daneinander recht weit entfernt in verschiedenen Ecken des Raumes. Dies verbietet schon ihre erhebliche Länge. Sie stehen vielmehr so eng nebeneinander, daß zwischen ihnen nur ein Raum von je 3 Zentimeter bleibt. Die Leute wissen nicht, wie sie nachts ihre Kleiderstücke beim

Auskleiden lassen sollen. Kleiderhaken sind keine vorhanden. Die Kleider werden deshalb teils als Kopfpolster verwendet, teils einfach unter die Pritschen geworfen. Vor kurzem erlitten die Arbeiter den Tomänenpäster Rittmeister Holz um Abhilfe. Da wurde ihnen die Antwort: „Was bringt Ihr Euch denn solche großen Kasten und Risten mit und soviel Betten und dann noch eine solche Menge Ohren? Das Haus ist von der königlichen Regierung erbaut und wenn es Euch nicht gefällt, dann holt Euch den Dachmeister!“

Der Dachmeister war schon mehrmals dagewesen. Aber das Schmittershaus hat er nicht untersucht. Er wird auch nicht wissen, daß die Pritschen in jeder Ritze und Fuge voll Wanzen sitzen und daß die Landberger von einer häßlichen Hautkrankheit befallen wurden, deren Ursache die alten ungewaschenen Strohdächer sind, auf denen vor dem russische und galizische Arbeiter genächtigt haben.

So müssen auf ostelbischen Gütern die Schmittler wohnen, die den Agrariern den zu ihrem Wohlleben nötigen Reichtum schaffen müssen.

## Gerichtszeitung.

### Räufte und Wandervogel.

Vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I wurde gestern die am Dienstag abgebrochene Verhandlung gegen den Gemeindeführer Rixenfeld fortgesetzt. Der Angeklagte ist bekanntlich beschuldigt, zwei Schülerinnen, die dem vom Angeklagten geleiteten Jugendklub der 100. Gemeindeführer angehören, geführt und eine Lehrerin und einen Studenten wissenschaftlich falsch beschuldigt zu haben. Der Angeklagte hatte behauptet, daß das Schriftstück, in welchem diese falsche Beschuldigung enthalten war, nicht von ihm, sondern vom Rektor Frieze herrühre. Letzterer, als Zeuge hierüber vernommen, wies diese Behauptung unter seinem Eide mit Entrüstung zurück.

Der als Gutachter vernommene Graphologe Langenbruch hat das Schriftstück, in welchem eine wissenschaftlich falsche Anschuldigung erblid wird, nach der neuen von ihm erfundenen mathematischen Methode geprüft. Er legte dieses neue System dem Gerichtshof eingehend dar und kam auf Grund dieses Systems zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte das Schriftstück geschrieben habe.

Staatsanwalt Dr. Wafchow wiederholte seinen auf 6 Monate Gefängnis lautenden Strafantrag und der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Artur Prinz schloß sich dem Antrag auf Bestrafung des Angeklagten an. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer führte dagegen aus, die Schuld des Angeklagten sei nicht klar erwiesen, auch nicht seine Verfälschung des Schreibens an das Polizeipräsidium, in welchem eine falsche Anschuldigung erblid wird. Das System des Sachverständigen Langenbruch halte er für gänzlich verfehlt und würde es nicht einmal verwenden, wenn es zugunsten des Angeklagten ausgefallen wäre. Sollte aber der Angeklagte wirklich der Schreiber sein, so sei doch gar nicht erwiesen, daß er wider besseres Wissen gehandelt habe.

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einer Verurteilung des Angeklagten. Das Gericht hatte keinerlei Zweifel, daß das fragliche Schriftstück von der Hand des Angeklagten herrühre, hat es aber nur als Beleidigung bewertet, für die auf einen Monat Gefängnis erkannt ist. Berücksichtigt wurde dabei, daß der Angeklagte als Jugenderzieher sich nicht geübt hat, eine langjährige Kollegin, auf die auch nicht der Schatten eines Vorwurfs fällt, zu verunglimpfen und es sich um einen schwachen Nachahmer handelt. Die gegen die Glaubwürdigkeit der beiden Kinder unternommenen Schritte sind fehlgegangen und der Angeklagte mußte wegen Beleidigung auch in diesen Fällen bestraft werden. Da es sich um Kinder handelt, die er zu unterrichten hatte und somit ein besonders starker Vertrauensmißbrauch vorliegt, hat das Gericht die Strafe hierfür auf 300 M. bemessen. Das Urteil gegen den Angeklagten lautete daher auf 1 Monat Gefängnis und 300 M. Geldstrafe eventuell noch 20 Tage Gefängnis.

### Diebstahl im Gericht.

Eine kleine artige Diebesgeschichte, die zeigt, daß die Langfinger auch in Gerichtssälen „ihres Amtes walten“, kam gestern vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung.

Am 22. Oktober 1913 wohnte die Ehefrau des Redakteurs Kobut in einem Sitzungszimmer des Landgerichts III einer interessierenden Verhandlung einer Beleidigungssache auf der ersten Bank des Hörsaalraumes bei. Sie hatte ihr silbernes Handtäschchen neben sich gelegt, welches sie plötzlich vermisste. Gleichzeitig bemerkte sie, daß sich zwei sogenannte Kriminalstudenten schleichend entfernten. Diese stürzten eilig die Treppen hinunter und aus dem Kriminalgerichtsgebäude hinaus, so daß man ihrer nicht habhaft werden konnte. Das silberne Täschchen enthielt 7 M. bares Geld, mehrere Papiere und drei Schlüssel zur Wohnung der Kobutischen Eheleute und zu dem Wohnhause im Grunewald. Nun hatte Redakteur Kobut Wind davon bekommen, daß in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober ein Einbruchdiebstahl bei ihm ausgeführt werden sollte. Er benachrichtigte die Polizei. Zwei Kriminalbeamte legten sich in der zur Kontorale gehörigen Wohnung des Bediensteten auf die Lauer. Bald nach 10 Uhr hörten sie, daß jemand das Haus ausschloß, und bald darauf vernahmen sie, daß ein Menig in dem Treppenraum hin und her schritt. Nun muß wohl eine Frau, die nach ihrem weinenden Kinde sah, die Stubentür etwas laut geschlossen und der Eindringling durch diesen plötzlichen Schall ängstlich geworden sein. Denn als die Kriminalbeamten unmittelbar darauf in Aktion traten, fanden sie auf dem Treppenebel einen Mann vor, der anscheinend in tiefem Schlafe lag. Er schnarchte in so lauten Tönen, daß man annehmen konnte, eine Sägemühle befinde sich in voller Tätigkeit. Der unsanft aufgestörte Mensch erklärte, daß er Wärm beise; er zeigte auch eine Legitimationskarte, auf deren Namen lautend, vor und behauptete, daß er in dem Treppenraum nur habe nächtigen wollen. Man fand in seiner Tasche die Kobutischen Schlüssel, die sich in der gestohlenen Silbertasche befunden hatten. Als man ihn zur Rede gebracht hatte, stellte es sich heraus, daß er sich einen falschen Namen beigelegt hatte und in Wahrheit der schon mit vielen früheren Verbrechen behaftete Ernst Martens sei. Er behauptete, daß er die Schlüssel von dem gleichfalls oftmals vorbestraften Agenten Georg Schad erhalten habe, der den Diebstahl in dem Sitzungszimmer der Strafkammer des Landgerichts III ausgeführt habe. Beide Kumpane standen nun vor dem Strafgericht. In komisch wirkender Weise suchte immer der eine den anderen als den Dieb hinzustellen. Das Fazit der Beweisaufnahme wurde dahin gezogen, daß Martens die Tasche gestohlen und Schad ihn bei Ausführung des Diebstahls geduldet haben dürfte.

Das Gericht verurteilte Martens zu 2 Jahren Zuchthaus und 6 Wochen Haft, Schad zu 2 Jahren Zuchthaus, beide auch zu 5 Jahren Ehrverlust.

### Gegen die Arbeiter-Radfahrvereine.

Das Landgericht Potsdam verurteilte gestern im Gegenlag zu dem freisprechenden Urteil des Ludenwälder Schöffengerichts den Textilarbeiter Paul Walter aus Kaltenburg, weil er als Comant des Rabenburger Arbeiter-Radfahrvereins die für einen politischen Verein erforderliche Anmeldung der Vereinsmitglieder

nicht vorgekommen hatte. Die Strafkammer bezogerte aus einem solchen Vergnügungsprogramm und aus dem Glauben der Bundesregierung, der leblich Sportwagen dienende Verein sei ein politischer und gelangte zu einer Verurteilung zu 10 M. Geldstrafe.

### Revolverhändler.

Ein leichtsinniges Umgehen mit einem Revolver beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte. Unter der Anklage der Körperverletzung wurde der Klavierpieler Max Tacke aus der Unterjuchungsabstuf vorgeführt.

Der Angeklagte, der in einem Restaurant in der Chausseestraße tätig war, folgte eines Abends der Einladung einer lustigen Gesellschaft von Herren und Damen zu Bier und Schnaps. Im Laufe der Unterhaltung griff er auf Wunsch eines der Anwesenden in seine Tasche, um seine Browningspistole zu zeigen und deren Laden und Entladen vorzumachen. Dann unterhielt sich der Angeklagte mit einem Sohne des Gastwirts und fragte ihn plötzlich, ob er einmal auf ihn zielen solle. In demselben Augenblick griff er auch schon nach der Pistole, legte an, ein Schuß machte, und dem Sohne des Gastwirts wurden der Unterlippe und vier Vorderzähne herausgeschlagen. Der Amtsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Rechtsanwalt Dr. Frey machte für den Angeklagten geltend, daß es sich doch nur um eine Tat jugendlichen Leichtsinns gehandelt habe, deren Folgen der Angeklagte tief bedauere.

Das Schöffengericht erkannte aus gleichen Ermägungen auf eine Woche Gefängnis, die als durch die Unterjuchungsabstuf verbüßt erachtet wurde.

### Sittlichkeitschänkelei.

Zum zweiten Male hatte das bekannte Kunstwerk von Jenner-Behmer „Blau China“ (Reißner Porzellan) das Schicksal, von einer Berliner Strafkammer auf seinen angeblich „unzüchtigen“ Charakter geprüft zu werden. „Reißner Porzellan“ ist erst kürzlich von der dritten Strafkammer des Landgerichts III als nicht unzüchtig erkannt und seine Beschlagnahme aufgehoben worden. Trotzdem bildete es wieder den Gegenstand einer Verhandlung wegen Ausstellung unzüchtiger Bilder, die gestern den Glasermeister Fris Klemm aus Wilmerdorf vor die zweite Strafkammer des Landgerichts III führte. Bei ihm war das in seinem Schaufenster ausgestellte Bild „Reißner Porzellan“ gesehen und als „unzüchtig“ beschlagnahmt worden. Bei dieser Gelegenheit wurde zugleich eine Photographie des Bildes „Vor dem Spiegel“ von Gabriel de Cool als unzüchtig beschlagnahmt.

Nach langer Verhandlung sprach der Staatsanwalt das Jenner-Behmerische Bild aus dem Kreise seiner Erörterungen, da schon ein Urteil einer anderen Berliner Strafkammer und ein Wiesbadener Urteil vorliege, wonach dieses Bild nicht unzüchtig sei. Er erwiderte dagegen das Bild „Vor dem Spiegel“ für unzüchtig und beantragte gegen den Angeklagten 10 M. Geldstrafe. — Rechtsanwält Grünwald beantragte die Freisprechung. Auf diese erkannte auch das Gericht nach ganz kurzer Beratung, da beide Bilder nicht unzüchtig seien.

### Versammlungen.

Die Riken- und Kaffermacher nahmen in einer besonders gut besuchten Versammlung ein Referat ihres Obmannes Brecht über „Die gegenwärtige Lage“ entgegen. Der Referent führte aus, daß eine Anzahl Firmen den Reisenden gegenüber die Kupferung angewendet hatte. Es war diesen Firmen gelungen, ihre Betriebe mit anderen Arbeitskräften zu besetzen. Das ließ zunächst die Verhandlungen scheitern. In diesem Grunde war es zu verstehen, daß vielfach der Wunsch laut wurde, mit schärferen Maßnahmen vorzugehen. Inzwischen haben unter Vorsitz des Obmannes Kahlert erneute Einigungsverhandlungen stattgefunden, die zu einem Entgegenkommen der Arbeitgeber führten und die Aussicht auf eine befriedigende Lösung eröffneten. Deshalb empfiehlt die Branchenkommission zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen.

Die ausgiebige Diskussion ließ erkennen, daß große Teile der Beteiligten wenig Neigung haben, sich auf einen derzeitigen Waffenstillstand einzulassen. Um aber den Unternehmern jeden Vorwand zu entwinden, war die Versammlung schließlich damit einverstanden.

### Aus aller Welt.

#### Schwerer Eisenbahnunfall bei Hannover.

Am Donnerstagvormittag entgleiste auf der Güterumgehungsbahn in der Nähe von Hannover ein Güterzug mit Maschine und zwanzig Wagen. Ein Kottenfahrer, der mit Kottenarbeitern eine Schiene auswechseln wollte, hatte eine alte Schiene entfernt, ohne die Umbaustelle zu decken und zu sichern. Der Güterzug kam eher, als der Kottenfahrer erwartet hatte, und entgleiste dort, wo die Schiene entfernt war. Vom Zuge ist der Zugführer Eberding aus Dankersen bei Linden getötet, der Schaffner Karl Berking aus Linden schwer verletzt und in das Krankenhaus gebracht worden. Außerdem hat ein Hilfsbeiziger leichtere Verletzungen erlitten.

#### Mutter Erde rumort weiter.

In der Nacht zum Donnerstag und am Donnerstagsmorgen wurden in der Gegend von Nils, Linguaglossa, Santa Venerina und Giarre wiederholt Erdstöße verspürt. Die Erschütterungen, die zum Teil ziemlich heftig waren, riefen unter der Bevölkerung große Aufregung hervor. Schaden ist nicht angerichtet worden. Der Letzter stößt noch immer Rauchfäulen und Asche aus.

Wie aus Ogden im Staate Utah gemeldet wird, rief ein Erdstöß unter der Bevölkerung der Stadt große Aufregung hervor. Bei mehreren Wolkenträgern im Geschäftsviertel der Stadt gingen die Fensterscheiben in Trümmer.

### Auf der Spur der Colmarer Mörder.

Sie aus Paris gemeldet wird, hat die Untersuchung wegen der Mörder des Colmarer Chauffeurs Kohler ergeben, daß das Verbrechen wahrscheinlich von zwei aus Mainz bei Paris flüchtenden achtzehnjährigen Burken namens Luis Krug und Gabriel Lambert verübt worden ist. Die beiden jungen Leute sind in Mainz schon lange als Tüchtigkeitsbekannt und stehen im Verdacht, mehrere Einbruchsdiebstähle verübt zu haben. Sie unternahmen vor vierzehn Tagen eine Reise nach Nancy und stiegen dort unter dem Namen Jacques und Richard Kerze, Studenten aus Paris, in einem der ersten Hotels ab, aus dem sie am 6. Mai verschwanden, ohne ihre Rechnung bezahlt zu haben. In dem Nancyer Hotel und bei der Polizei wurde Frau Krug mitgeteilt, daß Krug und Lambert sich zunächst nach Straßburg begeben haben dürften, da sie sich wiederholt nach einem dortigen Hotel erkundigt hätten.

### Kleine Notizen.

Der Baron als Erpresser. In einem Prozesse gegen den Baron Heinrich Stralendorff und die Kammerfrau Posity wegen Diebstahls des Tagebuches der Gräfin Vera Esterhazy, das zu Erpressungszwecken benutzt wurde, wurde der Angeklagte Stralendorff wegen Diebstahls und Erpressung zu einem Jahre schweren Kerkers und Verlust des Adels verurteilt. Die Kammerfrau wurde freigesprochen. Abflug eines Fliegers. Auf dem Flugfelde von Reims stürzte der Flieger Le Dugereux mit seinem Eindecker ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Die Reue der. Während der Aufbahrung der Leichen von zwei Seeleuten in Boston bzw. Chicago kam es zu einem so großen Gedränge, daß viele Leute verletzt wurden. In Boston wurden etwa hundert Frauen niedergetreten, mehrere von ihnen wurden schwer verletzt. In Chicago wurden etwa zwölf Personen niedergetreten.

Die Pest in Hongkong. In Hongkong sind in der letzten Woche 215 Pestfälle und 178 Todesfälle festgestellt worden; seit Beginn des Jahres sind im ganzen 1228 Fälle und 1112 Todesfälle vorgekommen.

Todessturz vom Pferde. Der Stadtverordnetenvorsitzer von Remel, Rechtsanwalt Deggler, ist Donnerstag morgen bei einem Spazierritt vom Pferde gestürzt und an den erlittenen Verletzungen mittags im Krankenhaus gestorben.

### Eingegangene Druckschriften.

Deutsche Industriebeamten-Zeitung, Nr. 19. (Jubiläumnummer.) 2 M. Industriebeamten-Verlag, Berlin NW 52.  
Die Schaubühne. Nr. 19. Herausgegeben von E. Jacobsohn. Einzeln. 40 Pf. Verlag: Carlotta-Land, Dornburgstr. 25.  
Der Ruf der Heimat. Roman von Friederike Marie v. Winterfeldt. 246 S. Schuster u. Loehner, Berlin W 57.  
Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückgangs im Deutschen Reich. Von M. v. Gruber. 2 M., geb. 3 M. J. F. Lehmann, München.  
Auguste Comte. Der Mann und sein Werk von H. Schmidt. 5 M., geb. 6 M. — Auguste Comte. Entwurf der wissenschaftlichen Arbeiten, welche für eine Reorganisation der Gesellschaft erforderlich sind. (1822). Deutsch von H. Schmidt. 3,60 M., geb. 4,60 M. — Verlag: Ullstein, Leipzig.  
Berühmte Autoren des Verlags J. F. Neumann, Neudamm, 113 S. Selbstverlag.

### Öffentliche politische Versammlungen.

**Achtung!** **Schiffseigner,** **Achtung!**  
**Boots- und Steuerleute, Heizer und Maschinisten!**

Sonntag, den 17. Mai 1914, nachmittags 4 Uhr:

### Große öffentliche Schifferversammlung

im Lokal von Rottke, Berlin, Fischerstr. 25,  
in der Nähe der Mühlendamm-Schleuse, an der Fischerbrücke.

Tagesordnung:

Welche Partei vertritt die Interessen der schiffahrt-treibenden Bevölkerung am besten? Ref.: Stadtv. Eugen Brückner.  
Freie Aussprache.

199/14

Der Einrufer: Richard Herbs, Berlin, Lettstr. 7.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Finienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 17. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr:

### Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundschleifer

in den Muster-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, gr. Saal.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Branchenversammlung vom 3. Mai 1914.  
In dieser Versammlung sind noch wichtige Punkte zu erledigen, insbesondere auch die Neuwahl der Kommission. Es ist deshalb notwendig, daß jeder Kollege pünktlich anwesend ist.  
Die Vertrauensmänner-Konferenz im Mai findet nicht statt.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr:

### Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter u. Arbeiterinnen

in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18 (großer Saal).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen G. Neumann über: „Die Luftschiffahrt und ihre Industrie.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
In dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Bohrer, Feiler, Stoher, ferner die in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Schweißarbeiter, an Hebevorrichtungen und Zugschrauben Beschäftigten, ferner alle an Maschinen tätigen Arbeiterinnen freundlichst eingeladen und ermahnt, sich pünktlich zu zeigen.  
Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher in der Versammlung abgestempelt werden und zu diesem Zwecke mitzubringen sind.  
118/10 Die Ortsverwaltung.

### Heines Werke

3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### Vergolder!

Montag, den 18. Mai, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 7):

### Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Bericht der Branchenkommission. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
57/17 Die Kommission.

### Modell- u. Fabriktschler!

Montag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12:

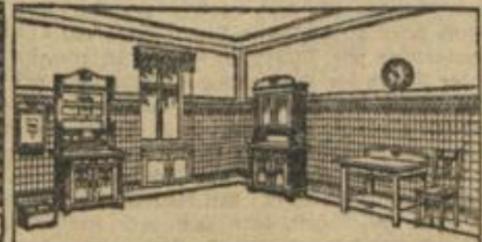
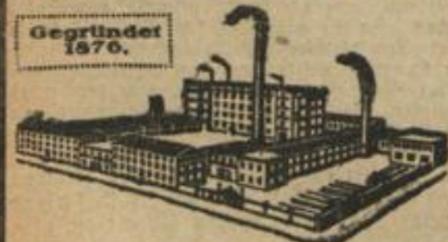
### Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Bericht von der Branchenkonferenz. 2. Verhandlungs- und Branchenangelegenheiten.  
3. A.: Fritz Otto.

### 35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung. 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

## Möbelfabrik Rob. Seelisch, Berlin O, Rigaerstr. 71-73a.



Illustr. Katalog No. 13 gratis u. franko!  
Frachtfrei nach all. Plätzen Deutschlands.

Schlafzimmer „Rekord“, echt Eiche, sehr apart wirkend.  
1 Bettstellen, 1 Waschkommode, 1 Spiegel, 3 Nachtschreibe, 1 Schrank . . . . . komplett M. 325,-

Wohnzimmer „Sonn“.  
1 Truhesten . . . . . M. 65,-  
1 Kleiderschrank . . . . . M. 72,-  
1 Vertiko . . . . . M. 72,-  
1 Umbau . . . . . M. 77,-  
1 Sofa . . . . . M. 78,-  
1 Tisch . . . . . M. 21,-  
4 Stühle . . . . . M. 23,-  
komplett M. 408,-

Küche „Frieda“, Anstrich grau mit Malerw.  
1 Schrank, 1 Anrichte mit Rahmen, 2 Stühle, 1 Tisch, 1 Handtuchhalter, 1 Kohlenkasten . . . . . komplett M. 95,-

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckhoff, Neubölln. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Bornhorts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Parteiangelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 17. Mai, abends 6 Uhr, findet in den Konzert- und Festsaal, Köpenicker Str. 29, eine Versammlung statt.

Von der Jugendsektion des Ostens findet am Sonntag, den 17. Mai, eine Wanderung durch den Blumenthal statt.

Schöneberg. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung des Vereins Arbeiter-Jugendheim in den Neuen Rathauskellern.

Wilmersdorf. Am Sonntag, früh 8 Uhr, findet eine wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus statt.

Schönholzer bei Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 16. Mai im Lokale von Otto Pätzsch: Wahlvereins-Versammlung.

Reinickendorf-West. Am Sonntag, den 17. Mai, veranstaltet der Frauen-Verband einen Ausflug nach Potsdam-Sandhagen.

Trebbin. Am Sonnabend, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (W. Fromm): Wahlvereinsversammlung.

Dachau. Am Sonnabend, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Piotrowski, Bahnhofstr. 6: Wahlabend.

„Die lustigen Weiber von Windsor“.

Oper in 3 Akten von Nicolai gelangt am Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Deutschen Opernhaus zur Aufführung.

Kartenverkauf in folgenden Geschäften: Zigarrengeschäft von Schröder, SW, Nagelberger-Str. 53/54. Zigarrengeschäft Gortz, Engelstr. 15.

Berliner Nachrichten.

Was den Ferienkolonien not tut.

In Berlin ist die Ferienkolonienfrage bisher der freien Liebestätigkeit als Arbeitsfeld überlassen geblieben. Die Stadt gewährt alljährlich zur Kostendeckung eine Beihilfe, aber von dem Vorschlag, die Ferienkolonien zu einer Einrichtung der Gemeinde zu machen, wollen die Freisinnigen der Berliner Kommunalverwaltung nichts hören.

Das kam wieder zum Ausdruck in der Mitgliederversammlung des Berliner Vereins für Ferienkolonien, die aus dem vergangenen Jahre jetzt den Tätigkeitsbericht entgegennahm. In dieser sozialen Hilfsarbeit gehört Geld und nochmal Geld und abermals Geld — das weiß niemand besser als die Männer und Frauen, die an der Spitze des Berliner Ferienkolonienunternehmens stehen.

Unumwunden erklärte in der Mitgliederversammlung der erste Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat James Simon, daß infolge Geldmangels die Leistungen wieder weit hinter dem Bedürfnis zurückgeblieben sind. Im letzten Jahre habe man mehr als zwei Drittel der gemeldeten Kinder abweisen müssen, und zwar auch solche Kinder, die im Hinblick auf ihre Schwächlichkeit und Krankheit die Aufnahme wohl verdient hätten.

Worauf der Mißerfolg der Hauskollekte zurückzuführen sei, darüber wurde in der Diskussion allerlei gesagt. Manche der Lokalkomitees, die — gewöhnlich je eins für jeden Stadtbezirk — sich über ganz Berlin verteilen, sollen es bei ihrer Sammeltätigkeit an Geduld und Eifer fehlen lassen. Wenn man allerdings hört, daß in vielen Bezirken die Listenzeichnung nur ein paar Mark ergab und die megernte Liste noch nicht mal eine ganze Mark einbrachte, dann kann man die Klagen verstehen.

Es kam auch zu einer Erörterung der anderen Frage, ob der Nutzen eines Ferienkolonienaufenthalts von Dauer ist. Auch in diesem Punkt ist im Laufe des Jahres an die Stelle der überschwänglichen Hoffnungen, die man anfangs an die Ferienkolonien geknüpft hatte, eine nüchternere Auffassung getreten.

Daß ein Ferienkolonienaufenthalt von wenigen Wochen nicht ein im Kerne krankes Kind gesund machen kann, versteht sich von selber. Aber ebenso sicher ist, daß er vielen Kindern doch einen merkwürdigen Gewinn bringen wird. Wenn dieser nur von kurzer Dauer ist, so trifft die Schuld nicht die Ferienkolonien. Unter dem Einfluß der elenden Verhältnisse, in die ein Kind zurückkehrt, muß rasch der Erfolg schwinden.

Die Stadtverordneten-Erwahl im 31. Gemeindewahlbezirk.

Durch die Nichteingeführung des Genossen Deckhold in die Stadtverordnetenversammlung ist eine Neuwahl notwendig geworden. Der Magistrat gibt bekannt, daß die Erwahl am Sonntag, den 7. Juni, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags stattfindet.

Die Fahrpläne der Straßenbahn. Vom 15. Mai d. J. ab wird zur leichteren Orientierung des Publikums eine Neuerung in der Beschilderung der Straßenbahnwagen eingeführt.

Mit dem Bau der AEG-Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln wird noch in diesem Monat, etwa in zwei Wochen, am Humboldthain begonnen. Die AEG-Schnellbahngesellschaft hatte zunächst das Voulou II für die Ausführung des Tunnels in der Brunnenstraße, der die Strecke vom Humboldthain bis zur Invalidenstr. mit den Bahnhöfen Volta- und Bernauer Straße umfaßt, ausgeschrieben.

Ein alter Bekannter.

Die älteren Genossen, die unter dem Sozialistengesetz tätig waren, werden sich erinnern, daß vom Polizeipräsidenten aus eine lebhafte Ueberwachung unserer Bewegung ausgeübt wurde. Die bedenklichste Erscheinung dieses Ueberwachungsdienstes bestand in der Anwerbung von Spitzeln. Zu den Beamten, die auf diesem Gebiete hervorragend tätig waren, gehörte der Kriminalwachmeister Diener.

Schwerer Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof Reinickendorf-Schönholz.

Auf dem Zentralgüterbahnhof Reinickendorf-Schönholz hat sich in der Nacht zum Donnerstag ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet, bei dem ein Beamter den Tod fand und bedeutender Materialschaden entstand. Gegen 2 Uhr morgens trafen kurz vor der Station zwei aus entgegengesetzter Richtung kommende Güterzüge zusammen.

Der Zusammenstoß ist dadurch hervorgerufen worden, daß, wie die amtlichen Ermittlungen ergeben haben, der Führer des von Potsdam kommenden Güterzuges 9291 das auf Halt gestellte Einfahrtssignal übersehen hat und infolgedessen in ziemlich hoher Geschwindigkeit auf den gerade die Station verlassenden Güterzug 8006 aufzufuhr. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Wucht, daß die eine der Maschinen aus den Schienen geworfen wurde und fünf Waggons samt der Ladung hart beschädigt wurden.

Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Wucht, daß die eine der Maschinen aus den Schienen geworfen wurde und fünf Waggons samt der Ladung hart beschädigt wurden. Während die beiden Zugführer mit dem bloßen Schrecken davonkamen, wurde der den Zug 8006 begleitende Schaffner Pech aus Potsdam von seinem Sitz geschleudert. Er trug eine klaffende Kopf- und eine schwere Gehirnerschütterung davon, die seinen alsbaldigen Tod herbeiführten. Die Leiche wurde vorläufig polizeilich beschlagnahmt.

Mitarbeit in der Wohnungspflege.

Zu unserem in Nr. 124 veröffentlichten Bericht über einen Vortrag, den Herr Dr. Laporte, Direktor des Berliner Wohnungsamts, im Berliner Verband der Wohnungspflegerinnen gehalten hatte, sendet Dr. Laporte uns eine „Berichtigung“.

Ich soll von Herrn Max Winter die Beurteilung wiedererzählt haben: „Wenn wir in Wien nur ein bißchen preußische Polizei hätten“. Tatsächlich habe ich als Beurteilung des Herrn Winter wiedergegeben: „Wenn wir doch in Wien etwas von dem preußischen Verwaltungsgeist hätten.“

Unser Berichtsteller ist geneigt, seinem Ohr und seinen Notizen mehr zu vertrauen, als der Erinnerung des Herrn Dr. Laporte, der so, wie er jetzt angibt, sich ausgebrüht zu haben meint. Doch man kann die Frage, wie Dr. Laporte sich ausgebrüht hat, ebenso auf sich beruhen lassen wie die andere, was Genosse Winter tatsächlich gesagt hat: denn beides ist nebensächlich für die Beurteilung des Berliner Wohnungsamts und der Anschauungen seines Direktors. Jener Bericht erwähnte die Angelegenheit nur deshalb, weil Dr. Laporte die Winterische Beurteilung in seinem Vortrag hineingezerrt und sie so stark betont hatte.

Zwei Personen ertrunken.

Das Unwetter, das gestern herniederging, hat ein schweres Bootunglück verschuldet. Es überraschte ein mit einem Herrn und einer Dame besetztes Ruderboot auf dem Havel bei der Mündung des Ruppiner Sees. Beide Bootinsassen fielen in die Fluten und konnten nicht gerettet werden. In dem Boote fand man einen Militärmantel, in dem der Name Fritz Glaeden eingnäht war.

Krankheit und Arbeitslosigkeit hoben die 39 Jahre alte Arbeiterin Marie Blonkowska aus der Lohener Straße 106 und den ebenso alten Tischler Richard Lamm aus der Cadiner Straße 9 in den Tod getrieben.

Fraulein Blonkowska, die mit ihrer Schwester zusammen wohnte, war schon seit längerer Zeit schwer herzkrank. Sie fand deshalb nur schwer Beschäftigung und konnte auch nicht lange ausbleiben. Seit gerammer Zeit war sie wieder arbeitslos. Ihre verzweifelte Lage drückte ihr endlich den Revolver in die Hand. Während ihre Schwester gestern auf ihrer Arbeitsstelle war, schoß sie sich in der Wohnung eine Kugel in den Kopf. Bei der Heimkehr nach Feierabend fand die Schwester sie tot im Bett liegen.

Lamm hatte schon seit elf Wochen keine Arbeit mehr. Dazu kam noch, daß seine Frau wegen eines inneren Leidens kürzlich nach dem Krankenbause gebracht werden mußte. Jetzt sah er mittel- und arbeitslos allein da. Sein kleines Kind von 1 1/2 Jahren hatte er bei Verwandten untergebracht. Die trostlose Lage trieb auch Lamm zur Verzweiflung. Im Laufe des Nachmittags öffnete er den Gashahn und vergiftete sich. Abends um 9 1/2 Uhr fand man ihn tot in seiner Stube liegend.

Zwei Wechsellenkenschwindler wurden gestern nachmittags wieder einmal ungeschädlich gemacht.

Bei einem Gastwirt in der Fontane-Str. erschienen zwei Männer und verzeigten eine Kleinigkeit. Die Besche wollten sie mit einem Zehnmarkstück bezahlen. Hierbei zogen sie den Birt in ein Gespräch, um ihn abzulenken und das Geld wieder an sich zu nehmen. Der Schankwirt war aber nur erst vor wenigen Tagen Schwindlern dieser Art in die Hände gefallen und hatte ein Zwanzigmarsstück eingebüßt. Als er sich die Gäste daraufhin genauer ansah, erkannte er den einen der beiden als einen der Gauner, die ihn damals geprellt hatten. Er ließ davon jedoch nichts merken, verhinderte nur, daß ihm auch jetzt wieder das Zehnmarkstück genommen wurde und ging, als sich die Gäste entfernt hatten, diefen heimlich nach. Auf der Straße ließ er sie dann von einem Schugmann festnehmen. Auf das Konto der Verhohlerien dürfte eine ganze Reihe der letzten ausgeführten Schwindleiten dieser Art kommen.

Wegen einer Gasvergiftung und einer Gasexplosion wurde in der Mittwochnacht um 1/2 Uhr der 7. Hochzug nach der Rigauerstr. 78 alarmiert.

Dort hatte der Kohrleger Paul Jüge den Ronus aus dem Gasmesser entfernt, um sich mit Gas zu vergiften. Die Ehefrau wurde durch das Stöhnen des Mannes aus dem Schlafe geweckt und betrat mit Licht den Korridor. Sofort erfolgte die Explosion, wobei die Frau Brandwunden am Hals und den Händen, sowie einen schweren Verwundung erlitt. Die erschrockenen Hausbewohner alarmierten die Feuerwehr. Diese brachte die Frau sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain und stellte bei dem schwinnsten Mann, der keine Verletzungen erlitten, weil er auf dem Fußboden gelegen hatte, Wiederbelebungsvoruche an, die schließlich Erfolg hatten. Jüge wurde dann ebenfalls nach dem Krankenhaus gebracht.

Zeugengefuch.

Am 1. Mai d. J., nachmittags 3 1/2 Uhr, verunglückte ein Arbeiter auf der Hochbahnstation Oranienstr. dadurch, daß ihm beim Aussteigen durch Zurückziehen der Tür durch einen Fahrgast das rechte Handgelenk gebrochen wurde. Zeugen, die den Vorgang mit angesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse an Alfred Haegeler, Rentöln, Friedenstr. 31, zu richten.

Vorortnachrichten.

Neukölln.

Nach dem Bericht des Statistischen Amtes für das Halbjahr Juli-Dezember 1913 betrug die Bevölkerungszahl am 1. Juli 1913 271 027, am 31. Dezember 274 781. Die Zunahme beträgt 3754. Es ist dies die geringste Zunahme seit dem Jahre 1901. In dieser Zahl wie auch in einer Reihe anderer Feststellungen macht sich der wirtschaftliche Niedergang bemerkbar. Die Zahl der Ehe-

Jahresangaben ging um rund 100 (1912: 1275, 1913: 1174) zurück. Die Ärzte meinten es eben vielen unmöglich, einen eigenen Hausstand zu gründen. Das gleiche gilt für die Geburtenzahl. Trotz der immerhin noch respektablem Jahreszunahme der Bevölkerungszahl um 3754, ging die Zahl der Geburten im Halbjahr um 245, von 3044 (1912) auf 2799 (1913) zurück. Auf's Tausend der Bevölkerung betrug diese Zahl 20,28 gegenüber noch 22,98 im Jahre 1912 und 28,77 gegen das Jahr 1901. Im Gegensatz zu diesen Zahlen weist die Zahl der Sterbefälle ab und eine kleine Steigerung auf 1099 gegen 1085 (1912). Der Satz pro Tausend ist etwas günstiger geworden, 8 gegen 8,22 (1912). Unter den Gestorbenen befanden sich 425 Säuglinge im ersten Lebensjahre. In Prozenten ausgedrückt sind dies über 38 Proz. der Gesamtsterbefälle. Im Vergleich zur Zahl der Geburten beträgt die Sterblichkeitsziffer 13,17 Proz. Dies ist ein Feld der Tätigkeit für alle diejenigen, die den Folgen des Geburtenrückganges energisch zu Leibe gehen wollen. Schwangeren- und Säuglingsfürsorge, günstige Erwerbsmöglichkeiten würden hier den so gewünschten Ausgleich herbeiführen. Erfreulich hoch waren die Zahlen der ankündenden Kinderkrankheiten: Diphtherie 600 (1912: 298), Scharlach 492 (345). Die Zahl der von der städtischen Desinfektionsanstalt wegen dieser Krankheiten ausgeführten Desinfektionen machte allein 85 Proz. der polizeilich vorgeschriebenen aus. Die Zahl der ausgeführten Desinfektionen betrug 1209 (1912: 786). Das städtische Krankenhaus war in allen Monaten etwa um ein Drittel stärker belegt als im Vorjahre. Ende Dezember beherrschte es 463 (309) Kranke. Die Zahl der Poliklinikbesucher betrug 36497 (35814). Die Steigerung ist mit 1183 hinter den Vorjahrs mit nahezu 3000 erheblich zurückgeblieben. Die Zahl der Besucher der höheren Lehranstalten betrug 4908 (4197).

Der Bericht konstatiert einen weiteren Rückgang der Bautätigkeit. Es wurden 69 (108) Wohngebäude und 14 (30) sonstige Gebäude hergestellt. Von den 889 (1402) neugeschaffenen Wohnungen waren 57 Proz. Zwei-, 21 Proz. Drei-, 15 Proz. Einzimmerwohnungen. Der Rest hatte 4 Zimmer und mehr. Am Tage der Wohnungsaufnahme, 15. Oktober, fanden 3648 Wohnungen leer, gleich 4,5 Proz. aller vorhandenen. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen ist niedrig und dürfte sich bald dem Punkte nähern, wo unsere Hausgattin die Möglichkeit zur Steigerung der Mieten wahrnehmen werden. Die städtische Rechtsanwaltschaft wurde von 7922 Personen in Anspruch genommen. Die Zahl der Klagen betrug beim Gewerbegericht 499 (510), beim Kaufmannsgericht 96 (96). Die städtische Volksbibliothek, jetzt im Gebäude des Stadthofes, Gunglstraße, besaß 3299 Bände. Ausgegeben wurden 19092 Bücher. Die Lesehalle hatte eine Frequenz von 3358 Besuchern. Die von der Stadt veranstalteten volkstümlichen Theateraufführungen wiesen 17005 Besucher auf; die Schulvorstellungen 4810 Besucher. Die Symphoniekonzerte besuchten 9470, die Kammermusikabende 554 Personen. Die Zahl der Besucher bei den drei Vortragsabenden betrug 1330. Die Zahl der Schlachtungen ging von 8742 auf 7694 zurück. Es befanden sich darunter 643 Pferde Schlachtungen. Trotzdem die Fleischpreise seit längerer Zeit zum ersten Male einen geringen Rückgang aufwiesen, waren sonderbarerweise an diesem Rückgang die Preise für Pferdefleisch nicht beteiligt. Hier war eine Steigerung um 2,5 bis 3,8 Pf. pro Pfund zu verzeichnen. Jedenfalls ein Zeichen der erhöhten Nachfrage. Das Gaswerk hatte mit 12751991 Kubikmeter (13118723 Kubikmeter) einen geringeren Abfluß. Es scheint sich hier die Konstruierung des Elektrizitätswerkes mit 3502511 Kilowatt (3021017) Stromverbrauch bemerkbar zu machen.

Der Spielerschuss veranstaltet am Sonntag, den 17. Mai, eine Vormittagspartie nach dem Plänenwalde. Treffpunkt bis 8 Uhr Wildendruckplatz (Eisenstieg). — Mittwoch, den 21. Mai: Spielen in Trepptow. Treffpunkt nach 2 Uhr Wildendruckplatz (Eisenstieg). Es wird um rege Beteiligung ersucht.

Eine kuriose Impfvorladung hat ein Einwohner des Hauses Weisstr. 32 erhalten. Es lautet im ersten Absatz, auf den es hier lediglich ankommt, wie folgt:

Sie werden hierdurch aufgefordert, Ihr am 20. August 1914 geborenes Kind . . . in dem Schulhause Thomasstr. 20/21 hier selbst am 25. Mai d. J. nachmittags 2 1/2 Uhr, zur unentgeltlichen Impfung und am 25. Mai d. J. nachmittags 2 Uhr, ebenfalls zur Nachschau vorzustellen oder vorher dem Nachweis zu führen, daß die Impfung erfolgt ist oder aus einem gesetzlichen Grunde vorläufig oder gänzlich unterbleiben darf.

Da die Geburt des zu impfenden Kindes im Personenstandsregister der Polizei für den 20. August 1914 vorgemerkt ist oder ob dem „zuständigen“ Beamten beim Schreiben der Vorladung ein Verstoß unterlaufen ist, konnten wir nicht erfahren. Uns teilt der Vater des Kindes mit, daß dasselbe bereits am 20. August 1912 geboren wurde, seine Impfung hätte also bereits im vorigen Jahre erfolgen müssen. Er hat indessen eine Vorladung hierzu nicht erhalten. Am Ende des Jahres 1914 hat man ihm mitgeteilt, daß er sein Kind auf eigene Kosten impfen lassen müsse, da er die vorgeschriebene Impfung versäumt habe. Letzteres lehnte der Vater des Kindes ab mit dem Vermerken, daß ihm eine Vorladung zum Impftermin nicht zugestellt worden ist. Darauf hat sich die Polizei beruhigt, bis sie jetzt obige Vorladung abschickte. Vermerkwürdig ist noch, daß das am 25. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, zur Impfung bestellte Kind bereits am gleichen Tage, nachmittags 2 Uhr, zur Nachschau vorgeführt werden sollte. Ueber die Fügigkeit der Kauslösler Polizei, die übrigens immer noch treu an allen Rixdorf festhält, wird selbst der Impfarzt erstaunt sein.

### Charlottenburg.

Seit preussische Eigentum. Die Wahl unseres Genossen Dr. Vorkardt zum Mitglied der städtischen Schuldeputation ist wie das Nachsichtnamens des Magistrats mitteilt, von der Regierung nicht bestätigt worden. Die preussische Regierung weiß, daß sie heute diese reaktionäre Rolle auch einer liberalen Stadtverordnetenversammlung gegenüber noch ungestraft spielen kann.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß zweier Gefährte hat sich am gestrigen Donnerstagabend gegen 6 Uhr am Sophie-Charlotte-Platz ereignet. Dort stieß ein Geschichtsautomobil, das in die Wislamarstraße einbiegen wollte, wohl infolge Verlangens der Steuerer gegen einen aus entgegengesetzter Richtung kommenden Geschäftsmann. Der Anstoß erfolgte mit solcher Wucht, daß der angefahrne Wagen umgeworfen wurde. Durch das umstürzende Gefährt wurde das zufällig vorübergehende 22-jährige Dienstmädchen Emma Polzin aus der Wislamarstraße getroffen. Die B. geriet unter den Wagen und konnte erst nach vieler Mühe befreit werden. Die Verwundung wurde von Passanten nach der Rettungswache in der Kaiser-Friedrich-Straße gebracht, wo schwere innere Verletzungen und ein doppelter Unterschenkelbruch festgestellt wurde. Nachdem der schwerverletzte Notverband angelegt worden waren, wurde sie in bestimmungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Westend geschafft.

### Wilmerdorf.

Die Wahl der Arbeitnehmerdeputierten zum Gewerbegericht findet am Sonntag, den 24. Mai, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags statt.

Es ist dringend notwendig, daß sich jeder am Ort wohnende oder beschäftigte Arbeiter frühzeitig die Wahllegitimation besorgt. Formulare hierzu sind außer in der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts in folgenden Stellen zu haben: Restaurateure Adam, Wängelstr. 80 (Edle Palzburger Straße), Gräßle, Kaiserstraße 209, Heidecker, Wilhelmstraße 2, Bauer, Durlacher Straße 7, Piche, Paulsdorfer Str. 20, Pottschke, Paraker Straße 2 (Edle Kadener Straße), Reuter, Gasteiner Str. 6, Schilling, Lauenburger Str. 20/21 (Edle Uhlendorfer Straße), Verkaufsstelle der Tabakarbeiter-Genossenschaft Fritz Pieper, Berliner Str. 46.

In vorgenannten Stellen wird auch die Besorgung der Abstempelung der Wahllegitimation durch das Polizeirevier mit übernommen.

### Die Gewerkschafts-Unterkommission.

### Schöneberg.

Einem Elternabend veranstaltet die Kreis Elternvereinigung morgen Sonnabend in den Neuen Rathausgassen, Martin-Luther-Straße 60. Das Programm besteht aus turisportlichen und musikalischen Aufführungen. Der Arbeiterturnverein hat seine Mitwirkung zugesagt. Eintritt 20 Pf., Tanz 30 Pf. Da der Ueberflus für Kinderwanderungen verwendet wird, ist eine rege Unterstützung der Arbeiterkassen erwünscht.

### Ober-Schöneweide.

In der letzten Gemeindevertretersitzung teilte der Bürgermeister mit, daß der Beigeordnete Dr. Kühn zum Bürgermeister der Stadt Wehlar gewählt worden sei und um seine Entlassung aus dem hiesigen Gemeindedienst ersuche. Es sei nur zu bedauern, daß Herr Dr. Kühn nach so kurzer Tätigkeit den Ort wieder verläßt. — Der seit einiger Zeit verwaiste Posten eines Verwaltervornichtes ist durch den Amtsgerichtsekretär a. D. Kümmeberg besetzt worden. — Ferner wurde mitgeteilt, daß die neue Umgestaltung in Betrieb genommen ist. Hauptsächlich ist der lästige Geruch, welchen die Kläranlage oftmals verbreitet, damit für immer beseitigt. — Endlich, nach langem Warten, hat der Landrat das Ortsstatut zur Schaffung eines kollegialen Gemeindevorstandes genehmigt. — Gegen die Gültigkeit der Wahl des Genossen Ransdorf als Gemeindevorsteher waren Einprüche nicht erhoben, es konnte somit die Einführung desselben erfolgen. Die dritte Abteilung, aus 8 Vertretern bestehend, ist somit vollständig von der Sozialdemokratie besetzt. — Neben der Eingemeindung von mehreren Spreeparzellen in den hiesigen Gemeindegürtel wurde auch das Steuerbringsystem besprochen. Es sind nunmehr alle Steuerzahler des Ortes verpflichtet, in einer auf den Steuerarten und Anschlagjahren noch näher bekanntzugebenden Zeit die fälligen Steuern selbst bei der Gemeindekasse einzuzahlen. Die diesjährige Steuererhebung der Gemeinde soll den Einwohnern Ende Mai zugestellt werden, so daß die Steuern dann im Juni erstmalig zu zahlen sind. Von den Vertretern der dritten Abteilung wurde gewünscht, daß bei dem erstmaligen Selbstbringen der Steuern die größte Rücksicht obwalten möge. — Es erfolgte dann die Vergebung von verschiedenen Arbeiten für den Neubau der 3. Volksschule, sowie der Pfasterarbeiten für den westlichen Teil der Edisonstraße, und der Umänderung von Einseitigschächten zur Schmutzwasserkanalisation. — Der Ausbau der Tabberstraße, der über 4000 M. kostet, ist so vorgesehen, daß der Bürgersteig mit einem zwei Meter breiten Rasenstreifen versehen, der weitere Bürgersteig gehoben wird und die Gleise der Ostbahn eingepflastert werden. — Eine längere Debatte zeitigte die Einholung eines Gutachtens zur Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerkes. Einzelne bürgerliche Vertreter warteten wieder mit den sachdienlichen Gründen gegen ein bezwecktes Gemeindegewinn auf. Eine Gemeinde, die sich unterjängt, den Unternehmergewinn schmälern zu wollen, verkehrt nach Ansicht der Herren gegen das erste Gebot des Kapitals. Die Mehrzahl der Vertreter beschloß dennoch, ein solches Gutachten einzuholen, um an der Hand desselben die weiteren Schritte in dieser Sache zu tun. — Ferner wurde vom Genossen Schwarzbürger um Aufklärung über die Ursachen des Unfalls eines Schulkindes in der Schule ersucht. Der Unfall hat ein langes Krankenlager für das Kind im Gefolge gehabt und auch dessen Tod herbeigeführt. Angeht soll dieses bedauerliche Vorkommnis auf den kurz zuvor frisch geöfneten Fußboden zurückzuführen sein. Leider konnte der Bürgermeister eine genügende Auskunft nicht geben, da er die Akten nicht zur Hand hatte. Es wurde von Schwarzbürger gewünscht, daß man den Eltern in herbeizustellender Weise die nicht unbedeutenden Kurkosten zurückerhalten solle. — Den Schluß der Sitzung bildete eine provozierende Rede des hinausgewählten Schöffen Feldmann, der das Bedürfnis hatte, seinen Groll über den Verlust des Mandats in sonderlicher Weise zum Ausdruck zu bringen. Man hatte das Gefühl, als ob selbst den Klammern des Herrn Feldmann, den Vertretern der 1. Abteilung, bei dieser geschmacklosen Rede nicht ganz wohl war.

### Tempelhof.

### Gelogen wie gedruckt.

Bittere Klagen führen Arbeiter aus Tempelhof über eine Verleumdung, die ihnen durch die Wegenerische „Berlin-Tempelhofer Zeitung“ widerfahren ist. Diese Zeitung veröffentlichte eine Notiz, nach welcher am Sonnabend, den 2. Mai, etwa 60 Arbeiter der Klingereitwerke in Tempelhof einen Demonstrationzug von einem Lokal in der Gottlieb-Dunzel-Straße aus, die Germaniastraße entlang veranstaltet hätten und daß etwa 400 Meter von der Uniongesellschaft entfernt, Polizei den Demonstranten entgegengetreten sei und sie in wilde Flucht geschlagen habe. In der Spitze des Zuges sei ein Führer gewesen, hinter dem das blutrote Banner der Sozialdemokratie entfaltet worden sei. Die Arbeiter der Klingereitwerke waren sehr erstaunt ob dieser Notiz, da sie den Tatsachen vollkommen widersprach. Sie ließen dem Blatte eine Verichtigung zugehen des Inhalts, daß am Sonnabend die Arbeiter des genannten Werks wie gewöhnlich zur Arbeit gegangen seien. Die Arbeiter der Klingereit-Poshmenabteilung, die den 1. Mai gefeiert hätten, wären wohl ausgesperrt, hätten aber mit dem Demonstrationzuge nicht das geringste zu tun, auch seien sie nicht im Besitze eines blutroten Banners. Richtig sei nur, daß am Sonnabendvormittag ein Trupp junger Leute (wahrscheinlich Arbeitslose) durch die Gottlieb-Dunzel-Straße gezogen sei, die aber in keiner Beziehung zu den ausgesperrten Arbeitern ständen.

Gegenüber dieser rein tatsächlichen Verleumdung wiederholt die „Berlin-Tempelhofer Zeitung“ ihre Verächtlichkeit. Sie „heißt fest“, daß der Zug vom Restaurant Hergesell in der Gottlieb-Dunzel-Straße sich in Bewegung gesetzt habe. In diesem Lokale befände sich aber das „Straflosal“ der Arbeiter der Klingereitwerke, die wegen der Polizei ausgesperrt worden seien. Nun steht diese „Feststellung“ mit den Tatsachen im schroffen Widerspruch, aber was macht's: das genannte Blatt will den Arbeitern etwas anhängen und da müssen die unwahren Behauptungen wiederholt werden. Wahrer werden sie dadurch allerdings nicht. Die Situation des genannten Blättchens wird auch nicht besser durch eine hässliche „Berichte Wochenschrift“, in welcher die Verächtlichkeit der ausgesperrten Arbeiter der Klingereitwerke in recht niedriger Weise behandelt wurde. Wie uns mitgeteilt wird, schrieben die Arbeiter die Schuld, daß einige Mitarbeiter auf der Straße geblieben sind, diesem „arbeiterfreundlichen“ Treiben des Blattes in die Schuhe.

Wir begnügen uns mit dieser Tatsachensfeststellung und stellen die Verleumdungskampagne der „Berlin-Tempelhofer Zeitung“ gegen Arbeiter einfach an den Pranger.

### Spandau.

### Aus russischen Kerker.

Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in Kochs Wislamarstr. 52 eine öffentliche Verammlung statt, in welcher Genosse Ernst Reuter über die Leiden der politischen Gefangenen Russlands mit erläuternden Lichtbildern sprechen wird. Der Eintritt beträgt 20 Pf. Genossen, welche Viletts aussetzen wollen, möchten sich beim Genossen Köppen, Breitestraße 64, melden. Der Ueberflus wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Russlands zugewendet. Einlasskarten sind zu haben in der Zigarrenhandlung von Wilh. Beyer, Bismarckstraße 11, Seifenhandlung Otto Krend, Lysnarstr. 7, „Vorwärts“-Ausgabestelle, Breite Str. 64.

Die Partei- und Genossenschaftsgenossen werden gebeten, für zahlreiche Besuch Sorge zu tragen zu wollen.

### Panitzsch.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst war der Amtsausschuss zusammengetreten, um eine Polizeiverordnung betreffend den Maulkorbzwang für Hunde zu beschließen. Sodann nahm die Gemeindevertretung einen Antrag betreffs Kollektivversicherung bei Hilfeleistung der Berliner Feuerwehr an. Hierauf erfolgte die Ergänzung der Gemeindefunktionäre. Von unterer Seite wurden Genosse Koch in die Hochbau-, Gahmann in die Beleuchtungskommission und in das Kuratorium der Luther-Mendel-Stiftung delegiert. Eine lebhatte Debatte entwickelte sich bei der Vorlage der Neubearbeitung der Gebührentarife für die drei Gemeindefriedhöfe. Zum drittenmal in wenigen Jahren sollen die Sätze ganz erheblich erhöht werden. Die Klagengegenstände der bürgerlichen Gesellschaft sollen sich auch noch über das Leben hinaus bemerkbar machen. So müssen denn Reihengrabstellen, Wahlstellen, Randgrabsstellen usw. geschaffen werden, um einmal dem menschlichen Stambuchteil entgegenzukommen, dann aber auch dem Gemeindefiskus aufzuhelfen. Die Gemeindevertreter Schwiem und Hoffkötter protestierten gegen einzelne besonders hoch angelegte Positionen des Tarifs. Die von unjüdischen Redner zum Ausdruck gebrachte Forderung, jede Klassifizierung fallen zu lassen, erregte natürlich den Unwillen der Vertretung. Die Vorlage wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Es sei noch bemerkt, daß die Sätze für einfache Reihengrabstellen nicht erhöht wurden; sie betragen auf dem dritten Friedhofe 12 Mark für Personen über 12 Jahre, 6 M. für Kinder von 3 bis 12 Jahre und 3 M. für Kinder bis 3 Jahre. Auf dem ersten Friedhof sollen noch bis zum Jahre 1907 Grabstellen verkauft werden, so daß dann mit der Verweilungsfrist bis 1907 der Kirchhof zum Bürgerpark zugezogen werden kann. In der Grundsteuerordnung soll eine Änderung vorgenommen werden. Bei neugebauten Häusern konnte bisher eine Besteuerung nicht vorgenommen werden, wenn die Gebrauchsbahn innerhalb des Steuerjahres fiel. Durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ist dieser Zustand nun beseitigt, es beginnt die Steuerpflicht mit dem Zeitpunkt der Benutzung des Neubaus oder der Verbesserung. — Für die Herrichtung der Räume in dem Hause Bollanstraße 131 für familiäre Steuerbureau wurden 2500 M. bewilligt.

Das Herrenhaus im Bürgerpark ist recht häufig geworden. Der Hiebballon droht herabzustürzen, wenn nicht umfassende Reparaturen vorgenommen werden, die mindestens 1500 M. Unkosten verursachen. Die Beschlußfassung wurde ausgesetzt, da die Baukommission noch einmal hierzu Stellung nehmen soll. — In der Schulstraße ist eine Fuhrwerkswage von der Gemeinde gebaut worden, die in den nächsten Tagen dem Verleiher übergeben werden soll. Die Gebühren betragen 50 Pf. für jede Benutzung.

### Schnow (Kreis Niederbarnim).

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde beschlossen, daß das Straßengrundstück in der Friedrich-Wilhelm-Straße von den Anliegern an die Gemeinde aufzulösen ist, mit der Voraussetzung, daß die darauf ruhenden Renten abgelöst werden. Die Straßendämme sind von den Anliegern bis zum Herbst zu pflanzen. Abdam wurde beschlossen, gegen die unhaltbaren Zustände der zwischen dem Bahnhof- und Bandlitzstraße auf Jeperner Gebiet liegenden Wegerstraße geeignete Schritte zu unternehmen; die Gemeinde Jepern hat es abgelehnt, eine Befestigung der Straße vorzunehmen. Die Firma Borch u. Co. hat circa 300-400 Kubikmeter Sand vom Gemeindeplatz abfahren lassen, ohne die Gemeinde um Erlaubnis zu fragen. Es wurde beschlossen, die Firma zur Zahlung von 100 Mark an die Gemeinde zu verpflichten. Genosse Wagner und Herr Grund ersuchten den Gemeindevorsteher um Auskunft, weshalb er die Arbeiten für den Steigerturm der Feuerwehr verweigert habe, ohne die Vertretung befragt zu haben. Der Vorsteher erwiderte, daß er sich hierzu für berechtigt glaubte, weil die Vertretung in ihrer letzten Sitzung 1000 Mark für die Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehr bewilligt hatte. Das Verfahren des Vorstehers wurde von den Ratsmitgliedern nicht billigt. Die Frage auf weitere Ausdehnung der Nachtwache in der Kolonie wurde vertagt.

## Spiel und Sport.

### Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“. Mitteilungsblatt Berlin. Zusammenkunft am Sonntag, den 17. Mai.

1. Abt. Früh 8 und mittags 12 Uhr: Strausberg—Gungliger Boll. 21. Mai, Dämmerfahrt, 1 Uhr: Ziel wird am Start bekannt. Start: Säulowstraße 58.
2. Abt. Früh 5 Uhr: Potsdam—Bornim—Grube—Mit-Tschilp. 1 Uhr: Wannsee—Nikolsdorfer—Wannsee—Dammsee (Friedhof). — 21. Mai, Dämmerfahrt, 5 Uhr: Bismarck-Wald—Schwabe-See—Sammit-See—Kant. 1 Uhr: Bernau—Ladeburg—Kant. Start: Fontane-Promenade.
3. Abt. Früh 5 Uhr: Babelsberg—Seeberg. Nachmittags 4 1/2 Uhr: Köpenick (Park). 21. Mai, Dämmerfahrt, früh 1/2 Uhr: Wolterdorfer Schloß (Dampfbad). Nachm. 1/2 Uhr: Schöneiche (Waldhof). Start: Lauerger Weg 12.
4. Abt. Früh 5 Uhr: Tempel (Lornow Idyl). Nachm. 1 Uhr: Schöndorf (Vierjahreszeiten, Birt). 21. Mai, Herrentour 6 Uhr. Ziel am Start bekannt. Start: Kältriner Weg.
5. Abt. Früh 4 Uhr: Ehorin—Ehorinchen. Nachmittags 1/2 Uhr: Wartenberg. 21. Mai, Dämmerfahrt, Herrentour: Ruten. Start 5 Uhr früh. Nachmittags 1 Uhr: Schöneiche (Waldhof). Start: Beberwiese, Ede Weimer Straße.
6. Abt. Früh 7 Uhr: Tiefensee. Mittags 12 Uhr: Berneuchen (Schloffe). 21. Mai, früh 6 Uhr: Streifzüge durch den Norden. Endziel: Birkenwerder. Nachmittags 1 Uhr: Birkenwerder (Paradiesgarten). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt. Früh 4 Uhr: Brandenburg a. d. Havel 12 Uhr: Bienenwerder—Japan. 21. Mai, 6 Uhr: Herrentour. Streifzüge durch den Norden. Endziel: Glienicke a. d. Nordb. (Kauf).
8. Abt. Früh 5 Uhr: Tiefensee. Born. 10 Uhr: Berneuchen (Schloffe). 21. Mai, früh 5 Uhr: Herrentour. Jochenitz (Buckholz). Nachmittags 1 Uhr: Damentour. Wäldchen (Buckholz).
9. Abt. Nachm. 1/2 Uhr: Stolpe a. d. Nordb. (Wiesin am Bahnh.). Start: Biese, Schillingstr. 22.
10. Abt. Früh 6 Uhr: Berneuchen (Schloffe). Nachmittags 2 Uhr: Wärenseiche (Schlober). 21. Mai, nachm. 2 Uhr: Glienicke a. d. Nordb. (Kauf). Start: Strausberger Park.
11. Abt. Mittwoh. den 20. Mai: Potsdam (Schubert).
12. Abt. Radfahrer früh 7 Uhr: Friesenwalde (Radday, Kanakstr. 7). Start: Brenzlauer Promenade, Ede Heinersdorfer Straße (Weihensee). Gäste willkommen.

Feiertage. Sonnabend, den 16. Mai, abends 10 Uhr: Sudow, Markt Schmetz, Ablochen (Schweizerbäuschen). Sonntag, den 17. Mai, früh 4 Uhr: Sudow, Markt Schmetz, Ablochen (Schweizerbäuschen). Start: Dornmühlweg. Nachmittags: Wilsandsberg (Brater, Berliner Quai). Start: 12 Uhr Hohenzollernplatz.

Bezirk 21 (Nieder-Barnim). Am Sonntag, den 17. Mai: Bezirks-tour nach Liebenwalde und Dranienburg. Sammelstart: vormittags 9 Uhr für den 1., 3. und 4. Unterbezirk im Wäldchen bei Barch, für den 2. Unterbezirk um 9 Uhr bei Wäldchen bei Barch. Die Bezirksleitung: Bernau, Sonntag, den 17. Mai: Berneuchen. Start: 12 1/2 Uhr Vereinslokal, Lemmer, Wallstr. 2. Tegel, Bezirks-tour nach Liebenwalde. Sammelstart: Wäldchen bei Barch.

Schöneberg. Berneuchen (Schloffe). Start 1 Uhr bei Gen. Odt. 21. Mai: Gemeinssamer Ausflug des Kartells nach Saathwinkel. Start 1 Uhr bei Gen. Odt.

Tempelhof, Mariendorf, Berneuchen. Start 11 Uhr bei Senig, Mariendorf, Gunglstraße. Charlottenburg. Früh 5 Uhr: Strausberg, Gungliger Boll. Mittags 1 Uhr: Margahn. 21. Mai, früh 6 Uhr: Wäldchen. Tiefensee. Alle Start: Bollshaus, Kohnenstr. 3.

Weißensee. Sonntag, den 17. Mai: Liebenwalde, früh 6 Uhr bei Weiser, Berliner Alee. 21. Mai, Dämmerfahrt, früh 7 Uhr: Wäldchen. Alle Start bei Weiser, Berliner Alee.

Panitzsch-Nieder-Schönhausen. Liebenwalde—Dranienburg. Start: Früh 7 Uhr Panitzsch, Wäldchenstr. 31. Sammelstart: Wäldchen 9 Uhr. 21. Mai, Dämmerfahrt: Glienicke a. d. Nordbahn (Kauf). Start: 1 Uhr Panitzsch, Wäldchenstr. 31.

Reinickendorf. Liebenwalde und Dranienburg, früh 7 Uhr. Start bei Wäldchen. 21. Mai, Dämmerfahrt: Familienausflug mit Ruck nach Saathwinkel. Treffpunkt früh 7 Uhr Gunglstraße, Gärdes. Wilsandsberg. Bezirksausflug Liebenwalde, 1. und 2. Abteilung, früh 6 Uhr. Start: Wäldchen. 21. Mai, Dämmerfahrt, früh 6 Uhr:

# Deutschlands auswärtige Politik.

## Reichstag.

257. Sitzung. Donnerstag, den 14. Mai, vormittags 11 Uhr.

Von Bundesratsseite: Dr. Solf, v. Jagow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Ergänzungsetat für Südwestafrika.

Die Kommission beantragt, von den für die Landwirtschaftsbank in Südwestafrika geforderten 5 Millionen zunächst nur 2 1/2 Millionen zu bewilligen.

Staatssekretär Dr. Solf und Abg. Dr. Hertel (L.) bitten um Bewilligung der ganzen Summe.

Das Haus beschließt nach dem Antrag der Kommission. Ein Gesetzentwurf der Budgetkommission, nach dem die anliegenden Grundbesitzer zu den Kosten der kolonialen Straßen, Hafens- und Eisenbahnbauten herangezogen werden sollen, wird von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem Staatssekretär Dr. Solf eine Verordnung in dieser Richtung in Aussicht gestellt hat.

Die Verlängerung des deutsch-türkischen und des deutsch-japanischen Handelsabkommens wird vorbehaltlos genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des

## Etats des Auswärtigen Amtes.

Staatssekretär v. Jagow:

Die Liquidation der Balkanreise ist auf der Grundlage der Friedensschlüsse von London und Bulgaree zu einem gewissen Abschluß gelangt. Auch die letzten Schwierigkeiten werden im Wege der Verständigung gelöst werden können. Mit besonderer Freude werden wir es begrüßen, wenn das uns befreundete türkische Reich nach einer schweren Prüfung zu einem friedlichen Nebeneinanderleben seiner Völkergemeinschaft gelangt. Die türkische Regierung hat bereits auf dem Rat der Mächte Reformen in Armenien angekündigt.

Aus Albanien kamen in den letzten Wochen viele Nachrichten, die den Stempel der Sensation an der Stirne trugen. Daß die Aufgabe des Fürsten schwer sein würde, das Reich auf eine feste wirtschaftliche und organisierte Grundlage zu stellen, war von vornherein gewiß. Es besteht aber begründete Hoffnung, daß durch die Maßnahmen der Regierung und der Mächte auch die Stämme des Südens, die sich gegen die neuen Lebensbedingungen sträubten, beruhigt werden können. Jedenfalls kann man nicht die allmähliche Konsolidierung des Staates und Landes als Utopie betrachten. — Rückschauend können wir mit Genugtuung feststellen, daß die

### Lösung der Balkanreise

Durch das einseitige geschlossene Kartell des Dreiköniges und das freundschaftliche Einverständnis mit England, Frankreich und Rußland die berechtigten Interessen der verbliebenen Monarchie vollkommen gewahrt. Ein wesentliches Verdienst daran kommt der besonnenen, maßvollen, vermittelnden Haltung Rumäniens zu. Die Weisheit seines Herrschers und seiner Regierung wird Rumänien in Anlehnung an seine alten Freunde weiter an der Befestigung des Friedens mitarbeiten lassen. Wir werden in voller Sympathie für die Entwicklung der Balkanstaaten auch in Zukunft stets fest und entschlossen für die berechtigten Interessen unserer Bundesgenossen auf dem Balkan eintreten. (Bravo!)

Unter Verhältnis zu Rußland hat in letzter Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in erheblichem Maße in Anspruch genommen. In den letzten Tagen hat das Urteil in Form weite Kreise erregt. Wir haben die russische Regierung gebeten, uns die Begründung des Urteils gegen die deutschen Luftschiffe baldmöglichst zukommen zu lassen. Bis dahin müssen wir weitere Konsequenzen zurückstellen. In einem Teil der russischen Presse hat sich zweifellos die

### deutschfeindliche Stimmung

zu einer systematischen Kampagne gegen uns verstärkt. Diejenigen, die daran die Schuld tragen, dürfen sich nicht wundern, wenn es aus dem Munde herauskommt, wie sie hineinrufen. (Lebhafte Zustimmung.) Die deutsche Regierung lehnt die Verantwortung für gewisse Propagandaartikel ab, aber diese Reaktion war nur eine Folge der russischen Aktion. Dem Deutschen Reich freidelt man jede Keuschung eines nationalen Offiziers, jede wärmere Kundgebung eines nationalen Vereins an, wenn wir aber von Ost oder West, meistens von beiden Seiten gleichzeitig angegriffen werden, wundern wir uns nicht darüber. Ein leitendes englisches Blatt hat darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung dieser Auseinandersetzungen das sicherste Mittel sei, um den engeren Zusammenhalt der Entente-Mächte herbeizuführen. Das englische Blatt hat gewiß in gutem Glauben übersehen, wie das englische hindurch gewisse Organe der öffentlichen Meinung in Rußland gegen Deutschland gehetzt haben. Ich kann nur wiederholen, was der Reichskanzler im vorigen Jahre hier gesagt hat. Es besteht zwischen Deutschland und Rußland keine Interessenbeziehung, die ein friedliches Nebeneinanderleben fördern müßten. Auch die handelspolitischen Schwierigkeiten werden sich bei beiderseitigem guten Willen schlichten lassen. Um so verwunderlicher ist es, wenn man durch Erregung der Volkseinstimmung einen künstlichen Antagonismus schafft. In unserer übererregten Zeit ist das ein Spiel mit dem Feuer.

(Lebhafte Zustimmung.) Ich hoffe, daß es den beiderseitigen Regierungen gelingen wird, den gefährlichen Strömungen einen Damm entgegenzusetzen.

Die Verhandlungen über Kleinasien sind noch nicht abgeschlossen. Auch über die Verhandlungen mit England kann ich Ihnen nichts Neues mitteilen; Sie werden in dem freundschaftlichen Geiste weitergeführt, der auch sonst unsere Beziehungen zu England beherrscht. Auch die Verhandlungen mit Frankreich werden hauptsächlich zu einer Steigerung ausschließlicher Verständigung führen.

Die unklare Lage in Mexiko ist durch den Konflikt mit den Vereinigten Staaten weiter verschärft worden. Wirtschaftliche und persönliche Interessen der deutschen Staatsbürger sind dort in hohem Maße gefährdet. Wir haben bisher für die persönliche Sicherheit der Deutschen nach Möglichkeit gesorgt und werden die finanziellen Ansprüche nach Wiederherstellung der Ruhe geltend machen. Mit Freude begrüßen wir, daß die Vereinigten Staaten die Vermittlung der drei großen südamerikanischen Republiken angenommen haben. Der Konferenz in Karacagua, die am 18. Mai zusammentritt, wünschen wir besten Erfolg. — Die Reise des Prinzen Heinrich nach Südamerika hat unseren Wunsch unterstrichen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren aufstrebenden Staaten ohne alle politischen Hintergedanken zu fördern. Das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen Politik, das eine Vorbedingung des Erfolges ist, ist dadurch neu bekräftigt worden. Diesen Glauben zu erhalten und zu befestigen, ist unser Bestreben. Damit dienen wir der Sicherung unserer vom Glück nicht gerade begünstigten geographischen Lage und der Entfaltung der kulturellen Kräfte Deutschlands, und wir brauchen den Erfolg unserer Bemühungen nicht zu unterschätzen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

### Abg. Wendel (Soz.):

Die Erklärungen des Staatssekretärs haben uns eigentlich nur sehr wenig gesagt. Das mußte jeder aufmerksame Zeitungsleser

schon seit langem. Nicht Unwissenheit erklärt dieses Verhalten des Staatssekretärs, sondern böser Wille, dem Reichstag des „verschwindenden demokratischen Wahlrechts“ nicht mehr mitzuteilen. Die auswärtige Politik wird in Deutschland noch immer als Weibekunst betrieben und dem Volk und der Volkvertretung auf sie noch weniger Einblick gegönnt als in der inneren Politik. In der

### Dunkelkammer der Kabinettpolitik

wird mit dem Gefühl der Millionen gespielt und die Millionen können dann ausbaden, was dort beschlossen worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daher kommt es, daß keiner Partei das etwas verschwommene Gesicht der Auswärtigen Politik der Regierung völlig zugeht. Die Sabeltaugler klagen, daß zu wenig mit der gedanzerten Faust aufgehauen werde, und wir werfen der Regierung vor, daß sie nicht den unbedingten Mut zum Frieden und zur Völkerverständigung hat. Sie lebt von der Hand in den Mund, legt sich auf, ist nicht Fisch, nicht Fleisch, nicht Mann, nicht Weib, sondern gehört eigentlich in das Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen. (Große Heiterkeit.) Das ist nicht die Schuld des Staatssekretärs, selbst wenn er ein Genie, also ein Fremdkörper in der homogenen Regierung wäre. (Heiterkeit.) Könnte er nicht mehr Erfolge aufweisen, denn die auswärtige Politik ist nur ein Exponent der Innenpolitik. Eine Politik, die im Innern subaltern-reaktionär ist, kann nach außen hin keine Fortschritte erzielen. Das hat ja der Widerhall des Falles Gabern in der ganzen Welt gezeigt. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wäre als erster herauf gewesen, gegen den Sieg der Militärdiktatur Einspruch zu erheben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der englische Bürger genießt deshalb Achtung in der ganzen Welt, weil er der freie Mann im freien Lande ist. Aber welche Achtung soll trotz Kanonen, Bajonetten und Vanzerschiffen der deutsche Bürger genießen, der sich wider Recht und Gesetz in den Panduren teiler sperren lassen muß. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als das „Berliner Tageblatt“ schrieb, es sei in Gabern zugegangen, wie sonst nur in Kolumbia und anderen südamerikanischen Kaufstaaten, hat der diplomatische Vertreter Kolumbiens nachgewiesen, daß die Rechte der Bürger dort viel besser gesichert sind als bei uns. (Heiterkeit.) Wenn das Gefühl deutscher Ehre nicht auf der Junge, sondern im Herzen sitzt, der wird das als brechende Schmach empfinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der

### Erläuterung der Balkanreise

kann von einer deutschen Politik überhaupt nicht gesprochen werden. Herr Baffermann hat freilich gemeint, wir hätten während der Balkanreise im großen und ganzen unser Ziel erreicht. Da kann man frei nach Goethe nur sagen: Nur die Nationalliberalen sind bescheiden! (Heiterkeit.) In Wahrheit haben wir uns gar nicht in die Kosten eigener Gedanken und Entschlüsse gefügt, sondern deutsche Balkanpolitik war österreichische Balkanpolitik, und österreichische Wagnisse, deren es nicht zu wenige gab, deutsche Wagnisse. Das Ideal der deutschen Politik war das Statusquo, der Wunsch, alles beim alten zu lassen, innen wie außen, die alte Metternichsche Weisheit: „Nichts hält die Fackel noch aus!“ (Heiterkeit.) Aber der einzige Statusquo, der erhalten blieb, war die tägliche Unfähigkeit der Diplomatie, die Unzulänglichkeit und Unfähigkeit mit Monarchenbesuchen und Ministerwitwen die Weltgeschichte zu leiten glaubt. Aber für den Balkan wurde das Jahr 1912 weltgeschichtlich revolutionär, für ihn bedeutet es das Jahr 1789 für Westeuropa. Wir Sozialdemokraten sind nicht unbedingte Dreibundfreunde. Auf die Friedensgefahr, die vom Dreibund ausgeht, hat Prof. Serling treffend hingewiesen, als er den Dreibundstaaten als den landarmen Staaten die Mächte der Triplicente als die landreichen latten Staaten gegenüberstellte. Aber der Dreibund darf doch in jedem Falle nicht dazu verpflichtet, alle österreichischen Dummheiten auf Gedeih und Verderben mitzumachen. Die Rabelungentrommel ist vielleicht etwas sehr Pharisäer und Romantischer, aber seit der

### Lohengrußfahrt nach Tanger

und dem Panthersprung nach Agadir ist unser Bedarf an Romantik doch vollumfänglich gedeckt. (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Darum hätte Deutschland der hysterischen Völkerverpolitik entgegenzutreten müssen. Die unerhörte Hege gegen Serbien entsprang nur der heiligen Ehen der österreichischen Agrarier, die so unerträglich sind wie unsere, vor dem billigen serbischen Schwein. Der Freund des Herrn Hertel, Ritter v. Hohenblum, hat ja ausdrücklich gesagt, er fürchte das serbische Schwein mehr als die serbischen Soldaten. (Heiterkeit.) Darum trieb man Schachschachpolitik in doppeltem Sinne; man suchte für die Interessen des Schachschach, und war bereit, um dieses agrarischen Eigenzweckes willen ganz Europa in ein Menschenfleischhaus zu verwandeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Aber freilich, wir haben das Skelett im eigenen Haus. Wir unterdrücken auch die Polen und Dänen und lassen unsere Politik von der agrarischen Unerschlichkeit bestimmen, da konnten wir den Österreicher nicht gut raten, die Fühlwägen nicht länger mit dem Standrecht und die Serben mit der Grenzverpolitik zu behandeln.

Was Albanien angeht, so sind wir Sozialdemokraten natürlich durchaus für die Freiheit und Selbständigkeit dieses wie jeden anderen Volkes, aber nur in einem freien Bund autonomer Völkergemeinschaften hätte Albanien sich zu selbständigem Leben entwickeln und zugleich ein Friedensfaktor werden können. In seiner jetzigen Form ist es nur ein Versuch des österreichischen wie des italienischen Imperialismus, sich ein weiteres Aufstiegsstadium an der östlichen Adriafronte vorzubehalten. Dadurch wird die Unschärfe der weltpolitischen Lage in Germanens erklärt. Deutschland hat einen schweren Fehler begangen, als es

### dieses thalassische und strephulöse Kind

aus der Taufe gehoben hat. (Heiterkeit.) Ich will nicht erörtern, ob die Albanen, diese Indianer Europas, die weder eine sprachliche noch eine religiöse Einheit bilden, die von der modernen Zivilisation nur das Kapitiergehör übernommen haben, um sie zu bekämpfen, überhaupt staatsbildende Kraft besitzen. Sie sind eingekapselt in Stammespartikularismus und haben nicht eine Spur nationalen Gefühls. Aber dieser albanische Staat mit seiner ganz willkürlichen Grenzabteilung ist jedenfalls nicht lebensfähig und kann höchstens flüchtig einmal in den Dreibund einen Keil treiben, wie vor 50 Jahren die gemeinsame Belegung Schleswig-Holsteins durch Preußen und Oesterreich Bismarck den willkommenen Anlaß zur Auseinandersetzung mit Oesterreich von 1866 gegeben hat. Doch alle Welt darüber einig war, daß dieser unzüchtlichste europäische Volksstamm als Fährten für einen feudalen Herrn vom preussischen Kaiserhof brauchen könnte, ist eine eigenartige Schmeichelei für Preußen. (Heiterkeit.) Aber wenn auch Wilhelm I. mit dem Versuch der Großmacht und den Vorkämpfer der deutschen Presse nach Darozzo abgereist ist — ein Meisenhausen ist ein bequemeres Ei im Vergleich zum albanischen Theon —, so hat er sich doch rein als Privatmann in ein Privatadventurer gefügt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn diesen Herrn etwas Albanisches — alku Albanisches zuzische, darf Deutschland unter keinen Umständen einen Raucherfeldzug unternehmen, daß tausend Jahre lang ein Albaner nicht mehr wagen soll, einen Deutschen schrei anzusehen. Für die Masse des deutschen Volkes ist es viel wichtiger, ob am nächsten Sonntag

schönes Wetter ist, als ganz Albanien mit samt seinem Fürsten. (Heiterkeit und Beifall.)

Die Entsendung der deutschen Militärmission nach der Türkei war aus vielen Gründen ein schwerer Fehler. Die türkischen Kriegerlegen sind gewiß nicht preussische Schind. Auf den massenhaften Schindarbeitern ist ein vernünftiger Sinn zusammengekommen, nicht der preussische Drill. Aber die Türkei braucht jetzt Reformen und nicht Justizhören, und zudem muß die Militärmission den Verdacht erwecken, als ob wir nur das Messer bereiten in den türkischen Tüchern stecken wollen. Der Kampf um die Militärmission war ein Symptom der Verdrängung der offiziellen Beziehungen Deutschlands. Da wir keine Vorkämpfer sind, und in dieser übererregten Zeit sehr gelinde und feste Kräfte haben, haben uns die Marmaraitel der „Albanischen Zeitung“ sehr wenig aufgereizt. Wir stehen der slowakischen Gefahr nicht bis ans Herz hinan gegenüber. Das russische Volk will Krieg führen, aber nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen den blutigen Jazismus.

Rußland hat die Revolution im Verbe

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und wenn der Nikolaus...

### Vizepräsident Dr. Paasche:

Sie dürfen nicht in diesem Tone von dem Herrscher eines verbündeten Reiches sprechen. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Verblüdet! Ja verblüdet mir jede Art. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

### Abg. Wendel (fortfahrend):

Wenn dieser Jar einen Krieg unternehmen wollte, sollte er sich vorher die Krone mit Säuppenletzen schmücken lassen. Wenn die traditionelle Freundschaft zwischen Berlin und Petersburg durch die Getreidepolitik einen Riß bekommen hat, stehen wir Sozialdemokraten dem mit dem Gefühl des Wehphilosophes gegenüber: „Daß ich doch meine Freude dran!“ (Heiterkeit.) Dieser waren die Führer der schwarzen Wägen in Rußland und Herr v. Oldenburg-Kaufmann, der

### Führer der Schwarzwägen Bande

(Heiterkeit) ja seit ein Herz und eine Seele. In einer vernünftigen Außenpolitik in ehrlichen demokratischen Reformen hätte Deutschland einen sicheren Schutz gegen alle russischen Angriffsgelüste, als in tausend Festungen und Kanonen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsch-englische Spannung begründen wir mit großer Freude, gleichviel aus welchen weltpolitischen Gründen sie hervorgegangen ist. Die deutsche und die englische Arbeiterklasse haben sich schon in der Zeit der größten Spannung entschlossen für die Verständigung beider Völker eingesetzt. Sogar ein englischer Minister, der Attorney General Sir Rufus Isaacs, hat seine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß die Beziehungen der beiden Völker sich ständig bessern werden, und diesen Schutz vor neuen Spannungen und Mißverständnissen begrüßt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein deutscher Minister spricht natürlich nicht so. In Deutschland interessiert unsere Friedensarbeit höchstens die Paragraphenweisheit des Oberreichsanwalts, er scheint sie als ein Stück Hoch- und Landbesitzer. Aber die wahren Hoch- und Landesvererber sind die Kriegsbekämpfer, die Deutschland ins Unglück hängen wollen. Ich lege kein allgroßes Gewicht auf das Dramatisieren ausgebildeter Generale, von denen eigentlich nur noch

### das Mundwerk ordentlich selbständig ist

ist. (Große anstößende Heiterkeit, aber ihre Auffassung der äußeren Justiz und ihre Verbeugung ist gemeingefährlich. Mit Recht hat Lloyd George die Völker angerufen gegen den organisierten Wahnsinn des Weltfriedens. Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes verlangt, daß die Befriedigungsfrage endlich ernsthaft angefaßt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die politischen Klügel der letzten riesigen Militärverträge haben am Stärkeren der Völker gar nichts geändert, und der Meinung des Wehvereins hat sich durch das Milliardenangebot Deutschlands Lage sogar verschlechtert. (Hört! hört!) Wer da nicht einseht, daß das Wehrwesen der wahnsinnigste Wahnsinn ist, der ist selbst pathologisch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Um für diese Klügelstöße den rechten Hintergrund zu schaffen, gefaßt sich diese Kriegstreiber neuerdings auch wieder in einer Kundgebung und wälten ihre Kräfte gegen Frankreich. Davor liegt kaum ein Ausblick, daß die Parolle-Sirenenstöße nicht erlischt. Ueber die kleinparteilichen Wägen ist ein Altkommun getroffen. Aber in jener Not, in der der Teufel fliegen sieht, greift man zu der Fremdenlegion als Agitationsloot. In den letzten Monaten haben wir eine wilde Hege gegen die Fremdenlegion erlebt. Man kann geradezu von einer Sehne reden, von einer Legionitis, deren Symptome sind, daß der Besessene liberal in Deutschland geheimnisvolle Werber für die Legion ansetzt. Nun ist es endlich festgestellt worden, daß in keinem einzigen Falle die Nachricht von solchen französischen Werbungen in Deutschland der Wahrheit entspricht. Auch die Redungen über die Verdrängung junger Deutscher in die Legion haben sich hinterher immer als Schwindel herausgestellt.

Wir Sozialdemokraten, die erbittertesten Gegner des Militarismus und Kapitalismus, verdammen ganz selbstverständlich die Fremdenlegion, die

### eine Ausgeburt des Kapitalismus und Militarismus

gleich ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn die Soldaten müssen sich nicht nur für ein paar Centimes täglich die Knochen zerbrechen lassen, sondern sie werden auch zu Friedenswerkern, Urbarmachern von Wägen usw. gebraucht. Die Sozialisten der französischen Kammer sind mit aller Schärfe gegen die Einrichtung der Fremdenlegion aufgetreten. Aber wir wollen doch nicht in Wägen werden und wollen nicht vergessen, daß wir auch einen Balken im eigenen Auge haben. Ich will nur zwei Punkte anführen, aus denen Sie Ihre Schlüsse selber ziehen können. Erwin Rosen, ein Deutscher, der in der Fremdenlegion gedient hat, der auf deutsch-nationalem, fast hurrapatriotischem Boden steht, und der vor allen Dingen alle Leiden und Strapazen, die ein Legionär zu erdulden hat, mit brennenden Farben malt, sagt in seinem Buche: „Militarismus in Dienst, wird der Fremdenlegionär geschächt und gut behandelt. Während meiner Ausbildung habe ich kaum ein Schimpfwort gehört.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dazu ein Gegenstück: Der preussische Leutnant a. D. Eduard Goldbeck schreibt in seiner Broschüre „Heiter Drill“ über seine Erfahrungen in preussischen Heere: „Ein Mann, der während seiner Soldatenezeit nicht geschimpft worden wäre, ist gewiß eine Seltenheit.“ (Leb. Widerspruch rechts und im Zentrum.) Ich begnüge mich mit der Gegenüberstellung dieser beiden Zitate. Ich glaube, alle Parteien sind sich darin einig; vor einem deutschen Jungen vor dem Eintritt in die Fremdenlegion bewahrt ist ein gutes Wort. (Allgemeine Zustimmung.) Aber mit dieser lärmenden Agitation, wie sie der bekannte Schutz- und Hüterverband gegen die Fremdenlegion ins Werk setzt, wird das Gegenteil des gewollten Zweckes erreicht. Darhans mit Recht hat der Unterstaatssekretär Zimmermann in der Budgetkommission darauf aufmerksam gemacht, daß durch die laute Propaganda gegen die Fremdenlegion viele junge Deutsche erst auf sie aufmerksam gemacht werden. In der Tat berichten die französischen Blätter erfreut, daß der

Zusammenhang von Deutschen zu den algerischen Fremdenregimentern

nach nie so stark gewesen wäre, als in den Monaten der gesteigerten Agitation gegen die Fremdenlegion. Außerdem geht man bei der Bekämpfung der Fremdenlegion von der falschen Voraussetzung aus, daß nur Abenteurerlust die Deutschen in die Fremdenlegion hineinziehe. In Wirklichkeit eilen zu den Fahnen der Fremdenlegion arme Teufel aus den deutschen Grenzarmekorps, die brutale Mißhandlung auf dem deutschen Kasernenboie zur Fahnenflucht getrieben hat, und Eisatz-Lothringer, die zwar Neigung zum militärischen Berufe haben, aber weil sie den beschlagnahmten Schätzen des Volkes entstammen, wissen, daß sie es bei aller militärischen Tüchtigkeit in Deutschland nie über den elenden militärischen Feldwebel hinausbringen würden. Dann solche Eläster und Lothringer, die der preussischen Kaiserin entronnen, weil das Gericht geht, daß sie hier als „Bades“ behandelt werden. In der Hauptsache aber legen sich die Legionäre aus deutschen Arbeitern und Handwerksgehilfen zusammen, die der Hunger dahin jagt, wo sie wenigstens satt zu essen haben. Das ist sehr treffend an einer gewöhnlich ganz unbedächtigen Stelle ausgesprochen worden, in den „Preussischen Jahrbüchern“, wo ein Herr Dr. v. Pape schreibt: „Ich würde noch ein Mittel, das geeignet wäre, mit einem Schlage die Zahl der deutschen Legionäre auf ein Minimum zurückzuführen, wenn man es nämlich dahin bringen könnte, daß jeder Deutsche Arbeit und satt zu essen hätte. Im letzten Grunde ist es bei 90, ich möchte fast sagen, 99 Proz. der Hunger, der sie zur Legion führt. Solange es in Deutschland noch Leute gibt, die hungern, solange wird es auch deutsche Legionäre geben.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Indem wir dafür kämpfen, daß jeder Deutsche Arbeit und satt zu essen hat, indem wir gleichzeitig gegen die Soldatenschindereien im deutschen Heere auftreten, und uns für die Demokratisierung des Heeres einsetzen, führen wir einen ernsthaften Kampf gegen die Legion, der vor allem jeder Spitze gegen das französische Volk entbehrt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denn das deutsche Volk will nicht nur Frieden, es will

Freundschaft mit Frankreich

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten) und ebenso will das französische Volk Frieden und Freundschaft mit Deutschland. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Kriegshetze, denen aus der Hysterie der Nationen ein gutes Geschäft erblüht, suchen zwar hier wie dort den Völkern aufzutreiben, daß sie Erbfeinde seien und bleiben müßten. Der aber wirklich in dem guten Glauben befangen sein sollte, das französische Volk sei kriegerisch, dem muß schon der Sinn für Realitäten in der Politik das Gegenteil sagen. Denn schon nach ihrer sozialen Struktur sind die Franzosen ein Rentnervolk, ein Bauernvolk, ein Volk mit zurückgehender Geburtenziffer, also ganz gewiß nicht geeignet, kriegerischen Drang zu empfangen. Wenn man die Revancheidee anführt, um so hat Gambetta einmal gesagt: „Sprechen wir nicht davon, aber denken wir immer daran“. Heute ist es fast umgekehrt, ein paar Schreier sprechen noch davon, aber das Volk denkt im Ernst nicht daran. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der glauben Sie wirklich, das französische Volk, d. h. der Arbeiter in Paris, der Bauer der Touraine, der Fischer der Bretagne, würden zu einem Kriege Ja sagen, der um

das Lustgebilde der Revancheidee

geführt wird? Nein, das französische Volk hat einen entschiedenen Willen zum Frieden und zur Verständigung mit Deutschland. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Beides hat es bei den französischen Kammerwahlen dargetan. (Erneute lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Freilich, bei diesen Wahlen haben die französischen Nationalisten und Chauvinisten, deren Treiben wir natürlich ganz genau so verdammen wie das der Deutschen, die Hoge unserer Bedrückten, unserer Kriegsbeher, unserer Alldenklichen weidlich ausgeschlachtet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Alldenklichen, von denen Herr Professor Delbrück sagt, daß sie die wahre Gefahr für Deutschlands Zukunft seien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Gefahr hin, daß gewisse Leute nervös werden, muß ich auch sagen, daß die französischen Chauvinisten bei ihrer Agitation sehr hoch hinauf gegriffen haben. Der forsche Regimentsbefehl des schreienden Kronprinzen an sein Infanterieregiment ist wieder und wieder im französischen Wahlkampf zum Beweise dafür angeführt worden, daß Frankreich sich des Schlimmsten versehen müsse, wenn dieser

französischen Alldenklichen

einmal zur Regierung käme. (Lebhafte Rufe hört! hört! bei den Soz.) Diese Tatsache mag auch den Herren, die sich damals so aufgeregt haben, als mein Freund Dr. Franl diese Sache hier vorbrachte, zeigen, daß wir das nicht etwa getan haben in irgendeiner stolzen Absicht, um den Kronprinzen zu beleidigen, sondern weil wir sofort erkannt haben, daß solche Kundgebungen geeignet sind, eine Trübung der Beziehungen zu unseren Nachbarlande herbeizuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf der anderen Seite haben die demokratischen Elemente die Verständigung mit Deutschland geradezu in den Vordergrund des Wahlkampfes gestellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) An den Wahlen von Paris sah man ein 1/2 Meter langes Plakat, auf dem es hieß: Der Weltfrieden wird erst durch die deutsch-französische Annäherung gesichert sein. Die Anwendung; die nächste französische Kammer muß eine der deutsch-französischen Annäherung günstige Mehrheit haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Mann wie Cailaux hat im Wahlkampf immer wieder betont, daß er nur deshalb angefeindet werde, weil er während der Parokrisie den Frieden mit Deutschland gewollt und aufrechterhalten habe. Er ist wiedergewählt worden! Vor allem aber lautete das Wahlprogramm der sozialistischen Partei:

Wegen die dreijährige Dienstzeit, gegen die Revancheidee, für die deutsch-französische Freundschaft, für den Völkerfrieden!

Der glänzende Erfolg, den unsere französischen Parteifreunde erlangen haben, beweist, wie ehedem das französische Volk mit dieser Lösung ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So sind auch die arbeitenden Massen des deutschen Volkes einig geworden, durchdrungen von der Begeisterung für die deutsch-französische Freundschaft, nicht wie neulich der Herr Kriegsminister gemeint hat, aus dem Gefühl des verschwommenen Weltbürgertums heraus, sondern in der klaren Erkenntnis, daß diese Freundschaft und weiterhin der Dreibund des deutschen, des französischen und des englischen Volkes die sicherste Grundlage für den Weltfrieden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat im Zusammenhang mit der Hoge gegen die Fremdenlegion ein französisches Nationalistenblatt, das „Echo de Paris“ gesagt: „Die französischen Sozialisten bezogen die Unwissenheit der Arbeitermassen, um ihnen ein ebenso phantastisches wie gefährliches Bild von Deutschland und Europa zu entwerfen; sie stellen das deutsche Volk als geneigt hin, uns die Hand entgegenzustrecken und vergessen hinzuzufügen, daß dieses Volk in der Politik keine entscheidende Rolle spielt“. Wertwürdigerweise hat ganz ähnlich Graf Westarp vor kurzem außerhalb des Hauses wogierend von den Sozialdemokraten als von einer Partei gesprochen, die in der auswärtigen Politik keinerlei Einfluß habe. Nun, die Millionen, die hinter uns stehen, die Millionen, in deren Namen und Auftrag ich hier spreche, sind doch die ultima ratio jeder auswärtigen Politik. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mögen die herrschenden Klassen mit dem Säbel rasseln, die deutsche Arbeiterklasse ruft lauter denn je ihren Willen zum Frieden nach Frankreich hinüber, und wenn ein Wort im 18. Jahrhundert einmal sagt: „Es gibt keine Präventivkriege“, so wird man im 20. Jahrhundert dieselbe sagen:

Es gibt keine Vorgesetzten mehr als trennende Barriere zwischen Deutschland und Frankreich.

Denn in beiden Ländern sind die Massen unerschütterlich von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das, was uns trennt, nicht ist, als ein paar buntbemalte Grenzpfähle, die sich in wenigen Augenblicken herausreißen lassen, daß aber das, was uns eint und bindet, keine Macht der Welt aus unserem Herzen herauszureißen vermag, nämlich das Gefühl der internationalen Solidarität der beiden großen Kulturvölker. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In diesem Sinne, im Sinne der heiligen Allianz der Völker, von der schon Heinrich Heine schwärmte, gilt es, dem Frankreich der arbeitenden Massen, dem Frankreich des Friedenswillens, dem Frankreich der Verständigungsbereitschaft, aus dem es zu uns herüberhallt: „Es lebe Deutschland!“ werde ich schließen mit dem Rufe: „Vive la France!“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten, lauten rechts, erneuter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Frankreich, das der Redner der Sozialdemokratie hochleben liebt, schärft mit seinem Gelde das russische Schwert. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Das ist das Herikal-lapitalistische Frankreich, nicht das Frankreich der Arbeit und der Demokratie!) In seinen weiteren im Zusammenhang vielfach unverständlichen Ausführungen sucht der Redner die letzte Herrschervermehrung als unbedingt notwendig für die Erhaltung des europäischen Friedens nachzuweisen. Der Schwerpunkt der deutschen Weltpolitik muß immer in der Behauptung der deutschen Vorherrschaft in Europa liegen. In Kleinasien müssen wir — möglichst in Gemeinschaft mit England — für freie Bahn für unsere wirtschaftlichen Interessen sorgen. — Redner verbreitet sich in teilweise unverständlich bleibenden Ausführungen über Deutschlands Interessen auf dem Balkan, die nur wirtschaftlicher Natur seien, über die Notwendigkeit der Autonomie Albaniens, dieses „alten Grenzgebietes zwischen der Kultur des Ostens und der des Westens“ und über den Dreibund. — Auf das entscheidende ist es abzulehnen, daß fortgesetzt von einem unüberbrückbaren Interessengegensatz zwischen England und Deutschland gesprochen wird. Vielmehr ist die Interessengemeinschaft zwischen beiden Ländern weit größer als der Interessengegensatz. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Beide Länder sind also weit mehr darauf angewiesen, sich zu verständigen, als sich zu bekämpfen. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) — Redner verbreitet sich — wieder völlig unverständlich — über die römische Frage, die in keiner Weise die Stellung des Zentrums zum Dreibund beeinflusse. — Der Redner erläutert dann unsere Handelsbeziehungen mit England, Amerika und anderen Ländern, bleibt aber im Zusammenhange gänzlich unverständlich.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (natl.):

Aus dem Expose des Grafen Berchtold haben wir ersehen, daß Oesterreich-Ungarn freundschaftliche Beziehungen zu Russland, ausgerechnet zu Russland unterhält. Wenn dem so ist, kann es uns nur freuen. In den Bemühungen, freundschaftliche Beziehungen zu England zu unterhalten, dürfen wir nicht nachlassen. Ein Krieg mit England wäre

ein Verbrechen und ein Unfug.

Geleis wollen wir England nicht nachlaufen; das verlangt aber auch niemand. Dagegen kann und soll uns ein enges freundschaftliches Band verbinden. Auch mit Russland können wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Man darf die Auslassungen der russischen Presse nicht für Auslassungen der Regierung nehmen, es ist keineswegs zutreffend, daß in Russland alles nur par ordre du moulti geschieht und die Presse nur die Stimmung der Regierung wiedergibt. Wirtschaftliche Gegensätze, die zum Kriege führen könnten, haben wir mit Russland nicht. Bei einem Kriege könnte keine der beiden Nationen etwas gewinnen, auch im Falle des Sieges nicht. — Am Balkan wollen wir die Erhaltung der Türkei. Die Friedensstörer sollten von den Großmächten energisch zur Ruhe gezwungen, die übermäßigen Ansprüche der Griechen sollten zurückgewiesen werden. Wenn man Albanien schuldig preisgeben will, wäre es besser gewesen, ihm nicht erst die Selbständigkeit zu geben. — Einer der Vorgesetzten hat diese Worte verlassen mit dem Rufe: „Vive la France!“ Ich zweifle, ob er seiner Sache damit genügt hat. Herr Wendel wies auf die zunehmende deutsch-französische Strömung in Frankreich hin. So sind denn dementsprechende Aeußerungen bei hervorragenden Franzosen? Herr Barthou sagte, eine Annäherung an Deutschland sei nur möglich, wenn Frankreich als Großmacht abdankt. Herr Clemenceau sprach jüngst von der Volkstugend und dem Wohlwollen der Deutschen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die sind nicht das Volk; denken Sie doch an die Fortschritte der Sozialisten.) Gewiß wünschen die Sozialisten in Frankreich den Frieden, aber die von mir angeführten Aeußerungen hervorragender französischer Politiker beweisen doch, daß eine solche Friedensstimmung in Frankreich nicht allgemein ist. Wir treiben keine Kadelpolitik gegen Frankreich und wollen seine Weltmachtstellung nicht bedrohen. Es wäre sehr zu wünschen, daß Frankreich diese Bestimmung Deutschlands anerkennt. Dasselbe wären wir dem Staatssekretär, wenn er Mitteilungen über die Instruktionen unserer Delegierten zur Haager Konferenz machte. Wie steht es mit der Frage des Seebeuterechts? Interessant wäre es auch, etwas über die Stellung unserer Regierung zum Schiedsgerichtsabkommen zu erfahren. Die Bewegung für die Schiedsgerichte ist in Deutschland sehr lebhaft. Für die Vorbereitung der dritten Haager Konferenz, die frühestens 1916 stattfinden wird, sind in den verschiedensten Ländern Studienkommissionen einberufen worden. Dasselbe sollte auch in Deutschland geschehen.

Staatssekretär v. Jagow:

Sir Edward Grey hat eine veränderte Stellung Englands zum Seebeuterecht in Aussicht gestellt, sie aber an eine große Reihe von Bedingungen geknüpft, die noch näher geprüft werden müssen.

Abg. Gothein (Sp.):

Die fortbauenden Rüstungen müssen die Völker arm machen. Amerika dagegen erhebt sich friedlich, weil es eine solche Rüstung nicht braucht. In dieser wirtschaftlichen Uebermacht liegt die eigentliche amerikanische Gefahr. Um ihr zu begegnen, müßten Deutschland und Frankreich zu einer Verständigung kommen. Herr Wendel freilich mit seinem Ueberdramatismus und seinem Rufe Vive la France! hat allerdings der Sache keinen Dienst geleistet. Die Chauvinistenpresse beider Länder arbeitet sich in die Hände. Das sollte der Staatssekretär nicht vergessen und nicht Wendungen gebrauchen, die als

Ermunterung der Chauvinisten

aufgefaßt werden könnten. — Der Geschäftsführer der Großen Kunstausstellung hat an den Vertreter einer großen französischen Zeitung einen Brief gerichtet, in dem er es für überflüssig erklärt, daß in französischen Blättern über diese Ausstellung berichtet wird. Ein tölpelhafteres Schreiben ist kaum denkbar, und der Vorstand der Kunstausstellung wird diesen Geschäftsführer sicherlich desabonieren. — Es war die Rede auch von der Friedensliebe Russlands. Jedensfalls sind auch gegenseitige Unternehmungen vorhanden, die gerade in einem absolutistischen Staat sehr gefährlich werden können. Die Rüstung gegen uns in Russland ist durch unsere Handelspolitik genährt worden. Unsere Finanzpolitik, die eine Befestigung russischer Werte ablehnt, hat Russland in die Arme Frankreichs getrieben. Wir sollten eben nicht vergessen, daß der Welt guter neutraler ausländischer Werte in Krisen- und

Kriegszeiten ebenso viel wert ist, wie ein Metallkug. Wir müssen überall eine offene Tür haben, und die Politik der offenen Tür ist die der Weltbegünstigung. Eine solche gibt es aber nicht in Gebieten, auf die Russland und Japan die Hand legt. Auch die französischen Kolonien begünstigen das Mutterland mehr. Auch daran haben wir wie alle europäischen Staaten ein Interesse, daß die Amerikaner aus Mexiko nicht ein zweites Kuba machen. Die Ausdehnung der Kontraktindustrie auf das wirtschaftliche Gebiet wäre sehr gefährlich. — Das unsere Konvulse so wenig erfolgreich sind, mag an der Zusammenziehung des Beamtenkorps liegen. Im auswärtigen Dienst sind beschäftigt 8 Fürsten, 29 Grafen, 20 Barone, 34 Herren vom gewöhnlichen Adel und ganze 11 Bürgerliche. (Hört! hört!) Vor und während des Balkankrieges haben unsere Diplomaten verfaßt, weil sie sich zu sehr im Schlepptau Oesterreichs befanden.

Trotzdem bin ich mit allen meinen Freunden ein warmer Anhänger des Dreibundes mit dem Ziele des Friedens. Aber bei einem so engen Verhältnis soll kein Staat ein Extratour tanzen; eine solche war von uns der Gang: caa Agadir, caa Oesterreich die Amerikaner Posten und der Herzogin. Wir haben starkes Interesse an der Aufrechterhaltung der Türkei, mindestens bis es gelingt, das Schwarze Meer und die Dardanellen zu neutralisieren. — Mit England müssen wir ein freundschaftliches Verhältnis haben, der deutsch-englische Gegensatz ist ein Kulturgegenstand. Die Konservativen haben so etwas wie eine

Erbfeindschaft gegen demokratisch regierte Länder,

und das führt sie zur Feindschaft gegen England. Eine unabhängige Politik ist eine Politik der Verständigung, deshalb brauchen wir internationale Verträge, internationale Recht und internationale Schiedsgerichte. Wir können nur wünschen, daß das Haager Schiedsgericht immer weiter ausgebaut wird. Wir hoffen, daß es gelingen wird, über die Frage des Seebeuterechts zu einer Verständigung zu kommen. Eine auswärtige Politik kann nur Erfolg haben, wenn sie Vertrauen im Ausland genießt. Das Vertrauen zu unserer Politik ist ja gewachsen. Aber eine Rastpolitik im Innern kann nach außen kein Vertrauen erwecken. Ein Vorfall, wie der in Zabern, muß im Auslande den Eindruck erwecken, daß nicht das friedliebende Volk, nicht der Reichslandtag unsere Politik machen, sondern eine kleine Clique im preussischen Landtage, die mit ihrer Vorkriegspolitik, ihrer Außenpolitik, ihren Mißgriffen in Maß-Lothringen und überall Sympathien verliert. Wir fördern das Ansehen Deutschlands im Auslande durch nichts besser als dadurch, daß wir die Reaktion in der inneren Politik bekämpfen und für eine freie politische Entwicklung des Deutschen Reiches sorgen. (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär v. Jagow

protestiert dagegen, daß ihm die Förderung chauvinistischer Aeußerungen nachgesagt werde. Er habe lediglich gesagt, daß die heftige Sprache der ausländischen, z. B. der russischen Blätter, als natürliche Reaktion scharfe Antworten seitens der deutschen Presse hervorgerufen haben. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Dertel (L.):

Den Worten des Staatssekretärs kann ich nur beistimmen, um so mehr, als vermutlich Herr v. Jagow die russische Presse besser kennt, als Herr Gothein (Sehr richtig! links.) Die Resolution des Haushaltsausschusses, betreffend die bessere Ausbildung der Diplomaten, scheint mir denn doch gar zu sehr ins Einzelne zu gehen. Wir sollten uns doch halten, hier von der Tribüne des Reichstages herabsehende Bemerkungen über die Politik befreundeter Reiche zu machen. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Redner verbreitet sich über die deutschen Interessen in Marokko, Mexiko, China. Das ist aus Ihrer (zu den Sozialdemokraten) gerühmten Hinesiden Republik geworden! (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Bei der Revision des Bukarester Friedens hat Deutschland gezeigt, daß es sich keineswegs ins Schlepptau der österreichischen Politik nehmen läßt. — Zu Frankreich wünschen auch wir gute Beziehungen. Aber die französische Presse sündigt weit mehr als die deutsche. Wenn in unseren Augen ein kleiner Splitter vorhanden ist, ist dort ein großer Balken. Chauvinismus ist demselben Feindes feind, von dem guten Chauvinismus, dem Nationalgefühl, könnte man den Deutschen sogar mehr wünschen. (Sehr richtig! rechts.) Die Fremdenlegion ist keine Ehre für ein Kulturvolk und wir haben allen Anlaß, unsere Staatsangehörigen davor zu bewahren.

An Russland gefällt mir manches.

Aber die Einführung des Getreide- und Mehlzölles für Russland und Finnland ist eine Unfreundlichkeit und bei Finnland verdrängt sie sich auch nicht mit dem Handelsvertrag. — Wenn unsere Beziehungen zu England freundschaftlicher geworden sind, sollten wir beruhigen, endlich die Entschädigung für die im Burenkrieg geschädigten Deutschen zu erhalten.

Wir sind bereit zum Frieden; wir müssen aber auch gerüstet sein zum Kriege immerdar! (Bravo! rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Sp.):

Der Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland beherstet die Weltpolitik und wird immer schärfer. Wir können nicht so leicht unpolitische Ausgaben sparen wie die Vereinigten Staaten, das liegt an unserer geographischen Lage. Nur keine Illusionen! Klarer Erkenntnis wie Bismarck! Träumereien über die Friedensliebe der anderen Völker können uns nur schaden! Den Zukunftstaat würden seine Nachbarn rasch aufstreifen.

Unterstaatssekretär Zimmermann:

Die französische Regierung hat aus eigenem Antriebe junge Leute unter 21 Jahren von der Fremdenlegion ausgeschlossen. Der Fremdenlegionär, der angeblich von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt wird, ehe er wegen seiner Jugend freigelassen wird, ist ein Dieb, dessen Auslieferung wir verlangt haben und der nun natürlich auf dem gewöhnlichen Strastransportwege an die Grenze zurückgebracht wird. (Hört! hört! links.) Der deutsche Handel nach China ist bisher noch gering. Die deutschen Industriellen werden erhöhte Anstrengungen machen und vor allem einheitlich vorgehen müssen. Die Amerikaner könnten ihnen darin Vorbildlich sein. Auch durch Finanzierungen müssen wertvolle Konzessionen erworben werden. Der deutsche Kaufmann muß sich mehr als bisher als Bahnbrecher der deutschen Ware fühlen. Dazu müssen sie freilich vor allem die Sprache des Landes sprechen. Die Reichsregierung ist jedenfalls bereit, in China alles zu tun, um der deutschen Industrie und dem deutschen Handel die gebührende Stellung in China zu erwerben. (Beifall.)

Abg. Kamm (Wirtsch. Pgg.):

Die christlichen Völker haben die Erde unter sich aufgeteilt. Darum verdienen auch die christlichen Armenier besonderen Schutz. Was hingegen mit den Juden in Rumänien und Russland getrieben wird, acht uns nichts an, das ist eine innere Angelegenheit dieser Länder. Auch dem weltberührenden Herrn Berliner ist in Russland nur recht geschehen. Der Abg. Wendel ist ein französischer Surrapatriot. Er liebt nur das Frankreich der Marat und Danton und die französischen Revolutionen. Er hat ja auch Gedichte gemacht, daß er jedem Kerl mit einem Phlegmegericht die Faust in den Bauch rennen wolle. Herr Wendel ist unzufrieden mit der deutschen Regierung und sagt deshalb: Vive la France. Hoffmann v. Fallersleben sprach anders, er sang:

„Deutschland, Deutschland über alles“.

(Beifall rechts.)

Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr pünktlich. (Kleine Anfragen, Fortsetzung, Etat des Reichslandtags.) Schluß 7 Uhr.

# Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung: Donnerstag, den 14. Mai 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Lenke.

Der Etat des Landtags wird mit einer Resolution zugunsten der Gleichstellung der Landtags- mit den Reichstagsbeamten und Erhöhung ihrer Remunerationen ohne Debatte angenommen.

Auch über die Staatsmittel betreffend die innere Kolonisation findet auf Vorschlag des Berichterstatters keine Debatte statt, wodurch Abg. Hofner (Soz.) an den von ihm beabsichtigten Ausführungen verhindert wird.

Es folgt der Etat des Finanzministeriums, und zwar die

## Altpensionärfrage.

Die Budgetkommission beantragt hierzu, daß die Regierung aufgefordert werde, die Bezüge der Altpensionäre und ihrer Hinterbliebenen gesetzlich zu regeln, so daß den Altpensionären ohne besonderen Antrag eine Zulage gewährt wird, die einen Ausgleich zwischen der früher geltenden und den jetzigen Pensionen darstellt. Ein völksparteilicher Antrag erucht um Vorlegung eines Gesetzentwurfs auf Erhöhung der Ruhegehälter der Altpensionäre.

Abg. v. Gohler (f.)

Begründet den erstgenannten Antrag.

Finanzminister Dr. Lenke:

Die Regierung ist außerstande, einen solchen Gesetzentwurf einzubringen. Die Verhältnisse liegen in Preußen anders als im Reich; denn wir haben Fonds, um die Altpensionäre zu unterstützen. Das haben wir auch immer getan, wenn es nötig war. Schematische Regelung ist nicht möglich, das würde 48 Millionen Reichsmark kosten, wenn die Altpensionäre den Neupensionären gleichgestellt werden sollten. Die Altpensionäre werden jetzt bei jeder Pensionzahlung darauf hingewiesen, daß sie Unterstützungen erhalten können. Bei der Ermittlung der Bedürftigkeit wird das Ehegattentheil der Altpensionäre gespart. Aber die Würdigkeit muß doch geprüft werden, denn man kann doch nicht z. B. einen Säugling noch besonders unterstützen. Politische und religiöse Momente kommen natürlich nicht in Betracht.

Abg. v. Haagen (Z.)

berlangt schonende Behandlung der Altpensionäre.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.)

tritt für den Antrag der Budgetkommission ein.

Abg. v. Darnow (ff.)

ebenso, wobei er Kritik an der Ermittlung der Würdigkeit übt.

Abg. Delius (Sp.)

Die Würdigkeit wird nach den geheimen Personalakten geprüft!

Abg. Strübel (Soz.)

Es handelt sich hier um einen moralischen Rechtsanspruch der unabweisbar gesetzlich festgelegt werden soll. Der einstimmige Beschluß der Budgetkommission hat allerdings auf den Finanzminister keinen Eindruck gemacht, obgleich man doch meinen möchte, daß die Regierung sich schon viel früher entschließen haben sollte, den oftmals wiederholten Wünschen des Hauses Rechnung zu tragen. Nur die Konterpartien haben früher gegen die gesetzliche Festlegung des Rechtsanspruchs der Altpensionäre gestimmt. Auch jetzt werden die Altpensionäre nach lange warten müssen und davon ist der Landtag schuld; wenn er es nur energischer gefordert hätte, wäre man ihm schon entgegengekommen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die zahlreichen Beschwerden und Petitionen von Altpensionären beweisen, daß nicht mit aller Schonung vorgegangen wird und daß die Verwaltungsmaßnahmen die Härten nicht beseitigt haben. Die Prüfung der Würdigkeit ist etwas Veiidigendes und außerdem kann sie ja auch auf die

## Würdigkeit in politischer Beziehung

erstreckt werden. (Widerpruch rechts.) In einem Staate, wo einem Mann die sittliche Qualifikation zum Einjährig-Freiwilligen ab-erkannt wird, weil er Sozialdemokrat ist, ist es etwas auch auf diesem Gebiet möglich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Um der Regierung aber solche Möglichkeiten zur Gefinnungs-schwäche zu nehmen, muß von Anfang an der gesetzliche Rechtsanspruch festgelegt werden. Die Rechnung des Finanzministers von den 48 Millionen hat gar keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit. In Wirklichkeit werden die Kosten viel geringer sein und außerdem beweist ja das, was bisher über die Erträge der Wehrsteuer bekannt geworden ist, die Sicherheit eines erheblichen Mehrertrages auch der Einkommensteuer. Die Mittel sind also vorhanden, die Forderungen berechtigt und sollte die Regierung trotzdem dem Wunsch des Hauses sich entgegenstellen, dann muß das Haus eben Zwangsmassnahmen ergreifen, um die Regierung zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Sonst wäre der Beschluß des Hauses nur der Versuch einer platonischen Verschönerung der Beamten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlusantrag wird angenommen.

Abg. Wiesberts (Z.)

Bedauert, jetzt nicht mehr die Notlage der Altpensionäre schildern zu können.

Der Antrag der Budgetkommission wird gegen wenige Kon-servative angenommen.

Es sollen nunmehr verschiedene Anträge auf Erhöhung des Dienstverdienstes der Beamten beraten werden. Vorher richtet Abg. v. Zedlitz (ff.) an den Finanzminister die Frage, ob die Staatsregierung noch auf die Verabschiedung der Besoldungsvorlage Wert lege, was der Finanzminister entschieden bejaht. In der anschließenden Geschäftsordnungsdebatte appelliert

Abg. Dr. Paduise (Sp.)

an das Herrenhaus, dann die Besoldungsvorlage auch noch vor der Sommerpause zu verabschieden.

Gegenüber einer Bemerkung des Abg. Dr. v. Heydebrand (f.) über lange Reden usw. fordert Abg. Dr. Paduise (Sp.), daß die seit Monaten zurückgestellten Beamtenfragen in genügender Ausführlichkeit besprochen werden können.

Bei der allgemeinen Finanzverwaltung verbreitet sich

Abg. Kovich (Sp.)

über die Zustände bei den kaiserlichen Theatern, zu denen der Staat 14 Millionen zuzieht. Die Billets sind aber noch immer sehr teuer, der Spielplan ist einseitig; bei den Engagements sollten die Wünsche der Presse mehr berücksichtigt werden; der Billetthandel ist ein arges Uebelthun; der Bühnenverein sollte mit der Bühnengenossenschaft mehr zusammenarbeiten und seit Rudolph Weggang fehlt es der Berliner Hofoper an einem Oberhaupt von Bedeutung.

Abg. Dr. Lehn (natl.)

hält die Kritik des Redneres nicht für berechtigt. Es gibt doch auch billige Volksvorstellungen. Gleich und Strauß sind doch auch Kapellmeister ersten Ranges. Der Streit zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft gehört nicht hierher.

## Zweite Lesung des Krankenkassenbeamtengesetzes.

Abg. Braun (Soz.)

Dieses Gesetz ist überflüssig, man könnte den Kassen-vorständen selbst überlassen, die Disziplinarverhältnisse ihrer Ange-stellten zu regeln. § 34 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß eine religiöse oder politische Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und die Ausübung des Vereinsrechts, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, nicht gebindert werden dürfen und an sich nicht als Grund zur Kündigung oder Entlassung gelten. Die Vorlage unterstellt diejenigen Angestellten, denen durch die Behörde Beamtenqualifikation beigelegt ist, dem Disziplinargesetz. Die Beamteneigenschaft wird diesen An-gestellten oft gegen ihren Willen übertragen. Warum soll man nicht auch sie für ihre politische Betätigung außerhalb des Dienstes völlig verantwortungsfrei lassen? Wir beantragen daher, daß alle Angestellten und Beamten für ihre außerdienstliche Betätigung nicht zur Verantwortung gezogen werden können, während das Disziplinargesetz, das nun auf diese Be-amten angewandt werden soll, häufig genug zur Verfolgung politisch-mißliebiger Beamten mißbraucht worden ist, und zwar auch gegen Zentrumskräfte im Kulturkampf, gegen Fortschrittler und im Üben sogar gegen Nationalliberale. Was hat das politische oder religiöse Verbot mit der Dienstpflicht zu tun? Man sagt, zu den Be-amtensrechten müßten auch Pflichten kommen. Wie aber ein jeder Staatsbürger seine Pflichten gegen Staat und Gesellschaft erfüllt, ist seine Sache und kann ihm nicht vorgeschrieben werden. Die politische und religiöse Überzeugung wird nicht mit der Arbeits-kraft dem Arbeitgeber verkauft. Nun beantragen ja auch die Fort-schrittler, daß außerdienstliche religiöse oder politische Betätigung und die Ausübung des Vereinsrechts, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, nicht gebindert werden dürfen und nicht als Gründe der Kündigung oder Entlassung gelten. Das Disziplinar-gesetz sieht aber auch Geldstrafen und sonstige andere Dis-ziplinarstrafen vor, und deshalb ist der fortschrittliche An-trag unzulänglich. Wir beantragen weiter, daß die Befugnis, Ord-nungsstrafen zu verhängen, den Dienstvergehen der Be-amten übertragen werde, während der Entwurf, das Strafrecht bis zu 90 M. den Kommunalbehörden, Bürgermeister und Landrat, gibt. Am ehesten kann aber der Kassenvorstand beurteilen, ob der Beamte durch sein Dienstvergehen gegen die Zahlung und Ordnung der Kasse verstoßen hat. Die Kommunalbehörden stehen diesen Dingen zu fern. Gibt man den Kassenvorständen das Strafrecht, so wird das Gut und Wider von Arbeiter- und Unternehmerver-tretern geprüft.

In der Kommission hat man Mißtrauen gegen die Kassen-vorstände geäußert, u. a. deshalb, weil in der Provinz die Krankenkassen ein gewisses Maß wegen seiner Zugehörigkeit zum Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gemäßigert worden sei. Er ist aber in der Tat wegen anderer schwerer Pli-cht-vergeßlichkeiten entlassen worden, was auch vom Gericht an-erkannt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Fall kann als das Vertrauen, daß die Kassenvorstände richtig vor-gehen würden, nur stärken. Die Befugnisse der Selbstverwaltungs-körper der Krankenkassen sind ohnehin schon genug be-schränkt. Die Berufung gegen die Strafen sollen an den Bezirks-ausschuß und den Provinzialrat gehen. Warum soll man die Ver-waltungsgerichte noch mehr überlasten, und zwar mit Dingen, die ihnen fern liegen? Wir beantragen daher, das Ver-fie-

rungsamt und Oberberufungsamt an ihre Stelle zu setzen. Bestimmt erwarre ich die Annahme unseres Antrages auf

## Ausschließung von Arreststrafen

für die Krankenkassenangehörigen. Hat doch selbst 1849 die Regie-rung diese Arreststrafen für Beamte gar nicht vorgegeben, sondern erst der reaktionäre Landtag sie eingeführt, weil Geldstrafen die schlecht bezahlten Unterbeamten zu schwer treffen würden! Das Haus hat schon oft die Befreiung dieser Arrest-strafen gerordert. (Dies tut auch eine jetzt eingebrachte frei-konserervative Resolution.) In der Bau-, Berg- und Justizverwaltung und bei den Oberzolldirektionen wird die Arreststrafe längst nicht mehr angewandt, trotzdem hält die Regierung noch an dieser ver-altetten Bestimmung fest. Benützen wir daher die Gelegenheit, den ersten Schritt zu ihrer Befreiung zu tun. Ohne gerichtliches Ur-teil dürften Freiheitsstrafen überhaupt nicht verhängt werden. Die freikonserervative Resolution bringt uns nicht weiter. Hier kommen ja auch keine militärisch organisierten Unterbeamten in Frage, o-gleich auch für diese die Arreststrafen abgeschafft werden müßten. Wenn es Ihnen mit Ihren oftmaligen Beschlüssen gegen die Arrest-strafen ernst ist, dann stimmen Sie unserem Antrag zu! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Fleisch (Sp.)

begründet den vom Vorgesprochenen bereits erwähnten fortschrittlichen Antrag, auf den man verzichten würde, wenn die Regierung seinen Inhalt als geltendes Recht anerkennen würde.

Ein Regierungskommissar wendet sich gegen alle An-träge, auch gegen den fortschrittlichen. Man dürfe die Kranken-kassenbeamten nicht anders stellen, als die anderen Gemeinde-beamten. Der Antrag gegen die Arreststrafen ist überflüssig, denn Unterbeamte werden bei den Kassenkassen kaum in Frage kommen.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.)

lehnt die Anträge der Sozialdemokraten und Fortschrittler ab, da die Vorlage keinen Anlaß zu Bedenken gebe und die richtigen In-teressen für das Verhalten bestimmen. Notgedrungen müßen wir auch für die Arreststrafen stimmen, werden aber für die Reso-lution gegen die Arreststrafen überhaupt stimmen.

Abg. Gronowski (Z.)

Wenn der Kassenvorstand seinen Angestellten Beamteneigenschaft geben kann, so kann ein gutes Gewissen nichts darin finden, daß der Staat ihnen auch Beamtenpflichten auferlegt. Wir stimmen für die sozialdemokratischen und freikonservativen Anträge über die Arreststrafen, mit denen nicht Beamte zur Staatsstreue erzwogen werden können. Den fortschrittlichen und die übrigen sozialdemo-kratischen Anträge lehnen wir ab. Der fortschrittliche Antrag ist zu beharrlich; da könnte ja ein Anarchist oder ein radikaler Agi-tator der Gotteslegnung Krankenkassenbeamter sein. In solchen Fällen haben wir kein Vertrauen, daß sie die Kassen-geschäfte richtig besorgen würden. Die Vorlage ist ein Schutz gegen Mißbrauch der Kassen, wir nehmen sie an. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Zedlitz (ff.)

Ausnahmen vom sonstigen Disziplinarrecht sind für die Krankenkassenbeamten nicht angebracht. Deshalb lehnen wir alle sozialdemokratischen Anträge ab, mit Ausnahme desjenigen, der die Arreststrafen beseitigen will, für den wir in der Mehrzahl stimmen; denn er dient unserem Ziel, die Arreststrafen für alle Beamten zu beseitigen.

Abg. v. d. Osten (f.)

bestimmt den fortschrittlichen Antrag mit dem gleichen Argument wie der Regierungskommissar. Gegen die Arreststrafen sind auch wir, sollen es aber nicht für richtig, sie gerade für einen Teil der Beamten zu beseitigen.

Ein Schlusantrag wird angenommen. Unser Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge gegen die Sozialdemokraten, der fortschrittlichen Anträge gegen die Sozialdemokraten und Fortschrittler, Annahme des sozialdemokrati-schen Antrages auf Ausschluß von Arreststrafen (gegen die Kon-servativen und einige freikonserervative) und der freikonservativen Resolution gegen die Arreststrafen für Beamte überhaupt, wird die Vorlage mit der Aenderung wegen der Arreststrafen in zweiter Lesung angenommen.

Der Präsident tritt in die dritte Lesung ein und leitet, da sich niemand zum Wort meldet, die Schlusabstimmung ein. Dies wird aber nicht verhandelt, worauf der Präsident auf Ersuchen des Abg. Waldstein (Sp.) nochmals in die allgemeine Beratung zur dritten Lesung eintritt. Jetzt widerspricht dem Abg. Dr. von Heydebrand (f.), worauf Abg. Ad. Hoffmann (Soz.) unter Berufung auf die Geschäftsordnung der Vornahme der dritten Lesung am heutigen Tage widerspricht, da eine Veränderung statt-gefunden hat. Die Zulässigkeit des Einspruchs in diesem Stadium wird von den Rechten bestritten. Abg. Graf Wolke (ff.) bittet den Präsidenten, bei wichtigen Abstimmungen lauter zu sprechen; dieser erklärt sich bereit, die Gesamtabstimmung auf morgen aus-zusetzen.

Der Zwischenfall wird dahin erledigt, daß die Gesamtabstim-mung morgen stattfindet.

Das Haus verläßt sich. Freitag 11 Uhr: Verredigung von neuen Mitgliedern. Keine Vorlagen, Petitionen.



# Leineweber

Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6 Roßstraße 34 Fischerstr. 1.

## Sommer-Kleidung

Wasch-Sakkos  
M. 2.50 bis M. 7.50

Wasch-u. Jagd-leinene Anzüge  
M. 9.50 bis M. 32.00

Wasch-u. Jagd-leinene Joppen  
in verschiedenen Formen  
M. 1.50 bis M. 10.50

Lüster-Sakkos  
M. 3.00 bis M. 28.00

Lüster-Anzüge  
M. 25.00 bis M. 48.00

Westen-Gürtel  
Wasch-Westen  
Weisse Hosen

Tussor-Sakkos  
M. 4.00 bis M. 10.50

Tussor-Anzüge  
M. 13.50 bis M. 24.00

Sakkos rohseiden  
von M. 18.00 an

Anzüge rohseiden  
la Qualität  
M. 75.00 u. M. 90.00





**Serventour.** Ziel wird am Start bekannt. Mittags 1 Uhr: Damentour. Schöne (Wann), 1. und 2. Abt. Startstr. 74.  
**Oberhämmele.** Früh 5 Uhr nach Nebenwalde. Start: 2. Schüller, Siemensstr. 28.  
**Lichterfelde.** Sonntag, den 17. Mai: Tour nach Jossen-Treiblin. Start: 6 Uhr früh Vereinslokal. 21. Mai. Damentour: Damentour nach Hahnenow. Start: 4 Uhr früh Vereinslokal. Oberhämmele Damentour. Start: 6 Uhr früh Vereinslokal.  
**Wilmersdorf.** Sonntag, den 17. Mai, morgens 8 Uhr nach Schöne. Start: Damentour, Nebenwalde.  
**Berlin.** Jeden Freitagabend finden in Treptow Spielabende statt auf der großen Spielwiese. Start: 8 Uhr früherer Platz.  
**Freitag, den 22. Mai, abends 8 Uhr:** Große Zusammenkunft der Bahnvereine, Stralauer Straße 3. Erscheinen dringend nötig.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Groß-Berlin“.** Sonntag, den 17. Mai, früh 6 Uhr: Rund um den Schmelzsee, 45 Kilometer. Anschluss mit Viktoriapark. Start: 1 Uhr nach Komarow (Singer's Volksgarten). Anschluss Viktoriapark.  
**Dampferfahrten, Bingen, Eifel, Mosbrun.** bis zum 22. Mai beim Genossen R. Schulz, Buchdrucker Komet, Gräfstr. 63. (Preis 1,35 M.)

**Turner.**

**Turnverein „Nichte“.** 21. Mai (Damentour).  
 1. Männer-Abteilung: Spielpartie nach Rathenow. Treff: 7 Uhr Leichter Bahnhof.  
 18. Männer-Abteilung: Jinkenflug, Drieselang, Panin, Dörfcher Kränzerlauf, Weisung. Treff: 7 Uhr Bahnhof Dörfcherstraße.  
**Arbeiter-Turnerband, 4. Bezirk.** Sonntag, den 17. Mai: Bezirksturnen für Männer und Frauenabteilungen in Lindenwalde. — Die Kreis-Berliner Vereine fahren ab Berlin morgens 6.15, ab Groß-Nichte 6.25 Uhr.

**Fußball.**

Am Sonntag, den 17. Mai: N. S. U. I. Mannschaft gegen Waldmann-Lütz I. Mannschaft nachmittags 5 Uhr. Mithig, Bornharts I. Mannschaft gegen Friedrichsfelde I. Mannschaft zur Einweihung des neuen Sportplatzes.

**Märkische Spiel-Vereinigung, Bezirk Groß-Berlin.**

Am nächsten Sonntag finden folgende Spiele statt:  
 Nichte XII—S. I. B. in Pantow, Riffingen Straße; Nichte XI—Überbort, auf dem Tempelhofer Feld. Spielbeginn 5 Uhr. Nichte XVII beschließt die Fußballsaison mit einem Spiel gegen Post, Abt. 1. Vorher finden Fußball- und Stafettenlauf statt. Platz: Seehäuser, Rennbahnstr. 40, Beginn 4,3 Uhr.  
 Am Sonntag, den 24. Mai, ist das Schlußspiel um die Meisterschaft der N. S. B.

**Athleten.**

Der Sportklub „Sandow“ Friedrichshagen feiert am Sonnabend, den 16. Mai, im Conrad's Festlokal, Friedrichstr. 137, sein 6. Stiftungsfest, verbunden mit Galasportvorstellung und Ball. Freunde und Gönner unseres Sports sind hierzu freundlich eingeladen.

**Wanderrerr.**

**Deutscher Arbeiter-Wanderverein „Die Naturfreunde“.**  
 Am Sonntag, den 17. Mai, werden folgende Touren unternommen:  
**Ortsgruppe Berlin:**  
 Reichow, Rudow-See, Bientzen (Rachthof). Abfahrt Sonnabendabend Stettiner Fernbahnhof 7.45 und 9.15 Uhr.  
 Forst, Schmin, Groß-Aren (Jellings). Nachtour. Abfahrt Sonnabendabend Bahnhof Charlottenburg 8.54 Uhr.  
 Wandlitz, Kollendorf, Sandlitz. Abfahrt Stettiner Vorkorbahnhof 1.48 Uhr vorm. (Kleinbahn-Rohlfeld umsteigen).  
 Reichow, Kottenfleiß, Oberwalde. Abfahrt vom Stettiner Fernbahnhof 5.59 Uhr vorm.  
 Herber, Schmelz-See, Rixdorf. Abfahrt vom Potsdamer Fernbahnhof 6.45 Uhr vorm.  
 Alt-Lüdersdorf, Lornow, Bogelhang. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 5.42 Uhr vorm.  
**Baldmannslust, Hermsdorf, Tegel.** Abfahrt vom Stettiner Vorkorbahnhof 1.30 Uhr nachm.  
**Rindertour.** Friedrichsfelde, Dirshagen. Treffpunkt Bahnhof Frankfurter Allee 1/2, 1/3 Uhr vorm.  
**Ortsgruppe Neukölln:**  
 I. Bernau, Liepnitz. Abfahrt Bahnhof Neukölln 5.28 Uhr vorm., Stettiner Vorkorbahnhof 6.05 Uhr.  
 II. Nachmittags-tour. Schmöwitz, Friedrichshagen. Treffpunkt 12 Uhr mittags Bahnhof Neukölln.  
**Ortsgruppe Steglitz:**  
 Nachtour. Storkow, Springlee, Scharmützlee. Abfahrt Gültiger Bahnhof Sonnabend 10.40 Uhr abends.  
**Ortsgruppe Friedrichshagen-Rödenitz:**  
 Friedrichshagen, Rönchshof, Dahlenitz. Treffpunkt Bahnhof Friedrichshagen 1 Uhr mittags.  
 Gäste stets willkommen.  
 Zu Bingen finden drei bis vier mehrtägige Gesellschaftsfahrten nach Hagen und in die Schifflinger Schweiz statt. Ausführliche Programme und Teilnehmerlisten sind zu haben bei Heide, Wagenstr. 19; Kruse, Mariannenstraße 11, und Blasenlein, Schillingstr. 17/18.  
 Schluß der Kartenausgabe am 20. Mai. — Näheres siehe Inserat am Sonntag.

**Arbeiter-Wanderverein Berlin.** Sonntag, den 17. Mai: Wanderfahrt nach Lützen—Gamenlee—Gamengrund—Keffelsee—Wiesdorfer Köhle—Jägersee—Böhlke—Annatal—Strandberg. Abfahrt 5.30 Briesener Bahnhof. Weglänge circa 23 Kilometer. Gäste willkommen.  
**Wandlung, Pfingstfahrten.** Gäste und Mitglieder, welche an unserer Wandlung (Nachmittag 12 Uhr) und der Wanderfahrt durch das gesamte Teilnehmerwesen wollen, werden gebeten, zu der heute abend 8 1/2 Uhr bei Köhlisch, Staliger Str. 22, stattfindenden Sitzung zu erscheinen.  
**Donnerstag, den 21. Mai:** Geologisch-prähistorische Studienfahrt. Abfahrt 4.16 vom Schlesischen Bahnhof bis Rixdorf. Wanderung zum Bräuersee und Radlauer See. 11.47 Weiterfahrt nach Frankfurt (Stadtbefestigung)—Bismühle—Steile Wand. Einführungsbesprechung zu dieser Fahrt am Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Köhlisch, Staliger Str. 22. Gäste willkommen.

**Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“.** Ortsgruppe Berlin (Mitglied der Zentralkommission für Sport und Körperpflege).  
 Sonntag, den 17. Mai, Wanderungen:  
 1. Reichow, Kottenfleiß, Reichow. Abfahrt nach Reichow Stettiner Fernbahnhof 5.59.  
 2. Oranienburg (Besichtigung der Kolonie Eden), Verlorenort, Krammen. Abfahrt nach Oranienburg a) 5.48, b) 7.36.  
 3. Ernter, Rödenitz, Ederitz, Ernter. Abfahrt nach Ernter Schlesischer Bahnhof 6.30.  
 4. Abteilung Noadil, Dangelsberg, Kalkhausen. Treffpunkt zur Abfahrt: Sonnabend, den 16. Mai, abends 8 Uhr Lehrter Stadtbahnhof.  
 Voranzeige für die Pfingstfahrten:  
 1. 30. Mai bis 2. Juni. Döbbling, Kirchhain, Bukowien, Falkenberg, Targow (necht, Niederwitz) mit der Ortsgruppe Leipzig. Abfahrt nach Kirchhain: Sonnabend, den 30. Mai Kalkbatter Bahnhof 7.10 abends.  
 2. Sprenkelstraße (4 Tage). Weiskau, Dügl, Burg, Strauß, Alt-Lüdens, Lübbenu, Grimnitz, Rogow, Lübben. Abfahrt 30. Mai nach Weiskau Gültiger Bahnhof nachm. 3.15.  
 3. Thüringer Wald (4 Tage). Rennsteigwanderung. Ottenach, Drotterode, Dörfel, Almenau. Näheres durch J. Tac, Bändelstr. 18 III.

**4. Mecklenburg (3-4 Tage).** Düllesförde, Stargard, Neu-Brandenburg, Stralsburg, Walsede, Richtenberger, Heideberg, Warkke. Abfahrt nach Düllesförde am 31. Mai früh 5.54 Stettiner Bahnhof.  
 Anmeldungen zur Tour 1 bei E. Köhlisch, Heidersdamm bei Friedrichshagen; Tour 2 bei D. Binkelmann, Libauer Str. 8; Tour 4 bei D. Berner, Lübecker Str. 4.  
 Auskneipen und Ausbeuten! — Gäste willkommen.  
 Ortsgruppe Köpenick.  
 Sonntag, den 17. Mai: Partie nach Nauenstein und Kaulsdorfer Busch. Treffpunkt 1 Uhr mittags Schloßplatz.

**Schwimmer.**

Sonntag Abenden in der 1. Gemeindefeuerwehr bei Leber's Waldschützen, Beginn nachmittags 2 Uhr.  
 Die Übungen finden bis auf weiteres wie folgt statt:  
 a) Gemeindefeuerwehr Leber's Waldschützen: Kameradeputation Dienstags und Freitags von 7-9 Uhr.  
 b) Freibad Köpenick: Damenabteilung Mittwochs von 7-9 Uhr.  
**Arbeiter-Schwimmerverein „Delphin“ Tegel.** (M. d. N.-S.-B.)  
 Donnerstag, den 21. Mai (Damentour): Abenden im Freibad Friedrichshagen. Treffpunkt morgens 8 Uhr, Gde. Teich- und Spandauer Straße, 8 Uhr 10 Minuten. Abmarsch über Seebad Teichsee.  
**Schwimmerklub „Neptun“ Weihenitz.** (M. d. N.-S.-B.)  
 Sonntag, den 17. Mai: Abenden im Seebad Weihenitz nachmittags 3 Uhr. — Donnerstag, den 21. Mai (Damentour): Abenden im Freibad Friedrichshagen. Übungsstunden Dienstag und Freitag abends 7 Uhr und Sonntag von 10 Uhr in Seebad Weihenitz.  
**Schwimmerverein „Berlin“.** (M. d. N.-S.-B.) Die II. Abt. hat ihr Abenden am 17. Mai in Seebad „Wilhelmsruh“. Treffpunkt 2 Uhr, Gde. der Bad-, Schweden- und Greizerstraße. — Donnerstag, den 21. Mai: Abenden im Freibad Friedrichshagen. Die Übungsstunden finden von jetzt ab statt Dienstag und Freitag abends 6 Uhr im Seebad „Wilhelmsruh“; für Männer, Jugendliche und Abenden Mittwoch abends 7 Uhr in der Greizerstraße.

**Arbeiter-Schwimmerverein „Berlin“.** (M. d. N.-S.-B.) Am Donnerstag, den 21. Mai (Damentour) hat die Abt. I ihr Abenden im Freibad Köpenick an der Obersee. Die Abt. II, III, IV, V haben ihr Abenden am gleichen Tage im Freibad Friedrichshagen.  
**Arbeiter-Schwimmerverein „Neukölln“, „Vorwärts“, Ober-Schöneide, Arbeiter-Schwimmerverein „Rödenitz“** haben ihr Abenden am Donnerstag, den 21. Mai (Damentour), nachmittags 2 Uhr, im Freibad Köpenick. Eintrittskarten vorher durch den Kreis-Schwimmerwart R. Richter zu besorgen.  
**Der Schwimmklub „Neptun 1891“ Vichtenberg.** hält am Sonntag, den 17. Mai, sein diesjähriges Abenden in der Badeanstalt Rummelsburger Seebad, Hauptstr. 7 ab. Da hiermit die Sommerferien ihren Anfang nehmen, finden die Übungsstunden jeden Dienstag und Freitag abends von 7 Uhr an statt.  
**Freie Schwimmer „Charlottenberg“, Arbeiter-Schwimmerverein „Vaidau“, Arbeiter-Schwimmerverein „Neptun 91“ Vichtenberg** haben ihr Abenden am 21. Mai (Damentour), im Freibad Friedrichshagen-Rachthof.

**Berliner Schwimmverein „Welle“.** Sonntag, den 17. Mai: Abenden im Freibad Friedrichshagen. Treffpunkt sämtlicher Mitglieder 7 1/2 Uhr am Schlesischen Bahnhof (Untergrundbahn). Verlammlung der Männer- und Frauenabteilung Dienstag, den 19. Mai, abends 9 Uhr bei R. Köhlisch, Köhlischstr. 61.  
 Voranzeige! Zweitägige Pfingstpartie (31. Mai bis 1. Juni) nach Oberwalde, Eberin, Goringen, Oberberg, Freienwalde. Abfahrt 1. Feiertag früh vom Stettiner Bahnhof.  
 Näheres Auskunft erteilt der Führer R. Neumann, Nichtenberg, Weiskaustraße 18.  
**Schwimmerverein „Vorwärts“ Berlin 1897.** Sonntag, den 17. Mai: Abenden der Abteilungen. Abteilung Barwalderstraße und Kollhäuser Dam nachmittags 3 Uhr im „Alten Studentenbad“, Radlborstr. 14b. Nach dem gemütlichen Beisammensein in der Badeanstalt. — Abteilung Schillingstraße nachmittags 7 1/2 Uhr im Rummelsburger Seebad, Vichtenberg, Hauptstr. 5/6. Nachfeier im Restaurant „Waldsee“. — Abteilung Greizerstraße und Oberberger Straße im Seebad. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr in Tegel, Endhaltestelle der Straßenbahn. — Gäste willkommen. — Die Übungsstunden im „Alten Studentenbad“ und im Rummelsburger Seebad finden ab 18. Mai werktäglich von 7 1/2 Uhr ab statt.

**Arbeiter-Zamariterbund, Kolonne Groß-Berlin.**  
 Lehrende finden in der nächsten Woche (Beginn 8 1/2 Uhr) statt:  
 Berlin 1. Abt. Montag, den 18. Mai, Beders Festfeld, Kommandantenstr. 62.  
 Berlin 2. Abt. Montag, den 18. Mai, Gesellschaftshaus, Schweinmünder Str. 42.  
 Berlin 6. Abt. Montag, den 18. Mai, Restaurant Gabeland, Neue Friedrichstr. 35.  
 Berlin 7. Abt. Charlottenburg, Mittwoch, den 20. Mai, Restaurant Bernide, Bismarckstraße 38.  
**Arbeiter-Zamariterbund, Kreis Brandenburg.**  
 Lehrende haben in nächster Woche, abends 8 1/2 Uhr:  
 Spandau, Mittwoch, den 20. Mai, bei Danneberg, Pöhlendorfer Straße 5.  
 Mariendorf, Mittwoch, den 20. Mai, bei Fernig, Wankuffelstraße 45.  
 Rowawes, Dienstag, den 19. Mai, in der Fortbildungsschule, Friedrichshagen, Donnerstag, den 21. Mai, Friedrichstraße 60, 2. Hof.  
 Ueber Stellung von Zamaritern bei Arbeiterfesten und dergleichen außerhalb Groß-Berlins sind alle Zushörer zu richten an die Kreisleitung für Brandenburg, Post Hadelshof, Kreisleiter, Berlin O 112, Oberstr. 2.

**Frauen-Leseabende.**

**Mariendorf.** Der Frauen-Leseabend ist endgültig auf den in Groß-Berlin üblichen 4. Montag im Monat festgelegt. Er findet also erst am 25. d. M. statt.

**Zentral-Kranke- und Sterbefälle der deutschen Wagendauer.**  
 Illale Neukölln I. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Bartsch, Hermannstr. 49.

**Jugendveranstaltungen.**

**Treptow-Baumkultenweg.** Sonntag, den 17. Mai: Beschäftigung der Wasservereine in Friedrichshagen mit anschließender Tagespartie. Treffpunkt Gde. Baumkultenweg und Wänterwald am 5 1/2 Uhr. Führer Rundi.  
**Neukölln.** Sonntag, den 17. Mai: Wanderung nach Friedrichshagen—Wollersdorfer Schleuse—Ernter. Treffpunkt um 6 Uhr am Wänterwaldplatz. Fahrgeld 80 Pf. — Für die Pfingstwanderfahrten ist eine baldige Einzeichnung in die Teilnehmerlisten erwünscht. — Die Spiele auf dem Platz an der Gengerstraße finden jeden Freitag, Mittwoch und Donnerstag, abends 7 Uhr, statt.

**Vichtenberg.** Sonntag, den 17. Mai, Ernter nach Jinkenflug, Herdener Forst, Seegeld, unter Leitung des Herrn Gottschalk. Fahrgeld 1,30 M. Treffpunkt: Bahnhof Stralau-Rummelsburg 5 1/2 Uhr morgens. Rückfahrt abends 8.15 Uhr. Eintreffen in Vichtenberg: Bahnhof Stralau-Rummelsburg 9 1/2 Uhr abends. Das Heim bleibt geschlossen.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 7. Heft vom 2. Band des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Um die Region. — Arbeiterkassen und Finanzierung von Westeuropa und Deutschland. Von R. Kautsk. — Der Partisan von Kufona. Von T. C. E. Berg (Rom). — Kapitalismus und Antikapitalismus in den Vereinigten Staaten. Ein Beitrag zur genossenschaftlichen Theorie. Von Stegmüller (Wien). — Kulturpolitik und Ausnutzung des Deutsches. Von Ernst Kautsk. — Bergarbeiter und Syndikatsfragen. Von Otto Hue.  
**Revue:** Die erste Stunde in der Hölle. Von E. Kretschke. — Literarische Rundschau: Eric Lumen, Comment nous sommes Socialistes. Von Georg Eiteloff. — Zeitschriftenchau. Von a. a.  
 Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.  
 Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 17 des 24. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Gebärmuten und Gebärfrei. II. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. XVI. (Schluß). Von Anna Bloch. — Frauenarbeit in der Glasindustrie. Von E. G. — Die internationale Friedensdemonstration der Genossinnen in Berlin.  
 Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnements 2,50 M.

**Der Wahre Jacob.** der soeben die 11. Nummer seines 31. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen ließ, bietet darin aus Anlaß des 100. Geburtstages von Michael Bakunin eine lebendige Darstellung seines bewegten Lebens und der Feder von Eduard Bernstein, der ein gutes Portrait des vielgenannten Russen beigegeben ist. In seinem übrigen Teil behandelt der Wahre Jacob in Text und Bild die wichtigsten Vorgänge des politischen Lebens.  
 Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Vorbestellungen sind jederzeit durch den Verlag J. D. S. Dietrich, G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, von vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Verlässliche Antworten werden nicht erbeten. Anfragen, denen keine Abonnemententwöhnung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.  
**N. R. 50.** 1. Rehr. Um überigen recht Ihre bisherige Erklärung zur Lösung des Vertrages nicht aus, Sie sind bis zum 1. April gebunden. 2. u. 3. Fordern Sie noch einmal durch Einbürgerrecht unter Bezug einer Frist die Inanspruchnahme und drohen für den Fall der Erfolglosigkeit Klage an. Eine solche hat Aussicht auf Erfolg. — N. S. B. 21. 1. Ja. 2. Bis zum 29. Lebensjahre, was jedoch nicht zu erwarten ist. 3. Derartige Übungen werden nicht angeordnet. — 8617. 3. 4. An einen Richter oder an das Amtsgericht. 2. Richten sich nach der Höhe des Betrages des eingehenden Geldes. — R. S. 100. Ja. — S. B. 548. 1. Die Witwe ist zur Ansetzung berechtigt. 2. Ein Drittel unter Ausschaltung des Vaters. 3. Den gesetzlichen Anteil. 4. Im Einzelnen wäre die Witwe beweispflichtig. — 2. 13. 1. Etwa 25 M. monatlich. 2. Falls entbehrliche Sachen für Eigentum sind, ja. — N. S. B. 3. 1. und 2. Die länger als vier Jahre fälligen Ansprüche verjähren. 3. Das ist gleichgültig. — G. S. 100. 1. Wenn der neue Anhaber Kenntnis von der Vereinbarung hatte, so ist die vereinbarte Räumungspflicht auch für ihn bindend. 2. Ja, bis zur Dauer von 14 Tagen. — Göttinger Straß. An das Polizeipräsidium, das über die Bedingungen Auskunft erteilt. — 100. Sie haben Anspruch auf Ermäßigung um eine Stufe, reklamieren Sie vor Ablauf der Pfingsten Frist. — N. S. B. 500. Das gesamte Einkommen wird der Einziehung zugrunde gelegt. — C. S. 100. Ja. —

**Wartpreis von Berlin am 13. Mai 1914.** nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. Reis (mild), Kaiser 60,00—60,00, Densau 60,00—60,00. Reis (runder), gute Sorte 15,30—15,60. Roggertrotz 0,00, Neu 7,40—9,20.  
 Kartoffelbrotbeize, 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speckbohnen, weiße 25,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (klein) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom Reize 0,00—0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Hammelfleisch 0,00—0,00. Butter 2,40—2,80. 60 Stück Eier 3,20—4,20. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,20. Nale 1,60—2,20. Zander 1,60—3,20. Fische 1,40—2,50. Sardine 1,00—2,20. Schlei 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Stroh 3,00—4,50,00.

**Witterungsübericht vom 14. Mai 1914.**

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	764,8	SW	10	bedeckt	10	Caparanda	760,5	SW	2	wolfig	7
Hamburg	765,9	SW	10	bedeckt	10	Veteraburg	759,9	SW	1	bedeckt	8
Berlin	764,8	SW	8	bedeckt	8	Wien	770,8	SW	1	bedeckt	11
Frankfurt a. M.	767,3	SW	1	bedeckt	8	Berlin	767,8	SW	1	wolfig	11
München	767,8	SW	4	bedeckt	8	Paris	769,8	SW	1	?	?
Wien	766,8	SW	10	bedeckt	10						

**Wetterprognose für Freitag, den 15. Mai 1914.**  
 Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich bei schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.  
 Berliner Wetterbureau.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag:** Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich ohne erhebliche Niederschläge. In der Nacht zu Sonnabend wieder sehr kühl.

**Wasserkunde-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 13.5.	seit 12.5.	Wasserstand	am 13.5.	seit 12.5.
Remel, Mühl	211	+3	Saale, Großhül	106	-2
Regel, Jüterburg	47	-7	Havel, Spandau	48	+3
Weißel, Thorn	158	-11	Rathenow	46	-4
Ober, Ratibor	138	-6	Spree, Spremberg	94	+2
Krosen	100	0	Spreemünd	80	0
Frankfurt	105	-2	Weser, Minden	159	-3
Warthe, Schimm	30	+2	Weser, Minden	254	-4
Randberg	38	-1	Rhein, Maximiliansau	572	-6
Rehe, Gorman	18	-8	Rhein, Mainz	329	+13
Gibe, Reitmeritz	22	+8	Rhein, Bonn	325	+7
Dresden	-111	+3	Reder, Zellbrunn	95	-8
Verb	131	-6	Rain, Qanau	172	+4
Magdeburg	105	-1	Wojel, Trier	107	+9

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — \*) Unterpegel.

**Das beste, sparsamste Küchenhilfsmittel,**  
 das alle Suppen und jede schwache Bouillon kräftigt, Saucen, Gemüsen und Salaten unvergleichlich feinen Wohlgeschmack gibt,  
**ist und bleibt MAGGI'S Würze!**



**Theater.**  
Freitag, 15. Mai 1914.  
Anfang 8 Uhr.

**Polage-Theater. Kino-Varieté.**  
Anfang 6 1/2 Uhr.  
**Einzel-Nollenendorf-Theater.**  
Histoire d'un Pierrot.  
Anfang 7 Uhr.

**Kgl. Cyrenhaus. Vorkonzert.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches. Zwei für zwölf.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Metropol. Die Reise um die Welt**  
in 40 Tagen.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania. Zum Hochfirt der Jungfrau.**  
Reinigung, Fugillation, Kammermusik, Scherzhaftes Deutsches Künstler-Theater.  
Anfang 8 Uhr.

**Berliner. Wie einst im Mai.**  
Klein Eva.  
Anfang 8 Uhr.

**Residenz-Theater.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Ein Walzer von Chopin.**  
Schwan in 3 Akten von Henri Béraud und Albert Barré.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sängerkorps.  
Herr Direktor Kuhlicke.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Einzel-Nollenendorf-Theater.**  
Histoire d'un Pierrot.  
Anfang 7 Uhr.

**Schiller-Theater O. Theater.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Heiligenwald.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Das große Licht.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Geschäft ist Geschäft.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Maschinenbauer.**

**Schiller-Theater Charlottenberg.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft (I. Teil).**  
Klein Eva.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Rosenmontag.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Klein Eva.**

**Theater in der Königsplatz-Strasse.**  
Anfang 8 Uhr:  
**Mr. Wu.**  
Komödienhaus.  
8 1/2 Uhr:  
**„Kammermusik“.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**  
Theater am Nollendorfsplatz 5.  
8 Uhr:  
**Der Juxbaron.**

**Residenz-Theater.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Ein Walzer von Chopin.**  
Schwan in 3 Akten von Henri Béraud und Albert Barré.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sängerkorps.  
Herr Direktor Kuhlicke.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr:  
**Polenblut.**

**Walhalla-Theater.**  
Weinbergweg 19/20.  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Gastspiel des Hof-Theater-Ensembles  
**Die Dollarprinzessin.**  
Operette in 3 Akten von Millner und Grünbaum. Musik von Leo Fall.

**ROSE-THEATER.**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Die Kino-Königin.**  
Operette in 3 Akten von Millner und Grünbaum. Musik von Leo Fall.  
Anfang 8 Uhr:  
**Die Kino-Königin.**

**Zirkus Busch.**  
Gastspiel des Deutschen Theaters  
Direktion: Max Reinhardt.  
**Das Mirakel.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Zirkus Busch und A. Wertheim. — Preise der Plätze von 1—10 M.

**Brauerei Friedrichshain.**  
Mittwoch, den 20. Mai 1914, abends 8 Uhr:  
**Vokal- und Sinfonie-Konzert**  
des Gesangsvereins **Kreuzberger Harmonie** und Mitwirkung des **Blüthner-Orchesters**  
Dirigent (Chor und Orchester): Franz Bothe.  
Einlaßkarten im Vorverkauf a 30 Pf. bei d. „Vorwärts“-Spediteuren Zucht, Immanuelkirchstr. 12 und Manisch, Ackerstr. 174.

**Kochkunst-CLOU.**  
Mauerstr. 82.  
**„Die Küche im Mai“**  
Heute:  
**1000 Eierspeisen, Fischgerichte, Fastenspeisen.**  
Täglich 10—9 Uhr. Eintritt 1 Mark. Konzert 4—8 Uhr.

**Deutsches Künstlertheater.**  
Theater-Sozietät.  
Nürnbergstr. 70/71, am Zoo.  
Kasse: Nollendorf 1383.  
Freitag, 8 Uhr:  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
Sonntag, 8 Uhr:  
**Schneider Wibbel.**

**Metropol-Theater.**  
Abends 7 Uhr 55 prächtige:  
**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**  
Trianon-Theater.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Die Notbrücke.**

**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Die Förster-Chrißl.**

**WINTERGARTEN.**  
Neues Programm!  
**Rajah**  
in ihren Tänzen  
Johnson u. Dean Jeanette Denard  
Ragtime mit ihrem Ballon  
Sextett und eine Auswahl  
hervorragender Kunstkräfte!  
Entreeplatz wochentags  
M. 0.60.  
— Rauchen gestattet! —

**Apollo-Theater.**  
8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr  
**Otto Reutter**  
u. das übrige Mai-Variétéprogramm.  
Rauchen gestattet!

**Casino-Theater.**  
Lötzhiringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
**Bis Montag, den 18. Mai:**  
Der neue Lustspiel-Schlager:  
**„Wo die Liebe hinfällt“**  
und das große Mai-Programm.  
Schluß der Saiten: Montag, 18. Mai.

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
Die letzten weiblichen  
**Azteken!**  
Der unfesselbare Rappo,  
der König der Ausbrecher.  
Aga, die schwabende Jungfrau.  
Buddhas Geisterfahrt.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind u. Sold. 25 Pf.

**URANIA.**  
Taubenstraße 45/49.  
8 Uhr:  
Zum Hochfirt der Jungfrau.

**ZOOLOGISCHER GARTEN.**  
Tägl. ab 4 Uhr:  
**Militär-Konzert.**  
Vom 15. Mai 1914 ab:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Aquar. 1 M. v. d. Str. 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Der Luftturner.**  
Das Karnickel.  
Das Erdbeben.

**Voligt-Theater.**  
Sabitstraße 38.  
Freitag, den 15. Mai 1914:  
Zum Gedenke für Otto Wein:  
**Der Liebe Erwachen.**  
Schauspiel in 4 Akten von Fr. Gals-Strawinsky.  
Anf. 8 1/2 Uhr.

**Admiralspalast.**  
Eis-Arena.  
Die Novität „Im Tangoklub“  
um 257. Male das effektvolle Eisballett „Die lustige Puppe“. Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.  
Wein- und Bier-Abteilung.  
Berliner  
**Humor-Quartett**  
W. Wutzky Odeberger Str. 3

**4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**

5. Klasse. 6. Ziehungstag 14. Mai 1914. Vormittag.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hofgleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-N. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for numbers and prize amounts. Example: 99 182 510 717 78 503 75 1267 310 545 621 27 (500) 927

**4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**

5. Klasse. 6. Ziehungstag 14. Mai 1914. Nachmittag.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hofgleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-N. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for numbers and prize amounts. Example: 136 350 401 61 533 955 1017 (500) 72 188 230 307 41 468

**4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**

5. Klasse. 6. Ziehungstag 14. Mai 1914. Nachmittag.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hofgleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-N. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for numbers and prize amounts. Example: 136 350 401 61 533 955 1017 (500) 72 188 230 307 41 468

**4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**

5. Klasse. 6. Ziehungstag 14. Mai 1914. Nachmittag.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hofgleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-N. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for numbers and prize amounts. Example: 77 368 63 740 (3000) 65 116191 97 230 369 481 585 65 603 62



# A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

# Billige Lebensmittel

## Frisches Fleisch

**Rindfleisch**  
 Roastbeef mit Knochen . . . Pfund 1.00  
 Roastbeef ohne Knochen . . . Pfund 1.40  
 Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund 85 Pf.  
 Schmorfleisch oh. Knochen . . . Pfund 1.00  
 Querrippe . . . . . Pfund 65 Pf.  
 Gehacktes . . . . . Pfund 60 Pf.

## Kalbfleisch

Keule u. Rücken im Ganzen . . . Pfund 1.00  
 Keule u. Rücken gefeilt . . . Pfund 1.10  
 Kamm u. Bug . . . . . Pfund 80 Pf.

## Hammelfleisch

Keule im Ganzen . . . . . Pfund 90 Pf.  
 Keule gefeilt . . . . . Pfund 1.00

## Wurstwaren

Echt pomm. Teewurst Pfd. 1.20  
 Zervelat u. Salami . . . Pfund 1.15  
 Rollschinken ca. 6 bis 8 Pfd. . . . Pfund 1.40  
 Mausschinken ca. 2 bis 3 Pfd. . . . Pfund 1.20  
 Schinkenspeck 1/2 Stück von 1 1/2 Pfd. . . . Pfund 1.10  
 Magerer Speck . . . . . Pfund 85 Pf.  
 Fetter Speck . . . . . Pfund 70 Pf.

### Aus eigener Wurstfabrik

Bauernmettwurst . . . Pfund 1.10  
 Jagdwurst . . . . . Pfund 1.00  
 Pastetenleberwurst Pfund 1.05  
 Landleberwurst . . . Pfund 85 Pf.  
 Rotwurst . . . . . Pfund 45, 65 Pf.

Koch-, Backbutter Pfd. 1.00, 1.10  
 Tischbutter Pfd. 1.18 1/2 Pfd. Pkt. 59 Pf.  
 Tafelbutter Pfd. 1.25 1/2 Pfd. Pkt. 63 Pf.  
 Schmalz . . . . . Pfund 62 Pf.  
 Schweizer Käse . . . Pfund 78 Pf.  
 Echte Mecklenbg. Land-Kümmelkäse . . . 3 Stück 25 Pf.  
 Speisequark . . . . . Stück 10 Pf.  
 Camembert . . . . . 2 Stück 35 Pf.  
 Supp-, Brathühn. St. 2.25, 2.80  
 Tauben . . . Stück 55 und 85 Pf.  
 Fludern . . . Pfund 35 und 40 Pf.  
 Schleibüchl. 3 St. 20 Pf., 2 St. 10 Pf.  
 Matjes-Heringe . . 3 Stück 20 Pf.  
 Pom. Bratheringe 4-Ltr. Dose 1.35

## Fische

Kabeljau in ganzen Fischen, ohne Kopf . . . Pfund 14 Pf.  
 Seelachs in ganzen Fischen, ohne Kopf . . . Pfund 12 Pf.  
 Schellfisch in ganzen Fischen . . . Pfund 22 Pf.  
 Goldbarsch . . . . . Pfund 14 Pf.  
 Seehecht . . . . . Pfund 24 Pf.  
 Merlan . . . . . Pfund 26 Pf.  
 Zander gefroren . . . Pfund 65 Pf.  
 Lachs in ganzen Fischen, Pfund 48 Pf.  
 Frisch. grünen Heringe Mal. 25 Pf.  
 Leb. Aale Pfd. 85 Pf., 1.00 bis 1.35  
 Lebende Hechte . . . Pfund 1.15  
 Lebende Krebse Mal. 40 Pf. bis 4.00  
 Solo-Krebse . . . Stück 40 bis 60 Pf.

## Obst und Gemüse

Kirschen . . . . . Pfund 25 Pf.  
 Stachelbeeren (s. Schmoren) . . . 2 Pfund 35 Pf.  
 Ananas . . . . . Pfund 58, 68 Pf.  
 Rhabarber . . . . . 6 Bund 10 Pf.  
 Gurken . . . Stück 8, 12, 20 Pf.  
 Grüne Bohnen . . . Pfund 32 Pf.  
 Junge Mohrrüben 2 Bund 25 Pf.  
 Radieschen . . . . . 8 Bund 10 Pf.  
 Neue Kartoffeln . . . Pfund 10 Pf.

Erbsen . . . . . 55 Pf.	Spargel 15-65 Pf.
Spinat Pfund 10 Pf.	Salat Köpfe 10 Pf.

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises, Köpenicker Viertel.** Bez. 165 I.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kohlenleger **Rudolf Scherlach** Brangelstr. 63, gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 15. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
**Der Vorstand.**

### Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Bau- und gewerbliche Arbeiter Berlins und Umgegend.

**Nachruf.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Albert Schindler** am 9. Mai verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Der Vorstand.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes 1442  
**Hermann Dietrich**  
 sage ich allen Freunden und Bekannten, dem Arbeiterverband, der freien Kasse der Schmiede, dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“, den Kollegen der Firma Reusch, dem Schöneberger Männerchor und dem Genossen Doh für die kostbaren Worte am Grabe meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. Emma Dietrich.**  
 Ich habe das Totol

### Dankagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Trauerfeier meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**Albert Gebel**  
 sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Hauptvorstande des Zentralverbandes der Glasarbeiter, den Vertretern der Zahlstellen und der Gewerkschaften, der Generalkommission sowie den Sängern und dem Vertreter des Arbeitervereins auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.  
**Frau Gebel** nebst Kindern.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters  
**Hermann Spann**  
 sagen wir allen Freunden, insbesondere den Mitgliedern des Arbeitervereins Schöneberg, des Rauchclubs „Feierlicht“ und dem Genossen Nobs für die kostbaren Worte am Grabe unseren herzlichsten Dank.  
 Die trauernde Witwe **Charlotte Spann** nebst Kindern

**Stimmen- und Franzbinden von Robert Meyer.**  
 Verh.: P. Gollets  
 Mariannenstr. 3. Tel. Wpt. 1111

**In Freien Stunden**  
 Die Wochenchrift für Arbeiterfamilien  
 Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Friedrich Meyer** von der H. S. O., Gutfenstraße, Turbinenfabrik, am 11. Mai im Alter von 32 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 15. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Friedhofes, Müller-Edel-See-Strasse, aus statt.  
 Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechslermeister **Heinrich Pieper** am 13. Mai im Alter von 65 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet Sonnabend, den 16. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums, Gerichtstraße 57, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 64/18 **Die Bezirksverwaltung.**

### Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen

Zahlstelle Berlin  
 Den Mitgliedern meine zur Nachricht, daß unser Kollege der Brauer **Paul Enders** (Brauerei Hülsestein) am 12. Mai im Alter von 46 Jahren gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Friedhof in Mariendorf, Wienacher Str. 62, Hall. 402  
 Um rege Beteiligung wird ersucht.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Urbanstr. 95**  
 übernommen und stelle dasselbe der Partei sowie den Gemeinschaften zur Verfügung. Bier: **Münchener Brauhaus**, 7/8, Alter 10 Wemig.  
**Hermann König.**  
 42812

**Sonntags**  
 sind mein Sprechstunden, auch für Kassen, von 9-11 Uhr.  
**Dr. Latte, Augenarzt,**  
**Kottbuser Damm 9.**

### Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 12. Mai verstarb unser Parteigenosse **Oskar Noske** Bobbinstr. 11, 30. Bezirk.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 15. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Bobbinstraße 11 aus statt.  
**Nachruf.**  
 Am 11. Mai verstarb unser Parteigenosse **Hugo Kadach** Uebelstr. 35, 6. Bezirk.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Der Vorstand.  
 227/5

## Schnupfer!

achtet auf dieses Etikett



**J. Goldfarb Preuss. Stargard**  
 gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

## LEIPZIG 1914



MAI-OCTOBER

### Weltausstellung

für das  
**BUCHGEWERBE**  
 und die  
**GRAPHISCHEN KÜNSTE**  
 Eigene Gebäude fremder Staaten  
**SONDER-AUSSTELLUNGEN**  
 Festliche Veranstaltungen  
 Grosser Vergnügungspark

### Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin.

Am 12. d. M. verschied unser Mitglied Herr **Berthold Schalle** Berlin, Jagowstr. 30.  
 Die Einäscherung findet heute nachmittags 3 Uhr im Krematorium, Berlin, Gerichtstraße 37, statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 285/13 **Der Vorstand.**

Hierdurch zur Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, Schwieger- und Großvater **Louis Genterezewsky** am 12. Mai samt entschlagen ist.  
**Marie Genterezewsky** geb. Flochtner und Kinder.  
 Beerdigung am Sonnabend nachmittags 3 Uhr, von der Halle des alten Neuköllner Friedhofes, Rudower Straße, aus. 11331

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann** der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma **Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung - Berufskleidung**  
 Größtes Spezialgeschäft dieser Art.  
 Alexanderstr. 12. - Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 118 - Neukölln: Bergstr. 66.  
 Welche billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Brunnenstrasse 120  
**60 000 □-F. Ausstellungen**

Brunnenstrasse 120  
 Teilzahlungen erhöhen hier die soliden Preise **nicht!**

Brunnenstrasse 120  
**Brautleuten**  
 Vorzugsofferten

Zu soliden Preisen  
**Möbel**  
 auch auf Teilzahlung

Möbelmagazin  
**Otto Piehl**  
 Brunnenstrasse 120

Bis 1. Juli  
**5% Extra-Rabatt**  
 auf kompl. Zimmer

BERLIN N  
**Otto Piehl**  
 Kein Kredithaus

Von **230** Mark an komplette Wohnungseinrichtung

Von **48** Mark an moderne Küche in jeder Farbe

Von **100** Mark an moderne Garnitur 6 verschied. Ausführungen